

politicum 107

Sie waren die Ersten: Steirische Politikerinnen

Anita Prettenthaler-Ziegerhofer (Hg.)

Editorial	3
<i>Anita Prettenthaler-Ziegerhofer</i> Gedanken über Frauen, Gleichberechtigung und Politik.....	5
<i>Michaela Sohn-Kronthaler</i> Die erste Generation steirischer Politikerinnen	13
<i>Karin Maria Schmidlechner</i> Frauen und Politik in der Steiermark von 1945 bis 1995	33
<i>Elisabeth Holzer</i> Politikerin? Und was machen Sie dann mit Ihren Kindern?	53
<i>Trautl Brandstaller</i> Amputierte Demokratie	75
<i>Heidrun Silhavy</i> Wir Frauen müssen Chancen nützen	81
<i>Beatrix Karl</i> Erfahrungen als „Frau in der Politik“	85
<i>Maria Mosbacher</i> Viele engagierte Frauen für die Politik	87
<i>Kristina Edlinger-Ploder</i> Ansichten und Einsichten... ..	89
<i>Bettina Vollath</i> Warum Politiker nicht zuhören und Politikerinnen (sich) schlecht einparken	93
<i>Walburga Beutl</i> Mein Leben in der Politik	97
<i>Edith Zitz</i> Mit „Brot und Rosen“ hin zum Gender Budgeting.....	99

<i>Lisa Rücker</i>	
Machen wir Frauen es anders?	101
<i>Elke Kahr</i>	
Als Frau für eine solidarische Politik eintreten	105
Junge Steirerinnen: Was erwarte ich mir von Frauen in der Politik?.....	107
Ex libris	110
Autorinnenverzeichnis	111
Wissenschaftlicher Beirat.....	112

Editorial

Steirische Politikerinnen

Sie waren die Ersten... Auf Anregung von Landeshauptmann-Stv. Hermann Schützenhöfer geht das vorliegende *politicum* den steirischen Politikerinnen der ersten Stunde und den Entwicklungslinien der Beteiligung der Frauen in der steirischen Politik von Beginn der Republik bis in unsere Tage nach. Dieses Bemühen um eine erste umfassende Aufarbeitung der Rolle der steirischen Politikerinnen fällt mit dem 90-Jahr-Jubiläum der Parlamentswahlen vom Februar 1919 zusammen, bei denen Frauen in Österreich erstmals aufgrund des nun tatsächlich allgemeinen Wahlrechts wahlberechtigt waren. Wenn damit Österreich eher zu den Vorreitern gehörte (man denke etwa daran, dass in der Schweiz auf Bundesebene erst 1971, in manchen Kantonen erst in den 1990er Jahren das Frauenwahlrecht verwirklicht wurde), zeigt doch der nach wie vor bescheidene Frauenanteil in den Regierungen und Parlamenten auf Bundes- und Landesebene, dass ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in der Politik leider noch nicht erreicht ist. Es gilt der inhaltlichen Herausgeberin dieses *politicum*, Univ.-Prof. Dr. Anita Pretenthaler-Ziegerhofer, ein großer Dank, ein konsistentes, interessantes und spannendes Heft gestaltet und hervorragende Autorinnen gewonnen zu haben. Allen Autorinnen ist für ihre wertvollen Beiträge zu danken, ein besonderer Dank gilt den

Hauptautorinnen, Univ.-Prof. Dr. Michaela Sohn-Kronthaler, Univ.-Prof. Dr. Karin Schmidlechner und Dr. Elisabeth Holzer, die die Rolle der steirischen Politikerinnen in jeweils drei Zeitperioden (Erste Republik, 1945 bis 1995 und seit 1995) eingehend analysieren und dabei auch zu einem Gutteil wissenschaftliches Neuland betreten haben. Es folgen ein grundsätzlicher Beitrag von Dr. Trautl Brandstaller über die Rolle der Frau in der Politik sowie authentische Beiträge von aktiven Politikerinnen in Bund, Land und Gemeinde. Zu danken ist ebenso allen Mithelfern bei der Redaktionsarbeit, namentlich Katharina Konschegg, Doris Hammertinger, Mag. Veronika Krysl, Nora Lackner, Manuel P. Neubauer und Johann Trummer sowie der MedienAgentur 2412. Wir freuen uns, mit *politicum* 107 ein erstes umfassendes Dokument über die Rolle steirischer Politikerinnen vom Beginn der Republik bis heute vorlegen zu können. Dieses Heft gibt einerseits einen guten Einblick und bietet eine facettenreiche Übersicht, andererseits werden aber auch noch offene Fragen und Aspekte aufgezeigt und damit die Basis für eine weitere wissenschaftliche Analyse geschaffen. Wir sind daher überzeugt, mit diesem Heft einen wichtigen Beitrag zu einem sehr wesentlichen Thema unserer Gesellschaft beisteuern zu können. (KP) ■

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung von



Das Land
Steiermark

→ Wissenschaft und Forschung

Impressum:

politicum 107

30. Jahrgang; März 2009

Medieninhaber und Herausgeber: Verein für Politik und Zeitgeschichte in der Steiermark,
8010 Graz, Karmeliterplatz 6; ZVR-Zahl: 017681930

für den Inhalt verantwortlich: Klaus Poier

Redaktion (Red.): Klaus Poier (KP)

Herausgeberin dieser Nummer: Anita Prettenthaler-Ziegerhofer

Rezensionen: Doris Hammertinger (DH), Nora Lackner (NL)

Satz und Layout: MedienAgentur 2412

Druck: Medienfabrik Graz

Erscheinungsort: Graz

Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweiligen Autorinnen verantwortlich.

Nachdruck ausschließlich mit schriftlicher Genehmigung.

Preis pro Ausgabe: € 10,- Abopreis (4 Hefte): € 25,-

Fotonachweis:

Aus: Brigitte Dorfer, Die Lebensreise der Martha Tausk, 2008 (S.14)

Aus: Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus, 1995 (S.22)

Aus: Michaela Kronthaler, Christentum und Kirche in der Steiermark, 2000 (S.18, S.21)

Aus: Michaela Sohn-Kronthaler/Heimo Kaindl, frau.macht.kirche, 2006 (S.17)

Direktion Landtag (S.36); Furgler (S.61, S.81, S.105); Krug (S.65, S.89); Land Steiermark (S.67, S.93); Österreichisches Parlament, Archiv (S.45); Podesser (S.69, S.101); Privatarhiv Heinz Veitschegger (S.37); SPÖ-Frauen Steiermark (S.38, S.87); Wind (S.99)

ISSN 1681-7273 politicum (Graz)

Anita Prettenthaler-Ziegerhofer

Gedanken über Frauen, Gleichberechtigung und Politik



Dieses politicum widmet sich aus Anlass des 90-jährigen Bestehens des Frauenwahlrechtes in Österreich einem speziellen Teil der Geschlechtergleichberechtigung: der politischen Partizipation von Frauen in der Steiermark. Es wird nicht darum gehen, den Soll-Zustand aufzuzeigen oder gar den Typus der steirischen Politikerin zu entwerfen. Intention dieser Ausgabe ist es, jene weiblichen Politikerinnen der Steiermark sichtbar zu machen, die seit 1919 nicht nur die Politik der Steiermark, sondern auch jene von Österreich aktiv beeinflusst haben.

Dabei handelt es sich um ein großes Unterfangen, da bis dato keine allumfassende Monografie steirischer Politikerinnen vorliegt; dies gilt in ganz besonderem Maße für den Bereich der Kommunalpolitik. Durch den vorgegebenen Seitenumfang ist man darüber hinaus gezwungen, zeitliche und vor allem auch biografische Einschränkungen vorzunehmen. Daher beginnt die Darstellung mit der Ersten Republik, wissend, dass die Versuche, die Reduktion von Frauen allein auf deren Funktion als Ehefrau, Hausfrau und Mutter aufzuheben, weit in der Geschichte zurück liegen. Alle jene Politikerinnen, die sich in dieser Ausgabe des politicums zu wenig gewürdigt fühlen, bitte ich ebenfalls aus den eben genannten Gründen

um Nachsicht. Ein allumfassendes Werk, das die steirischen Politikerinnen als Person und deren Schaffen und Tun in ihrer politischen Funktion würdigt, ist in Planung und wird diese große Lücke in der Geschichte unseres Landes füllen.

Das vorliegende Heft besteht aus vier grundlegenden wissenschaftlichen Beiträgen. Vor allem die ersten drei Beiträge sind als eine Bestandsaufnahme jener steirischen Politikerinnen zu verstehen, die in der Politik präsent waren und sind. Diese Politikerinnen werden in erster Linie biografisch erfasst und dargestellt, auf Grund des beschränkten Seitenumfanges konnte nur peripher auf deren inhaltliche Arbeiten eingegangen werden! Die Kirchenhistorikerin Michaela Sohn-Kronthaler zeichnet ein Bild von den ersten Frauen im Steiermärkischen Landtag bzw. von den ersten steirischen weiblichen Abgeordneten im National- bzw. Bundesrat und widmet sich darüber hinaus dem Grazer Gemeinderat. Damit betritt Sohn-Kronthaler wissenschaftliches Neuland, denn die Tätigkeiten der Grazer Gemeinderätinnen ab 1919 sind bis dato noch nicht eingehend erforscht, dies gilt übrigens auch für alle steirischen Gemeinden! Die große Zäsur des österreichischen Parlamentarismus erfolgte in der Zwischenkriegszeit mit dem Jahr

1933, in dem das österreichische Parlament aufgelöst worden ist. Mit der Einführung der Ständischen Verfassung im Jahr 1934 hörte nicht nur der Rechtsstaat Österreich zu existieren auf, sondern endete auch die politische Partizipation der Frauen. Erst mit der Gründung der Zweiten Republik im Jahr 1945 konnte man an die Zeit vor 1934 anknüpfen: Die Frauen der ersten Stunde wirkten nicht nur als Trümmerfrauen am wirtschaftlichen Aufbau Österreichs mit, sondern waren wieder aktiv im Parlament bzw. Landtag vertreten, um auch politisch am Wiederaufbau der Heimat mitwirken zu können. In welcher Weise dies geschehen ist und welchen Anteil steirische Frauen an der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik hatten, analysiert die Zeithistorikerin Karin Schmidlechner. Die Zäsur dieses Beitrages erfolgt mit dem Jahr 1995, als nach den Landtagswahlen im Dezember Josef Krainer jun. zurückgetreten ist und Waltraud Klasnic als seine Nachfolgerin präsentierte. Mit ihr wurde erstmals in der Geschichte der Steiermark und überhaupt in der Geschichte Österreichs eine Frau „Landeshauptmann“. Die Journalistin und Historikerin Elisabeth Holzer geht in ihrem Beitrag der Frage nach, welche Auswirkungen dieser „Quantensprung“ auf die Partizipation steirischer Frauen an der Macht hatte und welche Veränderungen sich seither im Land vollzogen haben. Kann eine volle Teilnahme der Frauen an der politischen Macht etwas ändern und wird Politik durch die Erhöhung des

Frauenanteiles besser? Diese Fragen beantwortet die renommierte Journalistin Trautl Brandstaller in ihrem Artikel über die „amputierte Demokratie“.¹

Den Beiträgen folgen Erfahrungsberichte aktiver steirischer Politikerinnen, die auf Bundes- bzw. Landes- und Kommunalbene tätig sind. Ganz bewusst wurden aktive Politikerinnen² aller parteipolitischen Lager ausgewählt, ihr Statement darüber abzugeben, wie sie ihre Rolle als Frau in der Politik wahrnehmen, welchen Herausforderungen, Hürden und auch Problemen sie begegnen und wie man Politik aus weiblicher Sicht gemeinsam mit den männlichen Kollegen gestalten kann. Abschließend wurden junge Steirerinnen über das Thema Frauen und Politik befragt.

Rechte der Frau und Bürgerin

Das Streben von Frauen nach politischer Gleichberechtigung beginnt nicht erst mit der Einführung des Frauenwahlrechts im Jahr 1919. Spätestens seit der Aufklärung versuchten Frauen darauf hinzuweisen, dass auch sie Trägerinnen von Rechten und Pflichten sind, die weit über das Mutter- und Frau-Sein hinausgehen. So etwa verkündete Olympe de Gouges während der Französischen Revolution in Anlehnung an die Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1792 die *Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin*. Zuvor hatten Frauen in erster Linie das Bildungspostulat in den Vordergrund ihrer Bestrebungen gestellt, mit Olympe erfolgte geradezu

eine Zäsur, jetzt wurden die Forderungen um den Bereich der aktiven Ausübung politischer Rechte, wie etwa das Vereins- und Versammlungsrecht, Zugang zu den öffentlichen Ämtern oder Mitwirkung an der Gesetzgebung erweitert. Darüber hinaus ging es Olympe de Gouges darum, die Ungleichheit zwischen Mann und Frau auch im Privatleben aufzuzeigen und für eine Besserstellung zu kämpfen. Dieser politische Frauenfrühling (Ursula Floßmann³) währte nicht lange, sodass man erst mit dem *annus mirabile* 1848 grosso modo den Beginn der „alten“ Frauenbewegung für Europa ansetzen kann. Und in Österreich erhielt Frau Biedermeier (Gabriella Hauch⁴) erstmals ein Gesicht in Gestalt der Gründerin des ersten Frauenvereines, Karoline von Perin. Nach der Niederschlagung der Revolution und vermeintlichen Erfüllung aller Forderungen der Revolutionäre wurde es um die „Barrikadenweiber“ bzw. Frauen und deren Anliegen (z.B. Wahlrecht und Bildung) wieder still. Im Jahr 1867, in dem das Kaisertum Österreich endlich eine Verfassung erhielt, begann die effektive Umsetzung der Frauenpostulate: Diese Zeit ist untrennbar mit den Namen etwa von Marianne Hainisch, Adelheid Popp, Auguste Fickert oder Rosa Mayreder verbunden. Ihre wichtigsten Forderungen waren die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechtes und der Zugang der Frauen zu allen Bildungseinrichtungen. Beide Forderungen wurden als Mittel für die Emanzipation der Frauen gesehen! Das

Ende der Habsburgermonarchie und die Gründung der Ersten Republik brachten bedeutende Erfolge für die Frauenbewegung. Obwohl die österreichische Frauenbewegung in sich heterogen gewesen war (bürgerlich-liberale, proletarische, katholische Frauenbewegung), überzeugte deren Engagement die Provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs: Bereits im Dezember 1918 proklamierte diese als einen der ersten Beschlüsse das Vereins- und Versammlungsrecht für beide Geschlechter. Gleichzeitig mit dem Vereins- und Versammlungsgesetz wurde das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht per Gesetz beschlossen. Am 16. Februar 1919 schritten 82,7 % der Frauen Österreichs erstmals zur Wahlurne. Und zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs wurden Frauen in das österreichische Parlament gewählt. So ziehen, um nur einige zu nennen, Adelheid Popp, Therese Schlesinger, Emmy Freundlich, Gabriele Proft, Maria Tusch, Amalie Seidel, Anna Boschek oder Hildegard Burjan als aktive Parlamentarierinnen in das Hohe Haus ein. In den Steiermärkischen Landtag werden Marianne Kaufmann, Olga Rudel-Zeynek sowie Martha Tausk und Cäcilia Nemec gewählt! Nicht nur die „alte“ Frauenbewegung wurde gewürdigt, sondern auch das Wirken der österreichischen Frauen während der Kriegsjahre, was schlussendlich dazu führte, dass die Väter der österreichischen Verfassung den Gleichheitsgrundsatz der Geschlechter in Art. 7 der Bundesverfassung aufnahmen.

Demzufolge sind alle Bürger gleich vor dem Gesetz. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen.

Menschenrechte sind Frauenrechte

In ihrer Arbeit als aktive Parlamentarierinnen konzentrierten sie sich in erster Linie auf Frauen- und soziale Probleme und forderten neben politischen Rechten wie etwa den gleichen Zugang zu den öffentlichen Ämtern auch die Reform des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) etwa im Bereich des Ehe- und Familienrechtes oder die Novellierung des § 144 StGB aus 1852 betreffend Schwangerschaftsabbruch. Sie wirkten aktiv an Gesetzen mit, die eine Besserstellung für Frauen im Berufsleben bewirkten wie etwa das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz aus 1920, das Heimarbeitsgesetz aus 1918 oder die Novellierung des Gewerberechtes den Mutterschutz betreffend. Die steirischen weiblichen Abgeordneten betätigten sich ebenfalls im Sozial-, Fürsorge- und Bildungsbereich! Allerdings blieb der Großteil der Forderungen der ersten österreichischen Politikerinnen, vor allem im privatrechtlichen Bereich ungehört – Frauen hatten sich den Strukturen und Normen anzupassen, die von den Männern erstellt worden sind! Der Beginn eines Erfolges setzte erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Dies hängt zum einen mit dem Demokratisierungs- und Modernisierungsprozess zusammen und zum anderen mit der Globalisierung

der Menschenrechte. Menschenrechte beginnen nun auch Frauenrechte zu werden. Seit der Verkündung der UN-Deklaration der Menschenrechte aus 1948 kommt kein Menschenrechtsdokument mehr umhin, gleiche Rechte für Männer und Frauen festzuschreiben. Zum anderen löste die 1968-er Revolution die „neue“ Frauenbewegung aus: Jetzt stand nicht mehr die Forderung des bereits in fast allen Teilen der westlichen Welt eingeführten Wahlrechtes für Frauen oder das Bildungspostulat im Vordergrund, sondern die Forderung nach einem selbst bestimmten Leben: Die Parolen „der Bauch gehört mir“ und „das Private ist öffentlich“ bezeugen diesen Paradigmenwechsel in der Frauenbewegung. In diesem Sog wurde in Österreich im Jahr 1974 das längst veraltete Strafgesetzbuch aus 1852 novelliert und Frauen der straffreie Schwangerschaftsabbruch mittels so genannter Fristenlösung zugestanden. 1975 erfolgte schlussendlich die Reform des ABGB aus 1811 dahingehend, dass etwa im Eherecht das partnerschaftliche Prinzip eingeführt wurde und dadurch der Mann als Oberhaupt der Familie zumindest rechtlich aufhörte zu existieren! Diese rechtlichen Änderungen beendeten schlussendlich einen Prozess, der bereits von den Frauen der „alten“ Frauenbewegung am Übergang vom 19. in das 20. Jahrhundert eingeleitet worden ist! 1979 hatte man übrigens auch das Gleichbehandlungsgesetz für die Privatwirtschaft erlassen.

Sensibilisierung betreffend die Geschlechtergleichbehandlung

Eine tiefer gehende Globalisierung der Frauenrechte brachte das Jahr 1979, als die UNO die CEDAW, das ist die *Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* verkündete.⁵ Viele Mitgliedstaaten haben diese in innerstaatliches Recht transformiert, so auch Österreich im Jahr 1982! Ab diesem Zeitpunkt erfolgte eine zunehmende Sensibilisierung in Fragen der Geschlechtergleichbehandlung, die in diversen Gesetzen ihren Ausdruck fand. So etwa wurde 1993 das Bundesgleichbehandlungsgesetz mit der Quotenregelung erlassen! In diese zeitliche Spanne fällt übrigens auch die Erhöhung der Anzahl weiblicher Abgeordneter sowohl im Parlament als auch in den Landtagen. Auf europäischer Ebene war der Art. 119 „Gleiches Entgelt bei gleicher Arbeit“ bereits in den Römer Verträgen, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft begründeten, 1957 festgeschrieben worden. Die Umsetzung dieses Artikels erfolgte durch die so genannte Entgelttrichtlinie allerdings erst im Jahr 1975! Weiters verpflichtete sich die EU zur Einhaltung des Prinzipes *gender mainstreaming*. Damit ist die Berücksichtigung und Einbeziehung der Frauen in alle Bereiche der Politik gemeint; es ist seit 1999 primärrechtlich im Vertrag von Amsterdam verankert und verpflichtet alle Mitgliedstaaten der EU zu dessen Einhaltung. Neben den normativen Bestimmungen wurden und werden weite-

re Maßnahmen, nicht nur auf EU-Ebene, zur Förderung des Frauenanteils gesetzt. Damit sind heute teilweise die Visionen jener Frauenrechtlerinnen erfüllt, die sie seinerzeit am Ende des 19. Jahrhunderts mit der Einführung des Frauenwahlrechtes verbunden hatten: nämlich die Schaffung einer gerechten, einer gleichberechtigten Welt.

Wie aus dieser konzisen historischen tour d'horizont ersichtlich geworden ist, bildet die Einführung des Frauenwahlrechts den Ausgangspunkt für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts und somit auch für deren aktiven Mitwirkung an der Politik. Es ist auch aufgezeigt worden, warum Frauen damals die Politik ihres Landes mitgestalten wollten. Es stellt sich nun die Frage, was Frauen heute dazu bewegt, in die Politik zu gehen. Die Wiener Politologin Sieglinde Rosenberger ist dieser Frage nachgegangen und kam zu dem Ergebnis, dass diese Entscheidung vor allem von der politischen Sozialisation abhängt, die bereits in der Familie, Schule, in peer-groups, Freizeitstätten etc. stattfindet, aber auch davon, welches Bild von Politik vermittelt wird, ob Frauen aktiv die Politik mit gestalten können und ob sie Vorbilder vorfinden.⁶ Politik besteht aus Netzwerken und Rekrutierung, weshalb networking einen wesentlichen Faktor in der Planung der politischen Karriere ausmacht: wie und wo werden Netzwerke gebildet und wie hilfreich sind diese. Meiner Meinung nach sollen Frauen nicht nur Netzwerke aufbauen, sondern in erster

Linie Seilschaften bilden, die nach oben führen. Diese Ansicht bestätigt Rosenberger mit der Feststellung, dass Männer Männer und Frauen eher auf dem Weg nach oben unterstützen als Frauen Frauen bzw. Männer. Dies ist Ausdruck dessen, dass es Frauen an der Erfahrung des Mit- und Hochgezogenwerdens mangelt.

Die Geschichte der Menschheit ist männlich!

Ein nicht unwesentlicher Parameter in der Entscheidungsfindung für Frauen ist schlussendlich die Tatsache der dominanten patriarchalen Struktur: Die Geschichte der Menschheit ist männlich! Frauen akzeptier(t)en und pass(t)en sich dieser Struktur an, was in weiterer Folge zur Marginalisierung der fachlichen Kompetenz der Frauen geführt hat.⁷ Sämtliche Kompetenzen in der (internationalen) Politik werden mit Männlichkeit assoziiert, was zu massiven geschlechtsspezifischen Hürden beim Zugang von Frauen in gehobene politische Positionen führt. Daher verwundert es nicht, dass die Schaltzentren der (internationalen) Politik nach wie vor von Männern besetzt sind.⁸ Auch die Gründe, Frauen den Zugang zur Politik zu gewähren, beeinflussen Frauen in ihrer Entscheidung für eine politische Laufbahn. In Anlehnung an Rosenberger ist zum einen das Nutzenargument zu nennen – etwa der Rückgriff auf Frauen, wenn es innerpolitische oder innerparteiliche Krisen bzw. Unstimmigkeiten gibt. Das Demokratie- und Gerechtigkeitsargu-

ment wird als ein weiteres angeführt und besagt, dass die Hälfte der Bevölkerung Frauen sind, weshalb diese auch adäquat vertreten sein müssen. Schlussendlich nennt Rosenberger das Differenzargument, Frauen machen eine andere Politik und forcieren andere Inhalte als Männer. Sie machen aber nicht nur etwas anderes, sondern sie machen es anders in Form, Ton, Stil und Methode.⁹ Ich bin überzeugt, dass viele der steirischen Politikerinnen das eine oder andere hier genannte Argument in ihrer persönlichen politischen Karrierelaufbahn wieder erkennen!

Beinahe vor einem Vierteljahrhundert ist im Oktober 1985 die 25. Ausgabe des *politicum* erschienen und es stand unter dem Motto „Frauen und Politik“. Insgesamt 27 Frauen aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur, Journalismus und Wissenschaft haben ihre Expertisen zu diesem Thema abgegeben, umrahmt von Bildern von Carmen Hoffmann! Damals – 1985 – gab es noch kein eigenes Frauenministerium, Frauen waren, wenn überhaupt, „Quoten“, es gab noch keinen weiblichen „Landeshauptmann“ und im Steiermärkischen Landtag waren wenige Frauen vertreten. Doch bereits ein Jahr später kam es anlässlich der National- und Landtagswahlen zu einem großen Anstieg weiblicher Abgeordneter: Erstmals waren über 10 % Frauen im Nationalrat und 1990 sogar ca. 22 % präsent. Im Steiermärkischen Landtag schnellte im gleichen Zeitraum der Anteil weiblicher Abgeordneter von ausgehend 8 % auf 14 % bzw. 16 %. Ab

Beginn der neunziger Jahre erfolgte allerdings eine Trendumkehr und seither ist der Frauenanteil im (leichten) Sinken begriffen!

Den Beiträgen dieses politicum kann man entnehmen, dass die steirischen Politikerinnen nicht nur in ihrem eigenen Land Pionierinnen waren: entweder als erste Landtagsabgeordnete wie etwa Martha Tausk oder Olga Rudel-Zeynek, die sogar erste Vorsitzende des Bundesrates gewesen war und somit weltweit die erste Parlamentspräsidentin, oder als erste Landesrätin überhaupt in Österreich wie Maria Matzner oder als erster weiblicher Landeshauptmann in Österreich in Person von Waltraud Klasnic. Ruth Feldgrill-Zanckel wurde die erste steirische Ministerin in der Bundesregierung und erste Bürgermeister-Stellvertreterin von Graz. Und im Jänner 2008 wählte man Lisa Rücker zur ersten „grünen“ Vizebürgermeisterin der steirischen Landeshauptstadt. Dies lässt die Hoffnung wach bleiben, dass unser

Land noch viele Pionierleistungen weiblicher Politikerinnen hervorbringen wird. Wenngleich die „neue“ Frauenbewegung eine weitere Dimension in der Geschichte der Geschlechtergleichberechtigung eingeleitet hat, so stehen noch wichtige dringliche Forderungen an, die geradezu zu Pioniersleistungen herausfordern – etwa die faktische Umsetzung vieler Normen, die Lösung der Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Umsetzung einer gleichberechtigten Partizipation der Frauen an den Schaltzentren der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Ich denke, wir können zuversichtlich in eine Zukunft blicken, in der man bald nicht mehr explizit auf die Leistungen von Politikerinnen hinweisen wird müssen, sondern in der es selbstverständlich sein wird, dass Frauen und Männer quantitativ und inhaltlich eine volle gleichberechtigte Politik machen! Ich bin überzeugt, dass die Erreichung dieses Zustandes keine 25 Jahre mehr benötigen wird... □

- ¹ Vgl. das letzte Buch von Trautl Brandstaller, *Die neue Macht der Frauen. Sieg der Emanzipation oder Krise der männlichen Eliten?*, Wien 2007.
- ² Zum Zeitpunkt der Anfrage war die Nationalratsabgeordnete Heidrun Silhavy Frauenministerin!
- ³ Ursula Flossmann, *Frauenrechtsgeschichte. Ein Leitfaden für den Rechtsunterricht*, Linz 2006, 2. Auflage (Linzer Schriften zur Frauenforschung 26), 79.
- ⁴ Gabrielle Hauch, *Frau Biedermeier auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848*, Wien 1990 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 49).
- ⁵ Vgl. allgemein Brita Neuhold, Renate Pirstner, Silvia Ulrich, *Menschenrechte – Frauenrechte. Internationale, europarechtliche und innerstaatliche Dimensionen*, Innsbruck 2003.
- ⁶ Sieglinde Rosenberger, *Frauen in der österreichischen Politik. Gleichheit und Differenz*, in: *Frauen hoch im Kurs. Vernetzen – Verbinden – Verbünden*, Graz 2004, 14-15.
- ⁷ Doris Lemmermöhle, *Ich fühl mich halt im Frauenpelz wohler*, in: *Feministische Studien* 15 /1997 zitiert bei Gabriele Metz, *Frauen in der Politik. Eine empirische Analyse der Motive und Intentionen von Frauen in Österreichs Spitzenpolitik*, phil.Diss. Graz 2001, 33.
- ⁸ Sieglinde Rosenberger, *Das Geschlecht der Internationalen Beziehungen. Feministische Kritik politikwissenschaftlichen Denkens*, in: Eva Kreisky, Birgit Sauer Hrsg., *Geschlecht und Eigensinn. Feministische Recherchen in der Politikwissenschaft*, Wien 1998, 170ff.
- ⁹ Sieglinde Rosenberger, *Frauen in der österreichischen Politik. Gleichheit und Differenz*, in: *Frauen hoch im Kurs. Vernetzen – Verbinden – Verbünden*, Graz 2004, 13.

www.entscheide.at



Die erste Generation steirischer Politikerinnen



1. Die Politikerin-Pionierin Martha Tausk (1881-1957)

Mit der Einführung der Ersten Republik wurden in Österreich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und somit die politische Gleichstellung der Geschlechter möglich. Dass mit der Sozialistin **Martha Tausk**¹ im Spätherbst 1918, noch vor Erlangung des Frauenwahlrechtes und der Ausrufung der Republik, die erste Frau Österreichs in den Landtag – damals Provisorische Landesversammlung – der Steiermark einzog, zeichnet diese besonders aus. Die Landesversammlung trat nämlich am 6. November 1918, eine Woche nach Einigung der Provisorischen Nationalversammlung auf die grundlegende Staatsform am 30. Oktober, und nach dem Urgieren der deutschsprachigen steirischen Reichsratsabgeordneten im Grazer Landhaus zusammen. Bei dieser historischen konstituierenden Sitzung, in welcher der Beitritt des gesamten deutschsprachigen Siedlungsgebietes des ehemaligen „Herzogtums Steiermark“ unter dem Namen „Land Steiermark“ zum Staat Deutschösterreich beschlossen wurde, was somit die Geburtsstunde des heutigen Bundeslandes bedeutete, war Martha Tausk die einzige Frau unter den Vertretern der politischen Parteien.² In dieser Versammlung wurde die Anwesenheit der Politikerin

wohl aufgrund der ungewohnten Situation, dass eine weibliche Vertreterin erstmals zugegen war, ignoriert; alle Ansprachen wurden an die „Hochverehrten Herren Repräsentanten der neuen Landesregierung“ gerichtet.³

Martha Tausk, die übrigens mit dem bekannten jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber (1878-1965) verwandt war, stammte aus der sozialistischen Wiener Familie Moriz und Anna Frisch, in deren Druckerei u.a. die ersten Nummern der damals Aufsehen erregenden „Fackel“ von Karl Kraus wie auch der „Arbeiter-Zeitung“ hergestellt wurden. Über ihre Eltern knüpfte Martha Tausk recht früh Kontakte zu bedeutenden VertreterInnen der österreichischen Sozialdemokratie und Frauenbewegung, so auch zu Auguste Fickert, die 1893 den „Allgemeinen Österreichischen Frauenverein“ mitbegründete. Der sozialistische Politiker Hans Resel (1861-1928) holte die rhetorisch begabte Martha Tausk Anfang des Jahres 1918 in die Steiermark. Sie ließ sich mit ihren beiden Söhnen in Graz nieder, nachdem sie in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten mehrere Wohnaufenthalte im Gebiet der ehemaligen Monarchie und mühevollen, letztlich gescheiterte Ehejahre mit dem späteren Psychoanalytiker Victor Tausk (1879-1919) hinter sich hatte.



**Martha Tausk
(Sozialdemokratische
Arbeiterpartei)**

geb. 15. Jänner 1881 in Wien,
gest. 20. Oktober 1957 in Nij-
megen (NL)

1918/1919 erste Frau in der
Provisorischen Landesver-
sammlung der Steiermark

1919-1928 Abgeordnete zum
Steiermärkischen Landtag

1919-1927 Mitglied des Grazer
Gemeinderates

1927/1928 Mitglied des Bun-
desrates

Beruflich tätig im Vorstand der
Allgemeinen Arbeiter-Kranken-
kasse (heute Gebietskranken-
kasse)

Als tief überzeugte Sozialdemokratin engagierte sich Martha Tausk auf der steirischen politischen Ebene fast zehn Jahre lang. Am 11. Mai 1919 wurde sie in den Grazer Gemeinderat (bis 1927) und zeitgleich in den Steiermärkischen Landtag (bis 1928) gewählt. Im Sommer 1927 entsandte sie der Landtag in den Bundesrat (bis 1928). Ihr ganzer politi- scher Einsatz galt der Verbesserung der Lebenssituation von Frauen, insbesonde- re der Arbeiterinnen, Heimarbeiterinnen, Hausgehilfinnen (Dienstboten), indem sie für deren sozialrechtliche Besserstellung kämpfte, so für die bis heute politisch nicht realisierte Anrechnung von Ehe- jahren wie Arbeitsjahre in Bezug auf die Versicherungszeiten von Frauen, oder für die Aufhebung des Eheverbotes für Leh- rerinnen.⁴ Unverhüllt blieb damals ihre Forderung nach Straffreiheit des Schwan- gerschaftsabbruches (Abschaffung des § 144) – die „Fristenregelung“ wurde in Österreich beinahe ein halbes Jahrhun- dert später unter der SPÖ-Alleinregierung von Bruno Kreisky mit Jahresanfang 1975 durchgesetzt.⁵ Kontakte zu internationa- len sozialistischen Vereinigungen waren bereits in den Jahren zuvor vorausge- gangen, als Friedrich Adler (1879-1960) Martha Tausk im Sommer 1928 als Se- kretärin in die Sozialistische Arbeiter In- ternationale (SAI) nach Zürich berief, was zugleich ihren endgültigen Weggang aus der Steiermark bedeutete. 1929 gründete sie dort das „Frauenrecht“, eine Zeitschrift für Schweizer Arbeiterinnen, die sie fünf

Jahre hindurch leitete. Meinungsverschiedenheiten mit ihren Schweizer Genossinnen veranlassten Martha Tausk, im Frühjahr 1935 nach Wien zurückzukehren. Über die damalige allgemeine politische Entwicklung, den rasanten Aufstieg der Nationalsozialisten und Faschismen verschiedenster Provenienz war sie sehr betroffen, ebenso über den österreichischen Bürgerkrieg und das Vorgehen der damaligen Regierung gegenüber den Sozialisten. Aufgrund ihrer politischen Vergangenheit und der jüdischen Herkunft ihres Vaters emigrierte diese Pionierin unter den Politikerinnen im Sommer 1939 zu ihrem Sohn nach Nijmegen (Niederlande), wo sie – weiterhin politisch interessiert und engagiert – bis zu ihrem Tod im Jahr 1957 verblieb.

2. Die ersten weiblichen Landtagsabgeordneten in der Steiermark

Die ersten Wahlen, bei welchen alle Frauen in der Steiermark nach Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes aktiv wählen und als Mandatarinnen gewählt werden konnten, waren jene für die Konstituierende Nationalversammlung am 16. Februar 1919. Keine der Kandidatinnen, gleich welcher parteilicher Herkunft, war auf den steirischen Wählerlisten so herausragend platziert, dass sie Chancen auf ein realistisches Mandat als Nationalrätinnen hatten.⁶ Erst die am 11. Mai 1919 zeitgleich für die Steiermark abgehaltenen Landtags- und Gemeinderatswahlen in Graz brachten

die ersten weiblichen Vertreterinnen in der Politik hervor. Dass Frauen erstmals in den Landtag bzw. den Grazer Gemeinderat gewählt wurden, würdigte von den Tageszeitungen der Steiermark nur die „Kleine Zeitung“ auf ihrem Titelblatt.⁷

2.1. Der Frauenanteil in den Landtagsperioden von 1919 bis 1934

Die weiblichen Abgeordneten kamen, wie es sich auch bei den übrigen Wahlen in der Zwischenkriegszeit zeigen wird, fast ausschließlich aus den Großparteien der Christlichsozialen bzw. der Sozialdemokraten. Neben der schon zuvor ausführlich vorgestellten Sozialdemokratin Martha Tausk zogen im Frühjahr 1919 weiters ihre Genossin, die Obersteirerin *Cäcilie (Cilli) Nemec*⁸, die im Vergleich mit den anderen weiblichen Abgeordneten nur für kurze Zeit (1919/20) diesem Parlament angehörte, sowie die beiden christlichsozialen Mandatarinnen aus dem Wahlkreis Graz und Umgebung, *Marianne Kaufmann*⁹ und *Olga Rudel-Zeynek*¹⁰, in den steirischen Landtag ein. Die beiden letzteren prägten engagiert das politische Geschehen in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre mit – nicht nur auf kommunalpolitischer Ebene. Von ihnen wird später noch die Rede sein. Ende September 1919 rückte als fünfte weibliche Abgeordnete jener Periode die Fürstenfelderin *Maria Rieger*¹¹ als Ersatzfrau für Josef Gutmann (1889-1943) im Landtag nach, welcher in die Konstituierende Nationalversammlung wechselte, so dass

der Frauenanteil unter den Abgeordneten nun sieben Prozent betrug. Rieger, die von 1910 bis 1920 die Ortsgruppe der christlichsozialen Tabakarbeitergesellschaft leitete, war wie Martha Tausk und Cäcilie Nemec im Frühjahr 1919 in den Gemeinderat ihres jeweiligen Herkunftsortes gewählt worden. Allen weiblichen Abgeordneten gemeinsam war, dass sie sich besonders in den Jahren zuvor für die Bildung und die Teilnahme von Frauen am politischen Leben eingesetzt hatten. Der weibliche Anteil unter den Abgeordneten erhöhte sich in der Landtagsperiode von 1920 bis 1923 kurzfristig auf 10 % bzw. sieben Mandatarinnen. Während Cäcilie Nemec nach der ersten Landtagsperiode als einzige weibliche Abgeordnete ausschied, stießen zu den schon vier erwähnten Politikerinnen (Tausk, Kaufmann, Rudel-Zeynek, Rieger) drei neue hinzu: *Frieda Mikola*¹² von den Christlichsozialen, *Maria Köstler*¹³ von den Sozialdemokraten sowie *Stephi Walter*¹⁴ von der Großdeutschen Volkspartei. Die ersten beiden waren, wie noch aufgezeigt wird, für die Steiermark und Österreich prägende Politikerinnen. Rudel-Zeynek verließ jedoch nach der ersten Sitzung den Landtag und bekam als erste Steirerin ein Nationalratsmandat zugewiesen.¹⁵ Neu im Landtag von 1923 bis 1927 war neben den Abgeordneten Marianne Kaufmann, Frieda Mikola, Maria Köstler und Martha Tausk die Obersteirerin *Maria (Marie) Lang*¹⁶. Die Sekretärin des christlichsozialen Kleinrentnerverbandes

Adele Wigan übernahm anstelle des ausscheidenden Anton Spak mit Ende Jänner 1927 für einige Monate ein Mandat, so dass sich der Frauenanteil unter den Abgeordneten auf 10,7 % erhöhte.¹⁷

Neben Maria Köstler, Frieda Mikola, Marianne Kaufmann, die in jenen Jahren Franz Millwisch heiratete, und Martha Tausk zog nach den Wahlen im Frühjahr 1927 *Johanna Auer*¹⁸, eine Tierarztwitwe und Hausbesitzerin in Graz, für die Einheitsliste neu in den Landtag ein. Als Martha Tausk am 20. September 1928 ihr Mandat wegen ihres Wegganges in die Schweiz zurücklegte, trat die sozialistische Grazer Gemeinderätin *Friederike (Frieda) Roßbacher* an ihre Stelle.¹⁹ Entsprechend der politischen Entwicklung jener Zeit nahm die Anzahl von weiblichen Vertreterinnen in den politischen Gremien am Beginn der dreißiger Jahre tendenziell ab.

Nur vier weibliche Abgeordnete finden wir in der Landtagsperiode von 1930 bis 1934: Marianne Millwisch-Kaufmann, Frieda Mikola und Friederike Roßbacher sowie als neue sozialistische Landtagsabgeordnete die „Arbeitergattin“ *Aloisia (Luise) Bachner* aus Diemlach.

In beruflicher Hinsicht handelt es sich bei den Politikerinnen im Landtag um Lehrerinnen (Marianne Millwisch-Kaufmann, Frieda Mikola, Friederike Roßbacher), Arbeiterinnen (Cäcilie Nemec, Maria Rieger, Aloisia Bachner), Beamtinnen und Sekretärinnen (Martha Tausk, Maria Köstler, Adele Wigan) sowie Journalistinnen (Olga Rudel-Zeynek).

2.2. Die langjährigen Landtagsabgeordneten Marianne Millwisch-Kaufmann und Frieda Mikola

Zu den engagiertesten weiblichen Landtagsabgeordneten in der Zwischenkriegszeit zählt **Marianne Kaufmann** (1884-1974), verehelichte Millwisch (auch Millwisch-Kaufmann). Als einzige Frau war die Lehrerin Mitglied des Steiermärkischen Landtages in allen Perioden von 1919 bis 1934.²⁰ Die aus Graz-Liebenau gebürtige spätere Hauptschuldirektorin (1924) wandte sich nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges sozialen Betätigungsfeldern zu. Mit ihren Anträgen im Landtag leistete Marianne Millwisch-Kaufmann vor allem auf sozial- und kulturpolitischem Gebiet Pionierarbeit. Sie forderte beispielsweise die Einführung von Fortbildungskursen für Gastwirtstöchter, woraus sich die Hotelfachschule entwickeln sollte, gemeinsam mit Frieda Mikola die Bestimmung des Dachsteinliedes zur Landeshymne, die Errichtung von Hauptschulen in Graz, Leibnitz, Deutschlandsberg und Frohnleiten sowie einer Gartenbauschule in der Steiermark, die Subventionierung von Privatschulen, eine benutzerfreundlichere Landesbibliothek, eine Besserstellung von Lehrkräften und ihrer sozialen Rechte.²¹ Ihr Antrag auf Aufnahme des hauswirtschaftlichen Unterrichtes in den Lehrplan der Pflichtschulen gab den Anstoß dafür, diesen in ganz Österreich einzuführen. Neben dem Christlichsozialen Lehrerverband, als dessen Mitbegründerin sie gilt, gründete sie



Vorstellung der ersten weiblichen Landtagsabgeordneten in der Kleinen Zeitung vom 5. Juni 1919: Marianne Kaufmann (Millwisch) ganz links auf der Zeichnung, mit Martha Tausk und Olga Rudel-Zeynek.

Marianne Kaufmann (Millwisch, Millwisch-Kaufmann) (Christlichsoziale Partei)

geb. 25. Mai 1884 in Graz-Liebenau, gest. 10. Oktober 1973 in Graz
1919-1934 Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag
Lehrerin und Hauptschuldirektorin



**Frieda Mikola
(Christlichsoziale Partei)**

geb. 6. Dezember 1881 in Graz,
gest. 19. Jänner 1958 in Graz
1918-1930 Führerin der Jugendgruppe der Katholischen Frauenorganisation
1920-1934 Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag
1945 Gründung des „Frauenbunds“ im Rahmen der ÖVP (später in Österreichische Frauenbewegung umbenannt)
1945-1949 Abgeordnete zum Nationalrat, damals als eine von zwei Frauen
1945 bis 1958 Landesleiterin der ÖFB
ausgebildete Lehrerin

eine Bibliothek für Junglehrer und trug als Vorstandsmitglied der Katholischen Frauenorganisation (= KFO)²² wesentlich dazu bei, dass der damals noch junge Brauch des Muttertages volkstümlich wurde. Während der Zeit des autoritären „Christlichen Ständestaates“ bzw. Austrofaschismus war Millwisch-Kaufmann Leiterin des Österreichischen Instituts für Filmkultur sowie Filmreferentin der Katholischen Aktion und der Vaterländischen Front. Nach dem Zweiten Weltkrieg wandte sie sich der politischen Frauenbewegung zu und beteiligte sich zusammen mit Frieda Mikola an der Gründung der Landesgruppe Steiermark der Österreichischen Frauenbewegung (ÖFB).²³

Das öffentliche Wirken der zur Lehrerin ausgebildeten Grazer Offizierstochter **Frieda Mikola** (1881-1958), die zu den am besten erforschten Politikerinnen der ersten Stunde zählt²⁴, umfasst mehr als vier Jahrzehnte. Ihr kirchliches und soziales Engagement begann 1913 in der KFO Steiermark. Schon 1918 hatte die tatkräftige Organisatorin Pfarrgruppen von katholischen Frauen auf dem Land gegründet und ebenso den Verband der katholischen weiblichen Jugend, deren Leiterin sie noch in den letzten Monaten der Doppelmonarchie auf diözesaner und bald auf Bundesebene wurde. Von ihrer Umwelt wurde Mikola als edle, selbstlose Persönlichkeit beschrieben, unermüdlich und rastlos für andere tätig. Ihre Sorge galt den Bedürftigen und ärmeren Bevölkerungsschichten. Die Zeit ihres Lebens

unverheiratete Frieda Mikola ist eine typische Repräsentantin der „geistigen Mütterlichkeit“ und des parteipolitischen Katholizismus, worauf noch näher eingegangen wird.

Nach Zuerkennung des Frauenwahlrechtes im November 1918 beteiligte sie sich als eine der ersten Frauen rege am politischen Leben. So war sie als Funktionärin der KFO auch parteipolitisch tätig – wie viele andere Mitglieder in der Steiermark, in Österreich und in Deutschland.²⁵ Von 1920 bis 1934 vertrat sie als christlichsoziale Landtagsabgeordnete (hier meist ausdrücklich als Mandatarin der KFO genannt) christliche Grundwerte. Als Politikerin wandte sie sich primär einem typischen weiblichen Hauptaufgabengebiet zu: der sozialen Fürsorge. Auf ihre Initiativen gehen u.a. das damalige Landesfürsorgegesetz, die Errichtung der Landeskrankenpflegeschule oder auch die Regelung der Altersvorsorge für Hebammen zurück. Sie machte sich um die Bildungsarbeit der bäuerlichen Jugend in Graz-St. Martin verdient und leitete im autoritären „Christlichen Ständestaat“ das Mutterschutzwerk der Vaterländischen Front. Das Jahr 1938 brachte ihr den erzwungenen Rückzug aus dem öffentlichen Leben. Als Nationalratsabgeordnete der ÖVP von 1945 bis 1949 wirkte Mikola wiederum bei jenen Anträgen mit, die sozialpolitischen Charakter trugen, und setzte sich für Kleinrentner, Kriegerwitwen und Hausgehilfinnen ein. So forderte sie die Herabsetzung des Pensionsalters

für Frauen vom 65. auf das 60. Lebensjahr. Bis zu ihrem Tod blieb Mikola die Landesleiterin an der Spitze der von ihr mitbegründeten Österreichischen Frauenbewegung (= ÖVP-Frauenbewegung) und Stellvertretende Bundesleiterin.

2.3. Anträge – Arbeitsfelder – Ausschüsse

Das Wirken der übrigen weiblichen Landtagsabgeordneten ist bisher kaum bzw. nicht ausreichend erforscht worden. Ihre Anträge und Arbeitsfelder sollen nachfolgend kurz skizziert werden. *Olga Rudel-Zeynek* setzte sich für die Fürsorge von Findelkindern, für eine bessere Ausgestaltung der Dienstbotenordnung wie auch für die Errichtung einer Gewerbe- und Haushaltungsschule für Frauen am Entenplatz in Graz, für ein Ausfuhrverbot von einheimischen Kunstgegenständen und für die Regelung des Goldaufkaufes, für Subventionen zugunsten des Grazer Hauses der Barmherzigkeit und für die Abhaltung von Unterrichtskursen für Linkshänder ein.²⁶ Ihr Antrag, Frauen in Form von Vorträgen durch Fachleute über das Wirtschaftsleben, die Landesverwaltung und Landesregierung sowie über die Tätigkeit der Behörden zu informieren, wurde ebenso angenommen.²⁷ *Maria Rieger* beantragte die Aufhebung der Sommerzeit und zusammen mit Mikola die Errichtung von Kleinkinderheimen sowie eine Regelung der Besoldungsverhältnisse für Fürsorgerinnen, *Cäcilia Nemec* die Errichtung einer gemischtklassigen Bürgerschule in Kapfenberg sowie gemein-

sam mit *Martha Tausk* eine Verbesserung des Dienstvertrages für Hausgehilfen in Orten mit weniger als 5.000 Einwohnern, *Stephi Walter* eine Verbesserung der Landesfürsorge- und Erziehungsanstalt „Lichtenhof“ in Hartberg sowie eine Ergänzung des Schulaufsichtsgesetzes.²⁸ *Martha Tausk* forderte u.a. neben der schon erwähnten Verbesserung der sozialrechtlichen Lage der Hausgehilfinnen die Aufhebung des Eheverbotes für Lehrerinnen, einen erhöhten Armentarif im Rahmen eines geburtshilflichen Beistandes, die Herabsetzung der Schüleranzahl und die Einführung von Parallelklassen, eine Regelung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Hausbesorger und Portiere.²⁹ *Maria Köstler* engagierte sich mit ihren Anträgen besonders im Bereich des Fürsorgewesens (Fürsorgebestimmungen, Fürsorgerinnenschule), für die Krankenpflegeschule, indem sie Zuschüsse für bedürftige Schülerinnen forderte, für arbeitslose Jugendliche, für Hausgehilfinnen, für Pensionisten- und Kleinrentnerunterstützungen sowie im Hebammenwesen.³⁰ *Johanna Auer* befasste sich mit der Gemeindeordnung, der Grazer Bauordnung, den Kanalbenützungsgebühren, dem Kirchenkonkurrenzgesetz und der Landesgebäudesteuer³¹, *Frieda Roßbacher* mit der Sicherung des Hebammenbeistandes, dem Reichsvolksschulgesetz und der Lehrerschaft³², *Aloisia Bachner* mit den Gemeindebeihilfen.³³ Schon am Beginn der ersten Landtagsperiode zeichnete sich eine Entwick-

lung ab, die auch für die weiteren Jahre prägend sein sollte. Nicht nur im Steiermärkischen Landtag, sondern auch im Gemeinderat von Graz erreichte in jenen Jahren der Zwischenkriegszeit keine einzige Frau ein politisches Spitzenamt, wie etwa Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung oder des Stadtrates. Eher wurden den weiblichen Abgeordneten die für Frauen stereotypen Ausschüsse und Einsatzfelder zugewiesen³⁴: Im ersten Jahrzehnt ihres politischen Wirkens sind Frauen nur als Mitglieder im Unterrichtsausschuss, im Volkswirtschaftlichen Ausschuss und im Fürsorgeausschuss zu finden.³⁵ Mit *Martha Tausk* wurde erstmals in der dritten Landtagsperiode von 1927 bis 1930 eine Frau zum Mitglied des Finanzausschusses ernannt. Neben den schon genannten Ausschüssen finden wir nun weibliche Landtagsabgeordnete als Mitglieder auch im Fortbildungsschulrat (*Mikola*), in der Landeskommission für Fremdenverkehr (*Auer*), im Gemeinde- und Verfassungsausschuss (*Auer*) und im Volksbildungsausschuss (*Millwisch-Kaufmann*, *Tausk*).³⁶ Von 1930 bis 1934 waren sogar zwei Mandatarinnen Mitglieder des Finanzausschusses (*Millwisch-Kaufmann* und *Roßbacher*).³⁷

3. Nationalrätinnen aus der Steiermark

Nur zwei Steirerinnen waren zwischen 1919 und 1934 im Nationalrat als Abgeordnete vertreten, wobei beide als profilierte Politikerinnen in die Geschichte eingegangen sind. Aufgrund einer schlechte-

ren Platzierung in der KandidatInnenliste der Christlichsozialen war die schon erwähnte **Olga Rudel-Zeynek** (1871-1948) bei den Wahlen in den Nationalrat im Jahr 1919 nicht direkt in das Parlament gewählt worden.³⁸ Das Nationalratsmandat, das sie im Jahr 1920 erhielt, verdankte sie dem Zufall, dass nach dem Wahlausgang ein männlicher Abgeordneter sein Mandat bald daraufhin zurücklegte. So rückte die Steirerin, die 1920 direkt in den Landtag gewählt worden war, in den Nationalrat auf und war damit überhaupt die erste weibliche Nationalratsabgeordnete aus der Steiermark, die wie ihre christlich-soziale Vorgängerin Dr. Hildegard Burjan (1883-1933) aus dem katholisch-sozialen Milieu kam.³⁹ Die gebürtige Olmützerin kam über ihr soziales Engagement in der KFO Steiermark zur Politik. Für die damalige Zeit sicherlich viel schwieriger und außergewöhnlich war zudem die Tatsache, dass Rudel-Zeynek sich als geschiedene Katholikin in Politik und Kirche engagierte und darin keine Barriere sah.

Frauen bzw. Katholikinnen wie Rudel-Zeynek, die sich politisch betätigten, hatten es nicht nur auf dem pluralen politischen Parkett schwer. Sie standen in einem besonderen Spannungsfeld: Für die kirchliche Hierarchie und für manche Katholik/inn/en waren sie wegen ihrer politischen Betätigung zu progressiv, zumal sie als Frauen in von Männern dominierte Bereiche eindringen. Hingegen betrachteten sie die politischen Vertreter, darunter vor allem auch weibliche Abgeordnete aus



**Olga Rudel-Zeynek
(Christlichsoziale Partei)**

geb. 28. Jänner 1871 in Olmütz, gest. 25. August 1948 in Graz

1919/1920 Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag

1920-1927 Abgeordnete zum Nationalrat

1927-1934 Mitglied des Bundesrates

Journalistin



**Maria Köstler
(Sozialdemokratische
Arbeiterpartei)**

geb. 1879 in Böhmen, gest.
1965

1920-1930 Abgeordnete zum
Steiermärkischen Landtag

1930-1934 Abgeordnete zum
Nationalrat

Heimarbeiterin, Sekretärin,
Beamtin

dem nichtkatholischen bzw. nichtkirchlichen Milieu, wegen ihrer wertkonservativen Haltung und ihres Engagements für die katholische Kirche als „rückständig“. Und während politisch agierende Katholikinnen immer gut genug waren, als Wahlrednerinnen für die christlichen Parteien möglichst viele Frauenstimmen zu gewinnen, wurden sie dennoch bei den Wahlen auf wenig chancenreiche Listenplätze gesetzt. Dieses Schicksal war auch Olga Rudel-Zeynek anfänglich zuteil geworden, als sie 1919 für den Nationalrat kandidierte, zunächst aber ein Mandat verfehlte.

Einen besonderen Erfolg von Olga Rudel-Zeynek, die aus dem Wahlkreis Graz und Umgebung kam und vom 3. Dezember 1920 bis zum 18. Mai 1927 Mitglied des Nationalrates war, stellt ihre Initiative zur „Lex Rudel-Zeynek“ aus dem Jahr 1925 dar: Erstmals wurde der Anspruch von Frauen auf Unterhalt gegenüber zahlungsunwilligen Vätern bzw. Ehemännern gesetzlich verankert. Nach Ablauf ihres Nationalratsmandates wurde sie 1927 vom Landtag in den Bundesrat entsandt, worauf im nachfolgenden Kapitel näher eingegangen wird. In der Gesetzgebungsperiode von 1923 bis 1927 war Rudel-Zeynek Mitglied des Ausschusses für Erziehung und Unterricht sowie für Justiz (dort auch Schriftführerin), Ersatzmitglied im außerordentlichen Kabinettsrat, im Sonderausschuss zur Beratung der Reform des Pressegesetzes und im Ausschuss für soziale Verwaltung. Ihre Anträge befassten sich weiters

mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weiblicher Kräfte, mit dem Ammenwesen, der Ausbildung für junge Frauen in Hauswirtschaft und Kinderpflege sowie mit dem damaligen Kinogesetz.⁴⁰

Die zweite steirische Abgeordnete im Nationalrat kam aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und war bereits von 1920 bis 1930 Abgeordnete im Steiermärkischen Landtag, als sie 1930 als eine der vier Sozialdemokratinnen in den Nationalrat (bis 1934) gewählt wurde. **Maria (Marie) Köstler** (1879-1965), geborene Mattauch, stammte aus Böhmen und war in ihrer Jugendzeit als Heimarbeiterin in Wien tätig, wo sie einen Gemeindebediensteten ehelichte und eine Familie gründete.⁴¹ Mit 35 Jahren ließ sie sich in der Steiermark zur Krankenpflegerin ausbilden und organisierte als entschiedene Kriegsgegnerin während des Ersten Weltkrieges das Pflegepersonal für die Freien Gewerkschaften. Sie wurde Sekretärin sowie Vorsitzende des gewerkschaftlichen Fachverbandes bis zu dessen Verbot 1934. Als Beamtin stand sie dem Landesvormundschaftsamt seit 1922 vor. Zudem wurde sie nach dem Weggang von Martha Tausk 1928 steirische Landesfrauenvorsitzende der Sozialdemokratinnen und 1931 Mitglied des Frauenreichskomitees. Als Nationalrätin war sie Mitglied des Justizausschusses sowie Ersatzmitglied mehrerer weiterer Gremien (Ausschuss für Unterricht und Erziehung, Immunitätsausschuss, für Land- und Forstwirtschaft, für den Rech-

nungshof, für soziale Verwaltung, den Unvereinbarkeitsausschuss, den Sonderausschuss zur Vorberatung des Viehverkehrsgesetzes). In ihren Reden vor dem Nationalrat zeigte sie vor allem ihre Kompetenz in Budgetangelegenheiten und im Bundesfinanzgesetz.⁴² Zusammen mit anderen Sozialdemokratinnen protestierte sie vehement gegen den wachsenden antidemokratischen politischen Kurs. Im Bürgerkriegsjahr 1934 zählte sie zu den Opfern, die wochenlang inhaftiert und danach des Landes verwiesen wurden. Die Emigration führte sie nach London, wo sie während des Zweiten Weltkrieges der „sozialdemokratischen Exilorganisation“ angehörte und enge Kontakte zu Kommunisten hatte.⁴³ Einige Monate nach ihrer Rückkehr nach Österreich schloss sie sich nach Differenzen innerhalb der SPÖ im Februar 1946 den Kommunisten an, wo sie bis zu ihrem Lebensende aktiv in der Partei mitarbeitete.

4. Eine Steirerin als erste Frau an der Spitze des Bundesrates

Insgesamt waren nur wenige Frauen im Bundesrat vertreten, der aufgrund der Verfassung mit dem 1. Dezember 1920 ins Leben gerufen wurde. So finden wir kaum Steirerinnen darunter. Die bedeutendste unter ihnen war *Olga-Rudel Zeynek*, die zusammen mit *Martha Tausk* vom Landtag am 21. Mai 1927 in den Bundesrat entsandt wurde.⁴⁴ Während Martha Tausk bereits am 24. November

1928 aus diesem ausschied, gehörte ihm Rudel-Zeynek bis 1934 an. Sie war überhaupt *die erste* Frau, die im Österreich der Zwischenkriegszeit als Vorsitzende des Bundesrates vom 1. Dezember 1927 bis 31. Mai 1928 die höchste politische Funktion bekleidete und auch weltweit als erste Parlamentspräsidentin fungierte. Nach Ablauf dieses Amtes meinte der Nachfolger von Olga Rudel-Zeynek, der Tiroler Dr. Richard Steidle als Bundesratsvorsitzender, über die politische Kompetenz von Frauen: „Wenn es eines Beweises für die Eignung der Frau zu solch öffentlicher Würde bedurft hätte, unsere Frau Kollegin Frau Rudel-Zeynek hat ihn erbracht.“⁴⁵ Erneut stand Rudel-Zeynek dem Bundesrat vom 1. Juni bis 20. November 1932 vor. Die Sekretärin des Kleinrentnerverbandes *Adele Wigan*, welche von 1929 bis 1933 dem Grazer Gemeinderat als christlichsoziale Abgeordnete angehörte, war für die Gesetzgebungsperiode von 1923 bis 1927 steirische Ersatzfrau für den Bundesrat.⁴⁶

5. Gemeinderätinnen der Stadt Graz

Als Fallbeispiel für die ersten Frauen, die in der Zwischenkriegszeit in die Gemeinderäte gewählt wurden, soll die Stadt Graz näher in den Blick genommen werden, wobei bislang kaum Forschungen über diese Mandatarinnen, schon gar nicht zu ihren politischen Anträgen und ihrem Wirken, vorliegen. Selbstredend ist das Faktum, dass zwar in der jüngst herausgegebenen Grazer Stadtgeschichte erwähnt wird, dass auch Frauen im Früh-

jahr 1919 erstmals in den Gemeinderat gewählt wurden, nicht aber deren Namen.⁴⁷ Der Anteil der weiblichen Abgeordneten für den Gemeinderat der Stadt Graz im Wahljahr 1919 betrug mit sechs Frauen unter den 48 GemeinderätInnen 12,5 %.⁴⁸ Die Christlichsoziale Partei, die gemeinsam mit der Nationalmittelständischen Partei kandidierte, konnte den höchsten Frauenanteil mit vier von 24 MandatarInnen aufweisen (= 16,7 % der Abgeordneten), während jener unter den sozialistischen GemeinderätInnen 10 % betrug. In den Gemeinderat entsandt wurden von den Christlichsozialen die Fachlehrerin *Marie Handl*, *verehelichte Paller*⁴⁹, die Bahninspektorsgattin *Ludmilla (Frieda) Müller*, die Fürsorgerin *Berta Schreiner*, die „Private“ *Sophie Tauber* sowie von den Sozialdemokraten die Sekretärin *Martha Tausk* und die Beamtin *Marie (Mizzi) Dubina*. Das historische Ereignis, „weil es zum erstenmal der Fall ist, dass Damen als gewählte Vertretung der Stadt Graz hier erscheinen“⁵⁰, wurde auch bei der konstituierenden Gemeinderatssitzung am 13. Juni 1919 von Ing. Hermann Jaußner, welcher als Alterspräsident zunächst die Sitzung leitete, gewürdigt. Er begrüßte besonders die „verschiedenen Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts“, mit denen er ökonomische Erwartungen verband, dass „die Frauen, so wie sie im Kriege durch ihre Mitwirkung im Hinterlande die besten Dienste zum Wohle des Vaterlandes geleistet haben, auch hier im Gemein-

dehaushalte, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete die ersprießlichsten Erfolge erzielen werden.“⁵¹

Als zur Vergabe von leitenden Ämtern oder Schlüsselpositionen geschritten wurde, wurde keine der Gemeinderätinnen in eine herausragende Funktion, sei es als Obfrau einer Sektion, einer ständigen Kommission oder eines Ausschusses, sei es sogar als Stadträtin, gewählt. Dieses ernüchternde Faktum ist ebenso für die nachfolgenden Gemeinderatsperioden bis 1934 zu beobachten. Die wichtigsten und kommunalpolitisch bestimmenden Ausschüsse wurden weitestgehend oder zur Gänze mit Männern besetzt, in einigen wenigen (und weniger bedeutenden) Ausschüssen waren vereinzelt weibliche Abgeordnete vertreten. Ganz dem stereotypen Geschlechterbild entsprechend fanden sich überwiegend die meisten Gemeinderätinnen in den Bereichen für Soziales und Fürsorge, Unterricht bzw. Bildung, Ernährung, Jugend, Familie oder Wirtschaft. Beispielsweise stellten in der ersten Gemeinderatsperiode von 1919 bis 1924 die Abgeordneten Dubina, Handl-Paller, Tauber und Schreiner in der Sektion „Armenwesen“ fast die Hälfte der neun Mitglieder.⁵² In der „Armenoberdirektion“ waren unter den sechs Mitgliedern drei Frauen (Müller⁵³, Schreiner, Tauber), im Gemeindegewirtschaftsrat unter den 21 Mitgliedern vier Frauen (Dubina, Handl-Paller, Müller und Tausk). Zwei weibliche Abgeordnete wurden in den Stadtschulrat entsandt (Handl-Paller

und Müller⁵⁴), ebenso zwei in den Versorgungsausschuss, Jugendschutzamtsbeirat und Wohnungsfürsorgeausschuss (jeweils Tausk und Schreiner), in den Industriehalleausschuss (Dubina und Müller) und Deutschvölkischen Ausschuss (Dubina und Handl-Paller).

Die Anzahl der weiblichen Abgeordneten blieb auch nach den Gemeinderatswahlen am 25. Mai 1924 konstant. Mit der Einheitsliste der christlichsozialen und großdeutschen Volkspartei zogen zunächst drei Mandatarinnen in das Grazer Rathaus ein⁵⁵, von den Sozialdemokraten zwei. Während die Sozialdemokraten mit Martha Tausk und Maria Dubina Kontinuität zeigten, änderte sich die Zusammensetzung der Einheitsliste völlig. Neu waren die Kontrollorswitwe *Josefine Puggl*, die Sekretärin *Adele Wigan* sowie *Elisabeth Gaischeg*.⁵⁶ Anstelle des zurückgetretenen Gemeinderates Dr. Hans Löschnigg rückte im Herbst 1924 *Maria Krevets*, deren Beruf als „Private“ angegeben wurde, von der Einheitsliste nach.⁵⁷ Auch nach den Wahlen von 1924 finden wir die weiblichen Abgeordneten vornehmlich in den schon vorher genannten Ausschüssen und Sektionen, hinzu kamen neu jene für das Schlachthaus (Puggl), die Straßenbahn (Puggl), für Gas und Elektrizität (Wigan) sowie für den Wohnungsbau (Wigan). Erstmals wurde jedoch mit Martha Tausk eine Frau in den Ausschuss für Geldgebarung, also für das Budget bzw. die Finanzen zuständig, berufen.⁵⁸

Ende des Jahres 1926 legte Elisabeth Gaischeg ihr Gemeinderatsmandat nieder, an ihrer Stelle rückte der Lehrer Josef Kriwetz nach.⁵⁹ Die Lehrerin *Fri(e)da Roßbacher* kam anstelle des verstorbenen sozialistischen Stadtrates Alois Aufobsky im Mai 1927 in den Grazer Gemeinderat.⁶⁰ Jedoch schied Martha Tausk wegen ihrer Entsendung in den Bundesrat aus dem Gremium aus, ihr Mandat wurde mit einem männlichen Kollegen, nämlich mit Oberrevident Franz Falk, nachbesetzt. Der sozialistische Bürgermeister der Stadt Graz, Vinzenz Muchitsch (1873-1942), dankte ihr offiziell für die achtjährige „verdienstvolle Tätigkeit“, „schätzenswerte Mitarbeit“, im Besonderen bei der Lösung sozialer Fragen, und für „außerordentliches Interesse an den Angelegenheiten der Gemeinde“ in der Sitzung vom 23. Juni 1927.⁶¹

Die KandidatInnenlisten für die Gemeinderatswahlen am 21. April 1929 zeigen augenscheinlich, dass Frauen auf schlechteren Listenplätzen zu finden waren und tatsächlich nur Chancen auf ein Mandat innerhalb der beiden Großparteien hatten, welche auch eine größere Mandatszahl errangen: bei den Christlichsozialen an 5., 9., 14. Stelle, bei den Sozialisten an 6., 17. und 23. Stelle.⁶² Unter den 107.217 wahlberechtigten Grazern fanden sich 59.847 Frauen und 47.370 Männer.⁶³ Dabei waren unter den gültig abgegebenen Stimmen 51.003 Frauen (55,7 %), davon hatten die Sozialdemokratische Partei 44,23 % der Frauen gewählt, 36,72 %

der Frauen die Christlichsoziale Partei, 13,74 % den Nationalen Wirtschaftsblock, 3,12 % den Wirtschaftsbund der Stände, 1,58 % die NSDAP sowie 0,6 % die kommunistischen Parteien.⁶⁴

Trotz großer Stimmen- und Mandatsgewinne vergab die Sozialdemokratische Partei nur drei von 24 Mandaten an Frauen: an Maria Dubina, die als einzige Frau in allen Gemeinderatsperioden von 1919 bis 1934 durchgehend vertreten war, sowie neu an die Handelsangestellte *Elisabeth Peisser* und die Fürsorgerin *Maria Pongratz*. Die Christlichsoziale Partei besetzte zunächst drei von 15 Mandaten mit weiblichen Abgeordneten, nämlich mit der Gemeinderätin Maria Krevets sowie neu mit *Helene Kociancig* und *Adele Wigan*.⁶⁵ Anstelle von Maria Krevets kam im Herbst 1930 die Hausbesitzerin *Aloisia Ritter* in den Gemeinderat.⁶⁶ Adele Wigan schied 1933 aus.⁶⁷ Am 17. März 1934 verfügte die Steiermärkische Landesregierung die Auflösung des Grazer Gemeinderates. Der Obmann des christlichsozialen Lehrerbundes Hans Schmid (1889-1979) war von den Mitgliedern der Vaterländischen Front – damals waren nur noch Helene Kociancig und Aloisia Ritter im Gemeinderat vertreten – bzw. vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 24. Februar 1934 zum Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz gewählt worden.⁶⁸ Nachdem mit 24. März 1934 ein ausschließlich aus Männern gebildeter Stadtrat nach ständischen Prinzipien errichtet worden war, fand auch das politische Wirken der weib-

lichen Abgeordneten im Grazer Gemeinderat ein jähes Ende.

6. (Partei)politischer Katholizismus und Mandatarinnen

Während die sozialdemokratischen weiblichen Abgeordneten mit Ausnahme von Martha Tausk und Maria Köstler bislang kaum bzw. überhaupt nicht erforscht wurden, liegen zumindest zu einigen christlichsozialen Parteipolitikerinnen partiell Forschungsergebnisse vor. Zu den VertreterInnen der Frauenstimmrechtsbewegung⁶⁹ vor 1919 zählten nicht die Hierarchie der katholischen Kirche und auch nicht die katholisch-kirchlichen Frauenvereine und Organisationen, welche – mit Ausnahme einiger Akademikerinnen – dem Anliegen der politischen Emanzipation der Frauen distanziert oder ablehnend bis abwartend gegenüberstanden. Der Meinungsumschwung unter den Katholikinnen fand erst knapp vor Einführung des Frauenwahlrechtes statt.⁷⁰ Die Christlichsoziale Partei verdankte ihre Wahlerfolge in der Ersten Republik neben der Unterstützung durch die kirchliche Hierarchie und das katholische Pressewesen besonders dem weiblichen konfessionellen Verbandswesen, dem größten katholischen Provenienz.⁷¹ Katholische Frauenvereine bildeten nun den organisatorischen Unterbau für den (partei)politischen Katholizismus und fungierten als Vorfeldorganisationen der christlichsozialen Partei. Ihre Spitzenfunktionärinnen übernahmen innerhalb der

Partei Mandate in den Gemeinderäten, im Landtag, Bundesrat oder Nationalrat.

Die Virulenz des (partei)politischen Katholizismus in der Zwischenkriegszeit wird auch am Beispiel der weiblichen christlichsozialen Abgeordneten im Landtag und Grazer Gemeinderat deutlich. *Marianne Millwisch-Kaufmann* unterstützte schon vor ihrer Wahl als Landtagsabgeordnete die Hilfswerke der KFO. Innerhalb dieser war sie, wie auch ihre Mitstreiterinnen *Frieda Mikola* und *Olga Rudel-Zeynek*, in der Zwischenkriegszeit in mehreren Sektionen, teilweise leitend tätig, wirkte im Katholischen Volksbund und im kirchlichen Verein „Frohe Kindheit“.⁷² Frieda Mikola führte als Abgeordnete im Landtag und als Diözesanleiterin der weiblichen katholischen Jugend die religiöse und politische Sektion innerhalb der KFO Steiermark an. Anfang der 1950er Jahre fungierte sie neben ihrer parteipolitischen Tätigkeit in der Österreichischen Frauenbewegung als Vorsitzende der staatsbürgerlichen Sektion der Internationalen Katholischen Frauenbewegung.⁷³ Ebenso war Olga Rudel-Zeynek ein führendes Mitglied der KFO. Die Landtagsabgeordnete *Marie Lang* war für den „Gau Leoben“ der KFO Steiermark zuständig, die Fürstenfelder Abgeordnete *Maria Rieger* für die Ortsgruppe der katholischen Frauen.

Auch die christlichsozialen Grazer Gemeinderätinnen waren fast ausschließlich leitend in den katholischen Frauenvereinen tätig: *Helene Kociancig* als Bun-

despräsidentin des Katholischen Frauenbundes „Einigkeit“, welcher der KFO angeschlossen war, *Josefine Puggl* als Leiterin der Ortgruppe des katholischen Frauenbundes „Einigkeit“ der KFO in der Pfarre Graz-St. Andrä. *Aloisia Ritter* war für die Pfarrgruppe der KFO in der Pfarre Graz-Kalvarienberg zuständig. *Elisabeth Gaischeg* und *Ludmilla Müller* fungierten als Schriftführerinnen des Katholischen Frauenbundes „Einigkeit“, erstere für die Pfarre Münzgraben, letztere für die Bundesleitung. *Maria Krevets* leitete die wirtschaftliche Sektion der KFO Steiermark. Mitte der 1920er Jahre finden wir *Sophie Tauber*, nach Ende ihres Gemeinderatsmandates, als Obfrau für den Gau Leibnitz der KFO.

7. Schlussbemerkungen

Die Erforschung der ersten Generation steirischer Politikerinnen steht erst am Anfang. Nicht vergessen werden darf auch die aus Mureck stammende Wiener

Politikerin Johanna Weiß (1874-1932), die von 1919 bis 1921 dem Niederösterreichischen Landtag angehörte.⁷⁴ Was sich bislang an Beobachtungen und partiellen Untersuchungsergebnissen darstellen lässt, deutet auf ein bislang unbeachtetes, jedoch bemerkenswertes Mitgestalten von Frauen im Nationalrat und Bundesrat, im Steiermärkischen Landtag und im Grazer Gemeinderat hin – so zahlenmäßig gering die Mandatarinnen auch waren. Freilich kam es erst in der Zweiten Republik zu einer weitaus größeren, allgemein wachsenden weiblichen Präsenz in den politischen Gremien, Parteien und Parlamenten. Was aufs Ganze gesehen wegen der allgemeinen Rahmenbedingungen eher zaghaft von Repräsentantinnen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene der österreichischen Politik begonnen werden konnte, wies indes in die Zukunft – nach dem autoritären „Christlichen Ständestaat“ und der NS-Herrschaft in Österreich. □

Sie waren die Ersten

Frauen im Steiermärkischen Landtag 1919-1934

Johanna Auer (Einheitsliste bzw. CsP), 1927-1930
Aloisia Bachner (SP), 1930-1934
Marianne Kaufmann, verheiratete Millwisch (CsP), 1919-1934
Maria Köstler (SP), 1920-1930
Marie Lang (CsP), 1923-1927
Frieda Mikola (CsP), 1920-1934
Cäcilie Nemec (SP), 1919/20
Maria Rieger (CsP), 1919-1923
Friederike Roßbacher (SP), 1928-1934
Olga Rudel-Zeynek (CsP), 1919-1923
Martha Tausk (SP), 1919-1928
Steffi Walter (GDVP), 1920-1923
Adele Wigan (CsP), 1927

Frauen im Grazer Gemeinderat 1919-1934

Maria (Mizzi) Dubina (SP), 1919-1934
Elisabeth Gaischeg (CsP), 1924-1926
Marie (Maria) Handl, verheiratete Paller (CsP), 1919-1924
Helene Kociancig (CsP), 1929-1934
Maria Krevets (CsP), 1924-1930
Ludmilla (Frieda) Müller (CsP), 1919-1924
Elisabeth Peisser (SP), 1929-1934
Maria Pongratz (SP), 1929-1934
Josefine Puggl (CsP), 1924-1929
Aloisia Ritter (1930-1934)
Fri(e)da Roßbacher (SP), 1927-1929
Berta Schreiner (CsP), 1919-1924
Sophie Tauber (CsP), 1919-1924
Martha Tausk (SP), 1919-1927
Adele Wigan (CsP), 1929-1933

Steirerinnen im Nationalrat 1919-1934

Olga Rudel-Zeynek (CsP), 1920-1927
Maria Köstler (SP), 1930-1934

Steirerinnen im Bundesrat 1919-1934

Olga Rudel-Zeynek (CsP), 1927-1934
Martha Tausk (SP), 1927/28

Die erste Generation steirischer Politikerinnen - Michaela Sohn-Kronthaler

- ¹ Eine Tafel zum Hofeingang des Grazer Landhauses, die 2003 im Rahmen von WOMENT!, einem gemeinsamen feministischen Projekt mehrerer Fraueninitiativen anlässlich von „Graz – Kulturhauptstadt 2003“ angebracht wurde, würdigt dieses besondere historische Ereignis. Dazu: Bettina Behr, Ilse Wieser (Hg.), „WOMENT! – Eine Würdigung der Grazer FrauenStadtGeschichte. Dokumentation und Lesebuch. Innsbruck-Wien-Bozen 2004. Im November 2003 wurde im Grazer Bezirk Geidorf ein Park nach Martha Tausk benannt. Seit kurzem liegt über Martha Tausk eine ausführlichere Biographie vor: Brigitte Dorfer, Die Lebensreise der Martha Tausk. Sozialdemokratie und Frauenrechte im Brennpunkt. Innsbruck-Wien-Bozen 2008.
- ² Seit Anfang November 2008 ist dazu im Steiermärkischen Landesarchiv in Graz eine Ausstellung mit dem Titel „November 1918. Die Steiermark zwischen Monarchie und Republik“ zu sehen.
- ³ Dorfer, Tausk, S. 58.
- ⁴ Dorfer, Tausk, S. 75; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1919/20, S. 119.
- ⁵ Maria Mesner, Die Auseinandersetzung um den Schwangerschaftsabbruch in Österreich. Zur politischen Kultur der Zweiten Republik. Phil. Diss. Wien 1993.
- ⁶ Insgesamt fanden sich unter den acht weiblichen Abgeordneten, die erstmals in das Parlament einzogen, sieben Sozialdemokratinnen (Adelheid Popp, Therese Schlesinger, Anna Boschek, Gabriele Proft, Emmy Freundlich, Amalie Seidl und Marie Tusch) sowie als einzige christlichsoziale Abgeordnete Hildegard Burjan. Bis auf die Kärntnerin Marie Tusch kamen alle anderen Frauen aus den Wiener Wahlkreisen. Michaela Kronthaler, Die Frauenfrage als treibende Kraft. Hildegard Burjans innovative Rolle im Sozialkatholizismus und Politischen Katholizismus vom Ende der Monarchie bis zur „Selbstausschaltung“ des Parlamentes (Grazer Beiträge zur Theologiegeschichte und kirchlichen Zeitgeschichte, 8. Bd.). Graz-Wien-Köln 1995, S. 163f. Siehe dazu Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919-1933. Wien 1995.
- ⁷ Kleine Zeitung, Nr. 127, 5. Juni 1919, S. 1.
- ⁸ Cilli Nemeč war zusammen mit drei anderen Frauen, nämlich Amalia Gruber, Amalia Huber und Josefa Gruber – am 27. Juli 1919 in den 30-köpfigen Gemeinderat der Stadt Kapfenberg gewählt wurden. Reiner Puschnig, Kapfenberg. Alter Markt – Junge Stadt. Kapfenberg 1974, S. 109.
- ⁹ Kronthaler, Frauenfrage, S. 145; Michaela Kronthaler, Prägende Frauen der steirischen Kirchengeschichte (Christentum und Kirche in der Steiermark, Bd. 5). Kehl am Rhein 2000, S. 32.
- ¹⁰ Keine andere Frau hatte in diesen zwei Dezennien ein Ministerinnenamt oder ein höheres politisches Amt, wie das der Landeshauptfrau oder der Staatssekretärin, inne. Zu dieser Politikerin siehe die Broschüre: Olga Rudel-Zeynek, Pionierin im Parlament. Herausgegeben von der Parlamentsdirektion mit Unterstützung des Landes Steiermark, o. O., Juni 2003; Hauch, Frauenstandpunkt, S. 302-307; Michaela Sohn-Kronthaler, Frauen der steirischen Kirchengeschichte, in: Franz Lackner, Wolfgang Mantl (Hg.), Identität und offener Horizont. Festschrift für Egon Kapellari. Wien-Graz-Klagenfurt 2006, S. 441-455, hier S. 448f.
- ¹¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1919/20, 9. Sitzung am 29. September 1919, S. 126; Kronthaler, Frauenfrage, S. 145; Elisabeth Ernst, „Sie war der Lebensnerv der Stadt.“ Die Geschichte der Tabakverarbeitung in Fürstenfeld von den Anfängen bis zur Gegenwart. Phil. Diss. Graz 1991, S. 307.
- ¹² Ausführlich zu Mikola, die von 1945 bis 1949 auch Nationalratsabgeordnete der Österreichischen Volkspartei war: Nina Kogler, Für Kirche, Partei und „Vaterland“. Zur politischen und kirchlichen Organisation katholischer Frauen Österreichs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts am Beispiel von Frieda Mikola (1881-1958). Theol. Diplomarbeit. Graz 2007. Die Arbeit erscheint im Februar 2009 als Publikation in der Reihe „Grazer Gender Studies, hg. von Karin M. Schmidlechner“. Nach Frieda Mikola wurde einer der drei „FrauenWEGE“ im Rahmen von Graz – Kulturhauptstadt 2003 benannt: Michaela Kronthaler, FrauenWEGE 2003 – Auf den Spuren religiös bewegter Frauen in Graz, in: Behr/Wieser, WOMENT!, S. 197-205.
- ¹³ Hauch, Frauenstandpunkt, S. 280-284.
- ¹⁴ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1920-1923, S. 127.
- ¹⁵ Stenographischer Bericht, 2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 21. Dezember 1920, S. 19f. Siehe dazu Kap. 3.
- ¹⁶ Kronthaler, Frauenfrage, S. 145.
- ¹⁷ Stenographischer Bericht, 71. Sitzung des Steiermärkischen Landtages, 31. Jänner 1927.
- ¹⁸ Kronthaler, Frauenfrage, S. 145.
- ¹⁹ Stenographischer Bericht, 23. Sitzung des Steiermärkischen Landtages, 26. September 1928.
- ²⁰ Kronthaler, Prägende Frauen, S. 32. Siehe dazu ihre Erinnerungen „Aus der Ersten Republik“. o. J., o. O.
- ²¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1919/20, S. 53f.
- ²² Zur KFO Steiermark siehe Kronthaler, Prägende Frauen, S. 29-34; Evelyn Seufzer, Die Entwicklung der Katholischen Frauenorganisation Steiermarks. Dargestellt anhand ihres Presseorgans „Der Frauenkalender“ (1923-1938). Theol. Diplomarbeit. Graz 2005.

Die erste Generation steirischer Politikerinnen - Michaela Sohn-Kronthaler

²³ Kogler, Mikola, S. 120-132.

²⁴ Dazu ausführlich: Ebd.

²⁵ Vgl. dazu das Kapitel „Katholikinnen im öffentlichen und politischen Leben“ in: Michaela Sohn-Kronthaler/Andreas Sohn, *Frauen im kirchlichen Leben. Vom 19. Jahrhundert bis heute*. Kevelaer 2008, S. 62-84.

²⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1919/20, S. 101.

²⁷ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1919/20, 22. Sitzung, S. 413.

²⁸ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1919/20, S. 98; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1920-1923, S. 21.

²⁹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1919/20, S. 119; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1920-1923, S. 21; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1920-1923, S. 17.

³⁰ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1920-1923, S. 16; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1923-1927, S. 14; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1927-1930, S. 18.

³¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1927-1930, S. 15.

³² Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1930-1934, S. 16.

³³ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1930-1934, S. 20.

³⁴ Zur sozialpolitischen Tätigkeit des Landes siehe Barbara Pratl, *Die soziale Tätigkeit des Steiermärkischen Landtages von 1919 bis 1938*. Phil. Diss. Graz 1986.

³⁵ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1920-1923, S. 123-127; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1920-1923, S. 136-141.

³⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1920-1923, S. 120-123.

³⁷ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages 1920-1923, S. 10-104.

³⁸ Eine ausführlichere biographische Würdigung zu Rudel-Zeynek bei: Andrea Ertl, Olga Rudel-Zeynek – Die erste Frau an der Spitze des Bundesrates, in: *Pionierin im Parlament*, S. 5-19

³⁹ Zu Burjan: Kronthaler, *Frauenfrage*.

⁴⁰ Index zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates vom 20. November 1923 bis 18. Mai 1927. Wien 1934, S. 117f.

⁴¹ Hauch, *Frauenstandpunkt*, S. 280-284.

⁴² Index zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates vom 2. Dezember 1930 bis 2. Mai 1934. Wien 1934, S. 97.

⁴³ Hauch, *Frauenstandpunkt*, S. 281.

⁴⁴ Stenographisches Protokoll, 116. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich, 28. Juni 1927, S. 1320f.

⁴⁵ Stenographisches Protokoll, 125. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich, 1. Juni 1928, S. 1401.

⁴⁶ Stenographisches Protokoll, 66. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich, 14. Dezember 1923, S. 876.

⁴⁷ Meinhard Brunner, *Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003*, in: Walter Brunner (Hg.), *Geschichte der Stadt Graz*, Bd. 1. Graz 2003, S. 215-230, hier bes. 251.

⁴⁸ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz. Im Selbstverlag der Stadtgemeinde Graz, XXIII. Jg. 1919, S. 323f.

⁴⁹ Nach ihrer Verheiratung im Sommer 1919 hieß sie Maria Paller.

⁵⁰ Amtsblatt Graz, Nr. 17/18, Stenographischer Bericht über die konstituierende Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Freitag, den 13. Juni 1919, XXIII. Jg. 1919, S. 332.

⁵¹ Amtsblatt Graz, Nr. 17/18, Stenographischer Bericht über die konstituierende Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Freitag, den 13. Juni 1919, XXIII. Jg. 1919, S. 332.

⁵² Insgesamt wurden sechs Sektionen gewählt, nämlich jene für Rechtsangelegenheiten, Unterricht, Bausektion, Geldgebarung, Handel und Gewerbe sowie Armenwesen. Je zwei weitere Frauen waren in der Sektion für Unterricht (Handl und Tausk) sowie für Handel und Gewerbe (Dubina und Müller) tätig.

⁵³ Sie legte jedoch dann ihre Funktion am 21. Juni 1919 zurück, weil ein Mitglied zuviel gewählt wurde.

⁵⁴ Am 21. Juni 1919 kam anstelle von Adolf Fizia Ludmilla Müller in den Stadtschulrat.

⁵⁵ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz. Im Selbstverlag der Stadtgemeinde Graz, XXVIII. Jg. 1924, S. 99.

⁵⁶ Zunächst galt auch Stephi Walter von den Großdeutschen als gewählt, aufgrund der Verteilung Reststimmenmandate wurde der NSDAP jedoch ein weiteres Mandat zuerkannt, so dass die Einheitsliste der CS und GDVP nur mehr 22 Mandate hielt und Stephi Walter ausscheiden musste. Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 11, 15. Juni 1924, Kundmachung, S. 103. XXVIII. Jg. 1924, S. 114. Die Mitglieder der Gemeinderatsperiode von 1919 bis 1924, Ludmilla Müller, Maria Paller, Bertha Schreiner und Sophie Tauber, schieden mit der Sitzung am 12. Juni 1924 aus dem Gemeinderat aus. Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz. Stenographisches Protokoll, XXVIII. Jg. 1924, S. 114.

⁵⁷ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz. Stenographisches Protokoll, Gemeinderatssitzung von 20. November 1924, XXVIII. Jg. 1924, S. 198.

Die erste Generation steirischer Politikerinnen - Michaela Sohn-Kronthaler

- ⁵⁸ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz. Stenographisches Protokoll, Konstituierende Versammlung vom 26. Juni 1924, XXVIII. Jg. 1924, S. 124f.
- ⁵⁹ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz. Stenographisches Protokoll, Gemeinderatssitzung vom 22. Dezember 1926, XXX. Jg. 1927, S. 2.
- ⁶⁰ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz. Stenographisches Protokoll, Gemeinderatssitzung vom 19. Mai 1927, XXXI. Jg. 1927, S. 79.
- ⁶¹ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz. Stenographisches Protokoll, Gemeinderatssitzung vom 23. Juni 1927, XXXI. Jg. 1927, S. 96.
- ⁶² Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 15. Mai 1929, XXXIII. Jg. 1929, S. 71-73.
- ⁶³ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 15. Mai 1929, XXXIII. Jg. 1929, S. 74.
- ⁶⁴ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 15. Mai 1929, Statistik der Gemeinderatswahlen vom 21. April 1929, XX-XIII. Jg. 1929, S. 80.
- ⁶⁵ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 15. Mai 1929, XXXIII. Jg. 1929, S. 76f.
- ⁶⁶ Adele Wigan schied 1933 aus gesundheitlichen Gründen aus. Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Stenographisches Protokoll, Gemeinderatssitzung vom 30. März 1933, XXXVII. Jg. 1933, S. 56f.
- ⁶⁷ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Stenographisches Protokoll, Gemeinderatssitzung vom 25. September 1930, XXXIV. Jg. 1930, S. 165f.
- ⁶⁸ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Außerordentliche Sitzung des Gemeinderates vom 24. Februar 1934, XXXVIII. Jg. 1929, S. 30.
- ⁶⁹ Zur Positionierung der Frauenbewegungen und Frauenvereine zum Frauenwahlrecht in Österreich siehe Brigitta Bader-Zaar, Frauenbewegungen und Frauenwahlrecht, in: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Vereine, Parteien und Interessensverbände als Träger der politischen Partizipation, Bd. VIII/1. Wien 2006, S. 1005-1027.
- ⁷⁰ Christian Blinzer, Nina Kogler, Frauen in die Politik, Frauen in der Politik, in: Sohn-Kronthaler, Kaendl, frau.macht.kirche, S. 89-96, hier S. 93.
- ⁷¹ Vgl. Gabriella Hauch, Frauenbewegungen – Frauen in der Politik, in: Emmerich Tálos u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien 1995, S. 277-291, bes. S. 281-283.
- ⁷² Kronthaler, Prägende Frauen, S. 32.
- ⁷³ Kogler, Mikola, S. 15-84.
- ⁷⁴ Kronthaler, Frauen der steirischen Kirchengeschichte, S. 449f.; Biographisches Handbuch des NÖ Landtages 1981-1921. Hg. von der NÖ Landesdirektion. St. Pölten [o. J.], S. 335f.

Frauen und Politik in der Steiermark von 1945 bis 1995



Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich mit den Rahmenbedingungen von steirischen Politikerinnen, die zwischen 1945 und 1995 als Abgeordnete im Landtag, Nationalrat oder/und Bundesrat tätig waren.¹ Die zeitliche Begrenzung nach oben ergibt sich aus der Tatsache, dass 1995 in der Steiermark und österreichweit erstmals eine Frau das Amt des „Landeshauptmanns“ erringen konnte. Ob damit eine Trendwende in Bezug auf die Möglichkeiten von Frauen in der steirischen Politik eingeläutet wurde, wird nicht Gegenstand der Erörterungen dieses Beitrags sein, da diese Frage in einem anderen Beitrag behandelt wird.

Frauen und Frauenorganisationen in den Parteien

Charakteristisch für die politisch organisierten Frauen war auch nach 1945 die Bindung der jeweiligen Frauenorganisationen an die entsprechenden Parteien. Diese Bindung hatte schon eine lange Tradition. Sie war im 19. Jahrhundert entstanden, als die entscheidenden Kriterien für die politischen Interessensvertretungen klassenspezifischer Art waren. Die Kategorie Geschlecht spielte damals eine sehr untergeordnete Rolle. Obwohl die Vertreterinnen der beiden ideologisch unterschiedlichen Frauenbewegungen,

die Arbeiterinnen auf der einen Seite und die bürgerlichen Frauen auf der anderen, zumindest in einigen Bereichen durchaus ähnliche Interessen hatten, kam es nach 1945 – ein erster zaghafter Ansatz in Form der Gründung des Dachverbandes aller Frauenorganisationen im Jahre 1949, der aus verschiedenen Gründen schon im Ansatz stecken blieb, ausgenommen – nicht zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit in Richtung einer gemeinsamen die herkömmlichen politischen Ideologien hintanstellenden Frauenpolitik. Daher gab es auch ab 1945 nur vereinzelte überparteiliche Aktionen der Frauen, beispielsweise die Zusammenarbeit von sozialdemokratischen und kommunistischen Frauen bei den Demonstrationen gegen die schlechte Ernährungslage in einigen Teilen der Steiermark, die zumindest einen Ansatz in diese Richtung darstellten.² Eine der wenigen gemeinsamen Aktionen von steirischen Frauen aller Parteien in den Jahren nach 1945 betraf ein Thema, das wirklich klassenübergreifend war, nämlich die Kriegsgefangenen.³ Diese Aktionen zeigen ebenso wie die Demonstrationen der Frauen zur Verbesserung der Ernährungssituation und ihr Engagement in der Abtreibungsproblematik, dass die normalerweise an Politik – hier im engeren Sinn des Wortes definiert – nicht inte-

ressierten Frauen durchaus aktiv wurden, wenn es um ihre vitalen Interessen ging. Dass sie der traditionell von Männern dominierten Politik, von deren Schalthebeln sie ja sowieso mit allen Mitteln ferngehalten wurden, wobei sie diese aufgrund ihrer Sozialisation im Allgemeinen gar nicht anstrebten und der sie nicht zuletzt wegen ihres Anteils an den furchtbaren Ereignissen der jüngsten Vergangenheit ohnehin skeptisch gegenüberstanden, den Rücken kehrten, erscheint eigentlich nur verständlich.

Österreichische Frauenbewegung

Im September 1945 wurde von Frieda Mikola⁴ im Rahmen der ÖVP eine Frauenorganisation mit der Bezeichnung „Frauenbund“ gegründet, die bald danach in „Österreichische Frauenbewegung“ umbenannt wurde. Mit damals 64 Jahren gehörte Mikola zu jenen steirischen Nachkriegspolitikerinnen, die schon in der Zwischenkriegszeit in verschiedenen politischen Funktionen tätig waren. Von 1918 bis 1930 bekleidete sie die Funktion einer Führerin der Jugendgruppe der Katholischen Frauenorganisation. Außerdem war sie von 1921 bis 1934 Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag und dort in den Ausschüssen Finanz- und Kultur sowie im Fürsorgeausschuss, dessen stellvertretende Obfrau sie war, vertreten. Frieda Mikola war auch Vertreterin der Jugendabteilung der Internationalen Katholischen Frauenliga, später Vertreterin der Frauen in dieser Organisation.

In der Aufbauphase der neuen Frauenorganisation wurden die Landesleitung sowie die Bezirks- und Ortsgruppen gegründet. Ziele und Aufgaben des Frauenbundes waren die Vertiefung und Förderung des österreichischen Gedankens und der Heimatliebe, die Erziehung der Jugend in diesem Geiste, die Aktion „Mutter und Kind“, die Förderung hausfraulicher Tätigkeiten durch Nähstuben und Kurse, Bastelstunden, Hausfrauenberatung und die Schulung der Frauen und Mädchen für das öffentliche Leben auf der Grundlage christlicher Weltanschauung. Um nicht mit Interessen der ÖVP-Bünde in Kollision zu geraten, wurden die Frauen nicht als Mitglieder, sondern als „Förderer“ in die Bewegung aufgenommen. Innerhalb dieser Organisation sollten ÖVP-Frauen und solche, die dieser Partei nahe standen, ein politisches Zuhause finden. Fünf Jahre später wurde vom Wirtschaftsrat des ÖFB die Hausfrauenvereinigung gegründet. Ziel dieser Vereinigung war es, die Interessen der Hausfrauen zu vertreten, Anregungen auf allen Gebieten der Haushaltsführung weiterzugeben, für eine geeignete Ausbildung und Weiterbildung der Hausfrauen und Haushaltshilfen zu sorgen, Rat und Auskunft zu erteilen und ähnliche Aufgaben zu lösen. In der Aufbauphase wurden die Landesleitung sowie die Bezirks- und Ortsgruppen gegründet. Von der ÖVP Steiermark wurden der neugegründeten Organisation zwei Räume zur Verfügung gestellt und die Bezahlung einer ÖFB-Landessekretärin,

einer Schreibkraft, sowie der Post- und Telephonegebühren übernommen.⁵ 1951 wurde die Zahl der in der ÖVP erfassten und von der ÖFB betreuten Frauen mit 49.000 angegeben.

Landesfrauenorganisationen

Als oberste Frauengremien der SPÖ wurden in den Herbsttagen 1945 in den Bundesländern die Landesfrauenorganisationen gegründet. Die Funktionärinnen in den Landesfrauenorganisationen waren sehr oft auch im Frauenzentalkomitee vertreten und konnten so die Beschlüsse dieses Gremiums in den Ländern weiterverbreiten. Im Unterschied zum Frauenbund kooperierten die SP-Frauenorganisationen in den Ländern sowohl personell als auch inhaltlich sehr stark mit der Zentrale, d.h. dass immer wieder auch Wiener SP-Politikerinnen an diversen Frauenveranstaltungen in der Steiermark teilnahmen bzw. dort aktiv waren. Inhaltlich schloss das Frauenzentalkomitee in vielen Bereichen an die Zeit vor 1934 an, wie z.B. in der Frage der Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches, der Revidierung der Kollektivverträge, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu gewährleisten, der Gleichstellung des unehelichen mit dem ehelichen Kind und der Reform des Ehe- und Familienrechtes. Die Tätigkeitsbereiche der steirischen Sozialistinnen bewegten sich auf verschiedenen Ebenen. Zum einen waren sie im National- und Bundesrat zur Durchsetzung der Partei-, der Frauen- und auch

der Landesinteressen, die ja bekanntlich nicht immer zusammenfielen, verpflichtet. Ausschließlich als Frauenpolitikerinnen, die primär an der Durchsetzung von sozialistischen Fraueninteressen interessiert waren, fungierten sie in den sozialistischen Frauengremien. Zu den Tätigkeitsbereichen auf der zweiten Ebene gehörte auch die Fortbildung der lokalen Funktionärinnen. Mit der Auslegung eines dicht geknüpften Netzwerks sollte auch jede Kleinstgemeinde ihre SPÖ-Organisation und zumindest eine Frauenreferentin haben. Die Frauenreferate waren nicht unabhängig, sondern integrativer Teil der Gesamtpartei und wurden benötigt, um gezielt den weiblichen „Vertrauensmännerapparat“ aufzubauen.⁶

Auch in der Kommunistischen Partei und in der erst einige Jahre nach dem Kriegsende gegründeten FPÖ wurden eigene Frauenorganisationen (Freiheitliches Frauenhilfswerk) gegründet.

Daten zum Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft liegen nur für die SPÖ im Zeitvergleich vor. So war der Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft bei der SPÖ nach 1945 konstant und betrug im Fünfjahresschnitt 28,72 %. Die Bandbreite schwankte zwischen 30,55 % im Jahre 1948 und 28,27 % für 1985. Daten über den Frauenanteil bei der ÖVP liegen dagegen nur vereinzelt vor. So betrug der Frauenanteil an der Mitgliedschaft der drei großen Teilorganisationen 1953 41,53 % und 1957 43,32 % und beim AAB 38 % im Jahre 1986. Nach dem Organi-



**Sophie Wolf
(ÖVP)**

rechts im Bild, hier mit Maria Matzner
geb. 12. Mai 1891, gest. 4. Juli
1964

Schon vor dem Krieg als Politikerin aktiv

1945-1957 Abgeordnete zum
Steiermärkischen Landtag,
als einzige der 8 von der ÖVP
aufgestellten Kandidatinnen
gewählt, Vorsitzende des
Volksbildungsausschusses, stv.
Vorsitzende des Fürsorgeaus-
schusses

Obfrau des steirischen Lehrerbundes

Mitglied des Präsidiums des
steirischen ÖAAB

Mitglied der Bundesleitung des
ÖAAB

sationsbericht an den Landesparteitag der FPÖ 1972 betrug der Frauenanteil an der Gesamtmitgliedschaft 21,4 %, in Graz 34 %. Aber auch bei den alternativen Parteien lag der Frauenanteil unter 50 %.

Die Katholische Frauenbewegung

Die weibliche Laienorganisation der Katholischen Kirche ging aus der Katholischen Frauenorganisation und dem Hausmütterverein der Vorkriegszeit hervor. Sie nahm ihre Tätigkeit in der Steiermark offiziell erst im Jahre 1953 auf, war allerdings schon einige Jahre zuvor – unter verschiedenen Namen wie z.B. Katholisches Frauenwerk und Katholische Frauenarbeit – in Erscheinung getreten. Als der eigentliche inoffizielle Gründungstag wird die erste Ländertagung in Maria Plain im Frühjahr 1947 betrachtet. Auf dieser Ländertagung wurden die Grundzüge der Aktivitäten festgelegt. Diese lagen im Bereich des Jugendschutzes, im Aufzeigen sozialer Missstände sowie in der Betreuung von Mädchen aus der Katholischen Jugendorganisation auf ihrem Weg „in den Frauenstand“. Weiters ging es um die „Erziehungsarbeit, die Frauen zur religiösen Betätigung hintanzuführen“. Einige Jahre später wurde als Ziel formuliert, der Frau „im kirchlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zu dienen.“ Die Basis der Katholischen Frauenbewegung bildeten die Pfarren, wo sich die Frauen in der Regel einmal im Monat trafen und Vorträge über verschiedene Themen hörten. Daher

war die Einstellung des jeweiligen Pfarrers gegenüber der Bewegung von entscheidender Bedeutung, da die Initiative zur Gründung einer Ortsgruppe von ihm auszugehen hatte. Da die Pfarrer davon nicht immer angetan waren, wurden sie seit 1947 von der Ordinariatskanzlei des Fürstbischofs immer wieder aufgefordert, einer Frauenorganisation in ihrer Pfarre zumindest wohlwollend gegenüberzustehen. Die wichtigste Zielgruppe der ersten Jahre waren die Mütter, da die Mutter ein Ideal der Katholischen Kirche darstellte.⁷

Frauen im steirischen Landtag

Für die ersten Landtagswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg, die im November 1945 stattfanden, waren von der ÖVP 8 Frauen (10 %) aufgestellt worden, von denen als einzige **Sophie Wolf** in den Landtag gewählt wurde, wo sie die Funktion einer Vorsitzenden des Volksbildungsausschusses innehatte. Außerdem war Sophie Wolf stellvertretende Vorsitzende des Fürsorgeausschusses, Obfrau des steirischen Lehrerbundes, Mitglied des Präsidiums des steirischen ÖAAB sowie Mitglied der Bundesleitung des ÖAAB.

Bei der SPÖ waren von 67 Kandidaten ebenfalls 8 weiblich, das entspricht einem Anteil von 11,5 %. Tatsächlich gewählt wurden Maria Matzner und Hella Lendl. Wie Sophie Wolf waren auch die beiden SP-Politikerinnen schon vor dem Krieg aktiv gewesen.

Hella Lendl, Jahrgang 1907, begann mit 16 Jahren als Bürokraft in der Konsumge-



Hella Lendl (SPÖ)

geb. 3. Jänner 1907 in Mürzzuschlag, gest. 30. September 2004

Funktionärin der Partei des Arbeiterturnvereines und der Konsumgenossenschaft

1945-1970 Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag

1945 Aufbau der sozialistischen Frauenbewegung in Mürzzuschlag

1946-1970 Mitglied des Gemeinderats der Stadt Mürzzuschlag

1. Frau Österreichs in einem Gemeindevorstand

1960 Goldenes Ehrenzeichen der Republik Österreich



**Maria Matzner
(SPÖ)**

geb. 5. Jänner 1902 bei Lemberg, gest. 13. Mai 1987 in Graz

Schon vor dem Ersten Weltkrieg als Politikerin aktiv
1946-1962 Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag
1950-1962 Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung und 1. Landesrätin Österreichs
1962-1970 Mitglied des Bundesrates
Sekretärin

nossenschaft zu arbeiten und wurde bald Funktionärin der Partei und des Arbeiterturnvereines, aber auch der Konsumgenossenschaft. Sie besuchte die genossenschaftliche Frauenschule in Waldegg und war ab 1936 für die Hauptkasse der Genossenschaft verantwortlich. 1939 zog sie sich auf Grund ihrer Heirat aus dem Berufsleben zurück, war 1945 jedoch wieder politisch aktiv. Sie baute die sozialistische Frauenbewegung im Bezirk Mürzzuschlag auf und bekleidete zahlreiche Funktionen, wie etwa die einer Gemeinderätin in Mürzzuschlag, und war Mitglied des Landespartei Vorstandes.

Maria Matzner kam im Jahre 1902 in der Nähe von Lemberg zur Welt und verbrachte einige Schuljahre in Graz. Nach der Bürgerschule besuchte sie die Handelsschule und trat mit 16 Jahren als Büroangestellte in das Bezirkssekretariat des Metallarbeiterverbandes in Wiener Neustadt ein, wo sie von 1918 bis 1928 an der Seite von Paul Johannes Schlesinger arbeitete. 1927 wurde sie als Frauensekretärin der Sozialdemokratischen Partei in das steirische Landessekretariat berufen. Schon im Oktober 1934 wurde sie wegen Verbreitung der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ verhaftet und zu zehn Wochen Arrest verurteilt. Ein zweites Mal wurde sie 1937 wegen Verdacht des Hochverrates verhaftet. Diesmal bekam sie Einzelhaft. Die Untersuchung musste aber nach einem Monat eingestellt werden. Vom Oktober 1944 bis zum Ende des Krieges wurde sie von der Gestapo in Wien fest-

gehalten. Nach ihrer Entlassung kehrte sie nach Graz zurück und wurde neuerlich Frauen-Landesparteisekretärin sowie Landtagsabgeordnete und Mitglied des Landesparteivorstandes.⁸

Die steirischen Politikerinnen waren aber nicht nur im Landtag, sondern auch in dessen Ausschüssen in der Minderheit, wo sie demgemäß natürlich auch keine wichtigen Funktionen bekleideten. In der ersten Landtagsperiode (1945 bis 1949) kam Matzner Maria (SPÖ) als „Ersatzmann“ in den Finanz-Ausschuss. In den Volksbildungsausschuss sowie auch in den Fürsorgeausschuss wurden die Abgeordneten Sophie Wolf (ÖVP), Maria Matzner (SPÖ) und Hella Lendl (SPÖ) als Ersatz gewählt. In der zweiten Landtagsperiode – von der SPÖ waren wieder Hella Lendl und Maria Matzner, von der ÖVP Sophie Wolf vertreten – war Maria Matzner Mitglied im Volksbildungsausschuss, im Fürsorgeausschuss und Ersatz im Finanzausschuss, Hella Lendl Mitglied im Gemeinde- und Verfassungsausschuss und Ersatz im Volksbildungsausschuss und im Fürsorgeausschuss und Sophie Wolf Mitglied im Volksbildungsausschuss und im Fürsorgeausschuss.

Im Februar 1950 wurde Maria Matzner an Stelle des aus der Regierung ausscheidenden Landesrates Oberzaucher zur Landesrätin ernannt und war damit die erste Frau in einer österreichischen Landesregierung, die ein solches Mandat innehatte. Matzner war in der Landesregierung für das Referat der Anstaltsfürsorge und

offenen Fürsorge, also in einem Bereich, für den Frauen als besonders prädestiniert angesehen wurden, zuständig. Ihre Nominierung⁹ wurde als großer Erfolg für die Frauen gewertet. Die Politiker stellten sie als Bereitschaft der Männer dar, die Frauen an der Politik teilhaben zu lassen. Tatsächlich waren die allgemein geltenden gesellschaftlichen Rollenzuordnungen und die traditionellen geschlechtsspezifischen Grenzen auch in Bezug auf die weibliche Funktions- und Mandatarstätigkeit aber kaum zu durchbrechen. Nur so ist es verständlich, dass es als große Erfolge für die Frauen betrachtet wurde, als die Mürzzuschlagerin Hella Lendl als erste Frau in der Geschichte Steiermarks in den Gemeindevorstand eingezogen war und bei den Gemeinderatswahlen vom 23. April 1950 die Sozialistin Maria Fintz als erste Frau in den Deutschlandsberger Gemeinderat gewählt wurde (von 25 Sitzen 14 SPÖ). Im ersten Grazer Gemeinderat nach Kriegsende waren von 14 ÖVP-Gemeinderäten zwei Frauen, (Maria Heyrowsky und Johanna Doppler), von den 18 SP-Gemeinderäten drei Frauen, (Lina Deutschmann, Fanny Krejan und Hilde Tscherner) und von der kommunistischen Partei zwei Männer, aber keine Frau vertreten. Die im Jahre 1905 als Tochter eines Briefträgers geborene Thilde Tscherner konnte sich trotz ihrer elf Geschwister ihren Berufswunsch erfüllen und Lehrerin werden. Sie betätigte sich in der Lehrgewerkschaft und bei den Kinderfreunden und wurde 1946 Grazer



**Edda Egger
(ÖVP)**

geb. 29. Juni 1910 in Bruck
an der Mur, gest. 15. Oktober
1993 in Leoben

ab 1948 ÖFB-Vorsitzende der
Hausfrauenvereinigung

1953-1958 Mitglied des Ge-
meinderats in Graz

1957-1970 Abgeordnete zum
Steiermärkischen Landtag

1964-1975 Landesleiterin der
ÖFB Steiermark

1970-1976 Bundesleiterin der
ÖFB

1970-1977 Mitglied des Bun-
desrates

Fachlehrerin für Hauswirt-
schaft, Fachschulinspektorin

Gemeinderätin und 1948 Direktorin einer Grazer Mädchenhauptschule. Mara Heyrowsky vertrat die ÖVP nach 1945 im Grazer Gemeinderat und setzte sich als Lehrerin besonders für diese Belange ein. Heyrowsky war Mitglied des Jugend- und Wohlfahrtsausschusses und hatte die Oberaufsicht über die Horte, Kindergärten und Kinderheime der Stadt Graz und Einfluss auf deren Einrichtung bzw. die Besetzung der Stellen. Außerdem war sie die einzige Frau der ÖVP-Fraktion im Stadtschulrat und im Landesschulrat, ferner Mitglied des Theaterrausschusses und der Sport- und Turnunion.

Grazer Gemeinderätin nach 1945 war Emiliie Pettinger, Jahrgang 1914. Sie wurde in Bruck geboren und stammte aus einer sozialdemokratischen Eisenbahnerfamilie. Im Jahre 1934 ging sie als Kindermädchen für einige Jahre nach Ungarn und wurde nach ihrer Rückkehr Verkäuferin. Im Jahre 1939 heiratete sie. Während des Krieges arbeitete sie als Wetterdiensthelferin bei der Luftwaffe. Nach 1945 wurde sie Grazer Gemeinderätin.

Im Landtag waren zwischen 1945 und 1965 jeweils drei Frauen vertreten. 1945, 1949, 1953 die beiden Sozialistinnen Maria Matzner und Hella Lendl sowie die VP-Abgeordnete Sophie Wolf. 1957 wurde Sophie Wolf durch Edda Egger ersetzt. **Edda Egger** wurde am 29. Juni 1910 in Bruck an der Mur geboren, besuchte die Pflichtschule und die Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe sowie das Berufspädagogische Seminar in

Wien. Ab 1948 arbeitete sie in der ÖFB mit und war Vorsitzende der Hausfrauenvereinigung. Von 1953 bis 1958 war sie Grazer Gemeinderätin, von 1957 bis 1970 Landtagsabgeordnete, von 1964 bis 1975 Landesleiterin der ÖFB und von 1970 bis 1977 Mitglied des Bundesrates. Edda Egger verstarb im Jahre 1993.¹⁰

Auch 1961 waren Egger, Lendl und Matzner Landtags-Mitglieder. 1965 kam für die VP Johanna Jamneg dazu. Anstelle von Maria Matzner, die in den Bundesrat wechselte, dem sie bis 1970 angehörte, wurde Stefanie Psonder aufgestellt.¹¹ 1970 wurden neben Edda Egger die Sozialdemokratin Julie Bischof in den Landtag gewählt. 1974 war von der VP keine Frau in den Landtag gewählt worden, für die SPÖ waren Julie Bischof und Traute Hartwig vertreten. 1978 kam Johanna Jamneg für die VP-Frauen, für die SPÖ waren wieder Julie Bischof und erstmals Annemarie Zdarsky gewählt worden.¹² 1981 erhielt Zdarsky die Position der Zweiten Landtagspräsidentin, die Sozialdemokratin Margit Meyer und die VP-Politikerin Waltraud Klasnic¹³ wurden Landtagsabgeordnete. Ab 1983 war Klasnic Dritte Präsidentin des steirischen Landtages, 1988 bis 1993 Landesrätin und 1993 bis 1996 Landeshauptmann-Stellvertreterin.

1986 schnellte der Anteil der Frauen im Landtag auf 8 von 56 hinauf.¹⁴ Für die SPÖ zogen Meyer, Minder, Pusswald und Zdarsky, für die ÖVP Klasnic, Kálnoky und Göber in den Landtag ein. Nach der Ernennung von Klasnic zur Landesrätin,



**Lindi Kálnoky, Dr.
(ÖVP)**

geb. 2. November 1935 in
Duivelskloof (Transvaal)
1955-1961 Biologie- und Phar-
makognosiestudium
1983-1991 Abgeordnete zum
Steiermärkischen Landtag
1988-1991 Dritte Präsidentin
des Steiermärkischen Land-
tages
23.2.1982-9.5.1983 Mitglied
des Bundesrates
Angestellte des Landeskran-
kenhauses Graz

wurde Dr. **Lindi Kálnoky** zur Dritten Landtagspräsidentin ernannt. In diesem Jahr gelang der grünalternativen Abgeordneten Gundi Kammlander der Einzug in den Landtag, dem sie bis 1991 angehörte. Sie war die erste grüne Abgeordnete in einem österreichischen Landtag.¹⁵ 1989 wurde die SP-Politikerin Barbara Gross Landtagsabgeordnete. 1991 war mit neun weiblichen Abgeordneten (Bachmaier-Geltewa, Kaufmann, Pußwald, Minder, Beutl, Karisch, Frieß, Grabensberger, Bleckmann) und einer Landesrätin (Klasnic) zumindest quantitativ der Höchststand der Periode erreicht.¹⁶

Gegenwärtig sind 14 der 56 Landtagsabgeordneten weiblich, das entspricht einem Anteil von 25 %. Davon sind sieben (von 25) von der SPÖ, drei (von 24) von der ÖVP, zwei (von drei) von den Grünen und zwei (von vier) von der KPÖ. In den Bezirken Deutschlandsberg und Leoben sind seit 1988 bzw. 1990 die ersten Bezirkshauptfrauen Österreichs tätig.¹⁷

Steirerinnen im Nationalrat

Wie im steirischen Landtag erfolgte auch im Nationalrat in den ersten drei Jahrzehnten der Zweiten Republik keine gravierende Änderung des Frauenanteils im Vergleich zur Ersten Republik.¹⁸

Erst von 1975 an ist ein zunächst langsamer, mit Beginn der XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates im Jahre 1990 aber sprunghafter Anstieg des Frauenanteils unter den Mitgliedern des Nationalrates feststellbar. Von der SPÖ wurde im

Jahre 1993 eine Kopf-Quotenregelung für Frauen beschlossen, um die Repräsentanz von Frauen in der Politik zu fördern.¹⁹

Da in der Steiermark nach 1945 von keiner der aufgestellten Parteien ernsthaft daran gedacht wurde, die Frauen an der Verteilung der NR-Mandate stärker zu beteiligen, gelang es nur wenigen Politikerinnen aus der Steiermark, in der Bundespolitik Fuß zu fassen. Bei den NR-Wahlen 1945 gelang dies bei der ÖVP Frieda Mikola, die neben Nadine Paunovic als eine von zwei Frauen in den Nationalrat gewählt wurde. Es waren zwar vier Frauen (bei insgesamt 48 Nominierungen) aufgestellt, jedoch an eher aussichtslose Stellen gereiht worden, ein nicht nur für damals typisches Muster.²⁰

Frieda Mikola, die langjährige Landesleiterin (1945 bis 1958) der ÖFB war von 1945 bis 1949 Nationalrätin, wo sie das Hausgehilfennengesetz und das Mutterschutzgesetz in Form von Initiativanträgen einbrachte.²¹ Außerdem war sie Obmannstellvertreterin des Österreichischen Wohlfahrtsdienstes und Mitglied des Landesparteipräsidiums der Österreichischen Volkspartei. Sie starb am 19. Jänner 1958. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Nationalrat kämpften die steirischen ÖVP-Politikerinnen bis zum Jahre 1958 vergeblich um die Vergabe eines Mandats an eine Frau.²²

Dipl.-Ing. Dr. **Johanna Bayer** (ÖVP) gehörte dem Nationalrat von 1958 bis 1973 an. Zuvor (vom 15.4.1953 bis 9.4.1957) war sie Mitglied des Bundesrates, in dem

sie vom 1.7.1953 bis 31.12.1953 als erste Frau den Vorsitz inne hatte. Sie wurde am 23.1.1915 in Berlin geboren, besuchte die Hochschule für Bodenkultur von 1933 bis 1937 (Doktorat in Milchwirtschaft), war von 1938 bis 1942 Vorstand der Landfrauenabteilung der Landesbauernschaft Steiermark, 1948 Referentin der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark, 1960 Abteilungsleiterin für Land- und Forstwirtschaft Steiermark, stellvertretende Landesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung Steiermark. Im Nationalrat war Bayer 1962, 1966 und 1970 Obmannstellvertreterin im Unterrichtsausschuss, 1960 setzte sie sich für ein Unterhaltsschutzgesetz ein, bei dem Unterhaltsverweigerer auch dann strafällig werden, wenn die Kindesmutter erwerbstätig ist. Bayer starb am 5.2.2000 in Graz.²³

Weitere steirische ÖVP-Politikerinnen im Nationalrat waren Wilhelmine Moser (1973 bis 1979)²⁴, Maria Stangl (1979 bis 1986)²⁵, Mag. Cordula Frieser (1986 bis 1994 und von 1995 bis 2004)²⁶ und Ridi Steibl (seit 1994)²⁷.

Auch die sechs steirischen SP-Frauen, die für den Nationalrat kandidierten, waren mit Ausnahme der gewählten Paula Wallisch (4. Platz von 16 im Wahlkreis Obersteiermark) an nicht gerade viel versprechenden Stellen platziert. **Paula Wallisch** wurde am 7.6.1893 in Kärnten geboren und wuchs in Marburg/Drau als Tochter eines Bergwerkschlossers auf. In Szegedin in Ungarn, wo sie als Erzieherin arbeitete,



Johanna Bayer, Dipl.-Ing. Dr. (ÖVP)

geb. 23. Jänner 1915 in Berlin,
gest. 5. Februar 2000 in Graz
1938-1942 Vorstand der Land-
frauenabteilung der Landes-
bauernschaft Steiermark
1948 Referentin der Landes-
kammer für Land- und Forst-
wirtschaft Steiermark
1960 Abteilungsleiterin für
Land- und Forstwirtschaft Stei-
ermark
1953-1957 Bundesratsmitglied,
Juli bis Dezember 1953 erste
weibliche Vorsitzende des Bun-
desrats
1958-1973 Abgeordnete zum
Nationalrat
Kammerbeamtin



**Paula Wallisch
(SPÖ)**

geb. 7. Juni 1893 in St. Johann
am Pressen, gest. 19. Juli 1986
in Graz

wuchs in Marburg an der Drau
auf

Mitarbeit in der Ungarischen
Sozialdemokratischen Partei
1921-1933 in Bruck/Mur, politi-
sche Funktionen

Nach 1934 (Todesstrafe und
Hinrichtung ihres Ehemannes
Koloman) Flucht in die Tsche-
choslowakei, danach Mitarbeit
in der deutschen Sozialdemo-
kratie

1945-1956 Abgeordnete zum
Nationalrat, Obmann-Stv. im
Ausschuss für soziale Verwal-
tung

Kindergärtnerin, Erzieherin

lernte sie ihren Mann, Kolomann Wallisch kennen und arbeitete schon dort an seiner Seite in der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei mit. Nach dem Sturz der Räteregierung flüchtete das Ehepaar über Marburg nach Graz und lebte von 1921 bis 1933 in Bruck/Mur, wo auch Paula Wallisch in politischen Funktionen tätig war. Als Kolomann Wallisch nach dem Februaraufstand im Jahre 1934 wegen Hochverrats hingerichtet wurde, wurde auch sie wegen Hochverrats zu einem Jahr schweren Kerker verurteilt, musste aber wegen einer schweren Krankheit vorzeitig entlassen werden. Paula Wallisch flüchtete dann in die Tschechoslowakei und arbeitete dort bis zum Einmarsch Hitlers in der deutschen Sozialdemokratie mit. Danach lebte sie in Wien, wo sie von der Gestapo monatelang festgehalten wurde. 1945 wurde sie in den Nationalrat gewählt, dem sie bis 1956 angehörte und war dort Obmann-Stellvertreterin im Ausschuss für soziale Verwaltung. Paula Wallisch, die von den steirischen SozialdemokratInnen besonders verehrt wurde, starb am 19.7.1986 in Graz.²⁸

Von 1957 bis 1962 fungierte die Steirerin **Rosa Rück** von der SPÖ als Nationalrätin. Sie wurde im Jahre 1897 als Arbeiterkind mit sieben Geschwistern geboren, arbeitete mit 14 Jahren bereits als Dienstmädchen, später dann als Kindermädchen und Fabriksarbeiterin. Erst nach ihrer Heirat konnte sie den Beruf einer Fürsorgerin erlernen, den sie jahrelang ausübte. Sie war u.a. Vorsitzende des Grazer Frauenkomi-

tees, Mitglied des Landesfrauenkomitees der SPÖ Steiermark. Rück war zunächst (1949 bis 1952) Bundesrätin, und wechselte dann in den Nationalrat (bis 1962), wo sie Mitglied des Unterrichts- und Justizausschusses und des Ausschusses für soziale Verwaltung war. Gestorben ist sie am 6.12.1969, ebenfalls in Graz.²⁹

Weitere Nationalrätinnen der SPÖ waren Herta Winkler (1962 bis 1973)³⁰, Dr. Jolanda Offenbeck (1973 bis 1990)³¹, Anna Huber (1990 bis 2002)³², Mag. Hannelore Buder (5.11.1990 bis 6.11.1994 und vom 15.12.1994 bis 28.10.1999)³³, Dr. Helga Konrad (1990 bis 1993 sowie 1996 und 1997 bis 1999)³⁴, Ludmilla Parfuss (ab 1990)³⁵ und Sophie Bauer (1991 bis 2002)³⁶.

Von der FPÖ waren Ute Apfelbeck (von 1988 bis 1999)³⁷ und Mares Rossmann (1994 bis 1998),³⁸ von den Grünen Mag. Doris Pollet-Kammerlander (1994 bis 1999)³⁹ im Nationalrat vertreten.

Im behandelten Zeitraum wurde nur eine Steirerin, die Grazer Stadträtin Ruth Feldgrill-Zankel, zur Ministerin (vom 5.3.1991 bis 25.11.1992) und zwar für Umwelt, Jugend und Familie. **Ruth Feldgrill-Zankel** wurde am 15.9.1942 in Kapfenberg geboren, studierte an der Hochschule für Welt-handel in Wien, war danach Sachbearbeiterin am Institut für Standortberatung in Wien, Journalistin bei der „Südost-Tagespost“ in Graz, Pressereferentin der ÖVP-Landesparteileitung Steiermark, Leiterin der Magistratsabteilung für Öffentlichkeitsarbeit in Graz. Von 1987 bis 1990 war



**Rosa Rück
(SPÖ)**

geb. 11. August 1897 in Graz,
gest. 16. Dezember 1969 in
Graz

Mitglied des Landesfrauenkomitees der SPÖ Steiermark und
Vorsitzende des Grazer Frauenkomitees

1949-1952 Mitglied des Bundesrates

1957-1962 Abgeordnete zum Nationalrat, Mitglied des Unterrichts- und Justizausschusses und des Ausschusses für soziale Verwaltung

Dienstmädchen, Kindermädchen und Fabrikсарbeiterin



**Ruth Feldgrill-Zankel,
Dkfm. (ÖVP)**

geb. 15. September 1942 in
Kapfenberg,
Studium an der Hochschule für
Welthandel, Wien

Journalistin, Pressereferentin
der ÖVP Steiermark

1987-1990 Grazer Stadträtin
und Landesfrauenvorsitzende
im ÖAAB

5.3.1991 bis 25.11.1992 Ministerin
für Umwelt, Jugend und
Familie (damit erste steirische
Ministerin)

1992-1998 (erste weibliche) Vizebürgermeisterin in Graz
Diplomkauffrau

sie Grazer Stadträtin für Veterinär- und Marktangelegenheiten, Gewerbe- und Liegenschaftsverkehr sowie Fremdenverkehr. Außerdem war sie Landesfrauenvorsitzende im ÖAAB sowie stellvertretende Landesobfrau des steirischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, Mitglied der Bundesparteileitung der ÖVP und Landeshauptmann-Stellvertreterin.⁴⁰ Nach dem Ende ihrer Ministertätigkeit wurde sie wieder Grazer Stadträtin. Zu ihren politischen Forderungen zählte u.a. die Verschärfung des Pornographiegesetzes, welches 1994 tatsächlich in Kraft trat. Als Umweltministerin war sie maßgeblich für die Gründung eines Ost-Ökofonds im Jahre 1991 beteiligt, durch welchen die osteuropäischen Staaten Unterstützung bei der Umweltsanierung erhalten sollten.⁴¹

Steirische Bundesrätinnen

Neben der Ernennung von Maria Matzner zur Landesrätin wurde 1949 auch die Entsendung von Rosa Rück (SPÖ) in den Bundesrat als großer Erfolg für die sozialistischen Frauen gewertet.

Weitere SPÖ Politikerinnen, die in den Bundesrat entsandt wurden, waren Stefanie Psonder (1956 bis 1962), Maria Matzner (1962 bis 1970), Jolanda Offenbeck (1970 bis 1973), Annemarie Zdarsky (1973 bis 1976), Margaretha Obenaus (1976 bis 1986), Eleonore Hödl (1986 bis 1991) und Johanna Schicker (1986 bis 2004).

Von der ÖVP waren Johanna Bayer (1953 bis 1957), Edda Egger (1970 bis 1977), Waltraud Klasnic (1977 bis 1981), Grete

Pirchegger (ab 1991) als Abgeordnete im Bundesrat tätig.

Frauen in der Gemeindepolitik

Am wenigsten waren die Frauen auf der untersten politischen Ebene, nämlich in den Gemeinden vertreten. So waren 1984 von den 2.813 SPÖ-Gemeinderäten in der Steiermark nur 172 Frauen. 1995 waren in der Steiermark von 544 Bürgermeistern acht weiblich (1,47 %), womit die Steiermark aber noch immer das Bundesland mit dem höchsten Anteil von Bürgermeisterinnen war. 2001 gab es in den 550 steirischen Gemeinden (ohne Graz) neun Bürgermeisterinnen (1,62 %) und 31 Vizebürgermeisterinnen. In den Bezirken Bruck/Mur, Fürstenfeld, Mürzzuschlag und Voitsberg gab es weder eine Bürgermeisterin noch eine Vizebürgermeisterin. In den Bezirken Knittelfeld und Radkersburg gab es ebenfalls keine Bürgermeisterin, aber je eine Vizebürgermeisterin. Ebenfalls ohne Bürgermeisterin waren die Bezirke Hartberg, Leoben und Deutschlandsberg. In diesen Bezirken gab es jedoch zwei, drei und vier Vizebürgermeisterinnen. In den Bezirken Leibnitz (0 VB), Graz-Umgebung (drei VB), Murau (drei VB), Feldbach (vier VB) und Liezen (sechs VB) gab es jeweils eine Bürgermeisterin. Die Bezirke Weiz und Judenburg hatten zwei Bürgermeisterinnen und eine bzw. drei Vizebürgermeisterinnen.

Zusammenfassung

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sowohl qualitativ als auch quantitativ der

Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten steirischer Politikerinnen und auch der Frauen generell auf Politik und Gesellschaft in der Steiermark in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende sehr gering waren, eine Tatsache, die den Frauen aller politischen Parteien sehr wohl bewusst war und von ihnen auch immer wieder thematisiert wurde.

Ein Grund für den geringen Einfluss der Frauen, in der Politik gestaltend mitwirken zu können, könnte darin liegen, dass die politische Rolle der Frau in dieser Zeit ganz wesentlich durch eine tendenzielle Rückwendung zum traditionellen Frauenbild, in welchem politische Tätigkeiten eigentlich überhaupt nicht vorgesehen waren, bestimmt wurde. Wenn Frauen sich aber politisch betätigten, sollte dies im Einklang mit den mit dem traditionellen Frauenbild verbundenen Werten, wie Ausgleichsbereitschaft, menschliche Wärme und Gefühlsicherheit, Geduld, Selbstlosigkeit und vor allem Mütterlichkeit, erfolgen, wobei darauf hinzuweisen ist, dass ein Großteil der Politikerinnen, v.a. jene der Nachkriegszeit, kinderlos waren. Es waren diese Werte, die als originär weiblicher Beitrag für die Politik gesehen wurden und die auch besonders, aber nicht nur, dem Bild der frühen Politikerinnen entsprachen, bei denen es sich zu meist um Frauen handelte, die sich schon vor dem Krieg politisch engagiert hatten. Dies deutet einerseits darauf hin, dass die Frauen erst nachdem sie schon längere Zeit „gedient“ hatten, in diese „Höhen“

aufsteigen durften und verweist andererseits auf ein sehr typisches Phänomen im weiblichen Lebenszyklus, nämlich die weibliche „Normalbiographie“, die ein wesentliches Hindernis für die Partizipation der jüngeren Frauengeneration in der Politik darstellte, indem gerade die Frauen zwischen 30 und 40 Jahren verstärkt an Küche und Kinder gefesselt wurden, wobei der weitgehende Verzicht auf politische Betätigung noch durch strukturelle Hindernisse gefördert wurde. Somit stießen die Möglichkeiten einer Verknüpfung von Frauenrolle und Politik also an jeweils spezifische Grenzen: Der geforderte „mütterliche Beitrag“ für die Politik mündete in der ihm entsprechenden Beschränkung, mit der wesentliche Bereiche des politischen Geschehens ausgeblendet wurden. Wie sehr diese Zuordnung noch bis in die jüngste Zeit Geltung hatte, ist in veränderter Form, nämlich ohne den damit verbundenen Ausschluss von relevanten Bereichen der Politik, am Beispiel von Waltraud Klasnic zu sehen, deren Regierungsstil als Landeshauptfrau genau an die Tradition des vorhin erwähnten „Mütterlichkeitsideals“ in der Politik anschloss und die damit großen Erfolg hatte.

Für diejenigen Frauen, die sich in den Bahnen der traditionellen politischen Öffentlichkeit bewegten und dort an deren engen Grenzen stießen, gab es den Ausweg, ehrenamtliche Tätigkeiten im Bereich der Wohlfahrtsarbeit der konfessionellen und überkonfessionellen Verbände zu übernehmen sowie in den mit sozialen Belan-

gen befassten Untergruppierungen der Parteien zu arbeiten. Dort wurden sie im ganzen behandelten Zeitraum, besonders aber nach 1945, notwendig gebraucht, um die Not zu lindern, weil die offiziellen Verwaltungseinrichtungen und politischen Stellen dazu nicht in der Lage waren. Auf diese Weise war es möglich, die Frauen, die zu einem solchen Engagement bereit waren, mehr oder weniger nahtlos in die Gesellschaft zu integrieren.⁴²

Diese Unterrepräsentanz änderte sich erst in den 1980er Jahren, als es den Frauen zumindest gelang, quantitative Zuwächse in relevanteren Gremien zu erreichen, d.h. dass sich ab 1986 die Anzahl von Frauen im Landtag und Bundesrat und ab 1990 im Nationalrat erhöht hat, wobei in allen drei Gremien die SPÖ-Frauen stärker vertreten waren, besonders deutlich im Nationalrat ab 1990, wo von sechs weiblichen steirischen Abgeordneten fünf SP-Politikerinnen waren. Was die Rekrutierung der Frauen für ein politisches Mandat, sei es nun für den Landtag, den Nationalrat oder den Bundesrat anlangte, ist fest zu stellen, dass sie fast immer nach einem bestimmten Schema erfolgte. In der ÖVP führte der Weg zu einem politischen Mandat für die Frauen meist über die Frauenbewegung, in der sie sich von unten hochdienten, in der SPÖ über die Landesfrauenorganisation oder die Gewerkschaft. Eine der wenigen „Quereinsteigerinnen“ im behandelten Zeitraum war die ÖVP-Politikerin Ruth Feldgrill-Zankel, die auch als einzige ein Ministeramt innehatte.⁴³

Ein Regierungsmandat im Landtag erlangten zwei Politikerinnen, Maria Matzner von der SPÖ und Waltraud Klasnic von der ÖVP. Dazu kam noch die eher als Symbol gedachte Zuerkennung der Funktion der 2. Landtagspräsidentin für Annemarie Zdarsky im Jahre 1981 und der 3. Landtagspräsidentin für Waltraud Klasnic im Jahre 1983. Ob dies generell als Zeichen einer größeren Bereitschaft gesehen werden kann, den Frauen mehr Zugang zu männlich dominierten Politikfeldern zu gewähren, ist sehr zu hinterfragen. Es könnte nämlich auch lediglich darauf hinweisen, dass bei entsprechen-

der Anpassung und Einfügung zumindest einigen wenigen „auserwählten“ Frauen ein innerparteilicher Aufstieg offen stand.

Trotz ihres so lange andauernden geringen Einflusses auf die Politik haben Frauen aber auch in dieser Zeit sehr massiv am Aufbau der Gesellschaft mitgewirkt, einerseits durch die Akzeptanz der männlich dominierten Machtstrukturen, andererseits durch ihr Wahlverhalten, stellten sie doch die Mehrheit der wählenden Bevölkerung, und letztendlich durch die Übernahme der ihnen übertragenen Aufgaben.⁴⁴ □

Frauen und Politik in der Steiermark von 1945 bis 1995 - Karin M. Schmidlechner

- ¹ Siehe: Maria Rösslhuber, Birgit Appelt, Hauptsache Frauen. Politikerinnen in der Zweiten Republik. (Graz 2001).
- ² Siehe: Karin M. Schmidlechner, Frauenleben in Männerwelten (Graz 1997).
- ³ Nicht nur für die betroffenen Männer – die in Kriegsgefangenschaft geraten waren – in der Steiermark waren das mit dem Stichtag 1.3.1947 noch 32.178 Personen – sondern auch für ihre Mütter, Frauen, Freundinnen usw. stellte die Zeit der Kriegsgefangenschaft eine große Belastung dar. Zu den Problemen der eigenen Existenzsicherung kam für sie noch die Sorge um die Männer, von denen völlig ungewiss war, ob und wenn, zu welchem Zeitpunkt, sie jemals wieder nach Hause zurückkehren würden, weil sie oft monatelang nichts von den Gefangenen hörten. Siehe: Karin Maria Schmidlechner, Frauenleben in Männerwelten (Wien 1997).
- ⁴ Siehe: Nina Kogler, Für Kirche, Partei und „Vaterland“. Zur politischen und kirchlichen Organisation katholischer Frauen Österreichs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts am Beispiel von Frieda Mikola (1881 bis 1958). (ungedr. Theol. Diplomarbeit an der Universität Graz), 2006.
- ⁵ 45 Jahre ÖFB-Steiermark, hg. von der ÖFB, Landesleitung Steiermark, 16f.
- ⁶ Bereits 1946 wurde für die sozialistischen Funktionärinnen in der Steiermark unter großen Schwierigkeiten wieder eine sozialistische Frauenschule abgehalten. 58 weibliche Frauen aus der ganzen Steiermark waren versammelt. Schmidlechner, Frauenleben.
- ⁷ Florian Verena, Die Katholische Frauenbewegung in der Steiermark von 1945 bis 1955. (= Grazer Gender Studies. Veröffentlichungen zur interdisziplinären historischen Frauen- und Geschlechterforschung, hg. v. Karin M. Schmidlechner, Graz 1996, Bd. 2).
- ⁸ Schmidlechner, Frauenleben.
- ⁹ Und ebenso die einiger Frauen bei den Gemeinderatswahlen von 1950.
- ¹⁰ Als Fachlehrerin für Hauswirtschaftsunterricht verfasste sie in der Nachkriegszeit, während sie offenbar Berufsverbot hatte, das häufig verwendete Lehrbuch „Ernährungslehre und Lebensmittellkunde.“
- ¹¹ Psonder wurde am 28.02.1911 in Eisenerz geboren, war von Beruf Sekretärin, von 1945 bis 1950 Mitglied des Gemeinderates der Gemeinde Hieflau. Sie war von 1956 bis 1962 Mitglied des Bundesrates. Psonder starb im Jahre 1966. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ¹² Zdarsky wurde am 03.03.1928 in Ligest geboren, von Beruf Diplomkrankenschwester, Mitglied des Landesfrauenkomitees der SPÖ Steiermark. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ¹³ Klasnic, geb. am 27.10.1945 in Graz, Verkäuferin und Unternehmerin, war zuvor (1977 bis 1981) Mitglied des Bundesrates, 1970 bis 1975 und 1980 bis 1984 Mitglied des Gemeinderates von Weinitzen bei Graz, 1970 Ortsleiterin der Österreichischen Frauenbewegung Weinitzen, 1972 bis 1977 Hauptbezirksleiterin der Österreichischen Frauenbewegung Graz-Umgebung, 1975 bis 1977 Landesleiterin-Stellvertreterin der Österreichischen Frauenbewegung Steiermark, 1977 bis 1990 Landesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung Steiermark. Im Jahre 1996 wurde Waltraud Klasnic (ÖVP) zur ersten Landeshauptfrau Österreichs gewählt.
- ¹⁴ Nach ihr wurden die SP-Politikerinnen Anna Rieder, die von 1996 bis 2000 auch Landesrätin war, und Barbara Gross in dieses Amt berufen. Barbara Gross, geboren am 30. August 1953 in Graz. Ausbildung/beruflicher Werdegang: Volks- und Hauptschule, zwei Jahre Handelsakademie, durch den frühen Tod der Mutter (drei jüngere Geschwister, ein Halbbruder) abgebrochen. Mitarbeiterin der Merkur-Versicherung AG in der Abteilung Finanzanlagen (seit 1970). Vorsitzende des Sozialausschusses im Steiermärkischen Landtag. Dritte Präsidentin Landtag Steiermark seit 25.10.2005. Landesfrauenvorsitzende der SPÖ Steiermark seit 2002.
- ¹⁵ Im Landtag übte sie die Funktion einer Obfrau des Kontroll-Ausschusses von 1986 bis 1991 aus. Ihr Wirken im Hohen Haus erstreckte sich überdies auf eine Reihe von Ausschüssen, denen sie als Mitglied oder Ersatzmitglied angehörte.
- ¹⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Steiermärkischen Landtages, XII. Periode, 1991-1996.
- ¹⁷ Joseph Marko, Parteien und Wahlen in der Steiermark. In: Herbert Dachs (Hrsg.), Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945 - 1991. (= Österreichisches Jahrbuch für Politik. Wien 1992), 345-437.
- ¹⁸ Die Repräsentanz der Frauen blieb zwischen 1945 und 1975 relativ konstant zwischen 4,8 % und 6,7 % (zwischen 11 und 8 weiblichen Abgeordneten). Unter der ÖVP-Alleinregierung wurde erstmals im Jahre 1966 eine Frau Mitglied der österreichischen Bundesregierung. Wirkliche Ansätze einer staatlichen Frauenpolitik zeigten sich in Österreich erst ab der Zeit der ab 1970. In dieser Zeit wurden für die Frauen besonders wichtige Reformen durchgeführt, wie etwa die Familienrechtsreform, mit der das patriarchalische Familienmodell in Österreich durch ein partnerschaftliches ersetzt wurde und die Reform des Paragraphen 144. 1979 wurden vom damaligen Bundeskanzler Bruno Kreisky zwei Staatssekretärinnen für frauenpolitische Belange eingesetzt. Die Gleichbehandlungsmaßnahmen konzentrierten sich damals auf den Bereich der Partnerschaft in der Familie, auf die Gleichstellung im Beruf und auf die Individualisierung via Steuer- und Sozialpolitik. Im Nationalrat erhöhte sich die Anzahl von Frauen zwischen 1975 und 1984 auf 16 (12 %). 1989 waren 27 weibliche Abgeordnete (von 189) im Nationalrat. An der Bundesregierung betrug der Frauenanteil zwischen 1979 und 1983 27 %. Zu diesem Zeitpunkt waren fünf weibliche Staatssekretärinnen und ein weiblicher Minister in Amt. Zwischen 1983 und 1986 betrug der Anteil 13,6 %. 1990 waren 39 (21,31 %) Frauen im Parlament. 1995 lag der Frauenanteil bei 30.

Frauen und Politik in der Steiermark von 1945 bis 1995 - Karin M. Schmidlechner

- Beim SPÖ-Frauenparteitag im Jahre 1985 wird eine 25 % Frauenquote, bei dem von 1993 eine Frauenquote von 40 % festgelegt. Die ÖVP-Frauen präsentierten 1989 ein Reißverschlussprinzip, mit dem Ziel der Erhöhung der Frauenquote. Die GAL beschloss in ihren Leitlinien von 1990 die Frauenparität. Siehe: Rösslhuber, Appelt, Hauptsache Frauen, 57,113. Zu Beginn der XXII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates am 20. Dezember 2002 überstieg der Frauenanteil mit 33,9 % erstmals die markante Schwelle von einem Drittel der Abgeordneten.
- ²⁰ Schmidlechner, Frauenleben.
- ²¹ Ihr Antrag zur Einbeziehung der kleinen Sparer in die gesetzliche Kleinrentnerfürsorge wurde aus Mangel an finanziellen Mitteln abgelehnt. Mikola setzte sich auch für eine Erhöhung der Kleinrentnerunterstützungen und die Gnadenpension ein. Ihr Antrag betreffend des Krankenpflegegesetz und verschiedene Verordnungen übe die Berufserziehung der Jugendlichen wurde günstig erledigt
- ²² Ihre vorgesehene Nachfolgerin Elvira Keißl konnte das Amt aus privaten Gründen (ihr Mann drohte, in diesem Fall die Scheidung einzureichen) nicht antreten. Keißl wurde am 30.Juni 1899 in Suczawa (Bukowina) geboren. Nach dem Besuch der Volks- und Realschule legte sie am Bundesrealgymnasium in Graz, in der Liechtenfelsgasse die Ergänzungsmatura ab. Sie studierte Jus an der Universität Graz und promovierte im Jahr 1924. Danach arbeitete sie in einer Anwaltspraxis. Wegen ihrer politischen Gesinnung war es ihr in der NS-Zeit nicht erlaubt, eine eigene Kanzlei zu eröffnen. Sie trat im Jahre 1945 in die ÖVP ein und wurde ab 1947 zur stellvertretenden Landesleiterin der ÖFB. Dazu siehe: Nina Kogler, Für Kirche, Partei und „Vaterland“. Zur politischen und kirchlichen Organisation katholischer Frauen Österreichs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts am Beispiel von Frieda Mikola (1881 bis 1958). (ungedr. Theol. Diplomarbeit an der Universität Graz), 2006, 129ff.
- ²³ http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ²⁴ Geboren am 21. 2. 1930 in Graz, Stenotypistin.1970 Stadtkulturreferentin der Österreichischen Frauenbewegung, Stadtgruppe Graz, 1971 Landeskulturreferentin der Österreichischen Frauenbewegung in der Steiermark, 1975 Landesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung in der Steiermark, 1973 bis 1979 Nationalrätin. Gehörte dem Justiz- und dem Unterrichtsausschuss an. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ²⁵ Geboren am 27.5.1928 in Roßhof (Steiermark), Bäuerin. Von 1950 bis 1957 erste Landesleiterin der Steirischen Landjugend, 1963 stellvertretende Leiterin der Österreichischen Frauenbewegung Steiermark,1964 Mitglied des Vorstandes des Steirischen Bauernbundes. 1967 bis 1980 Gemeinderätin von Preding,1974 bis 1980 Vizebürgermeisterin. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ²⁶ Geboren am 8.1.1950 in Vordernberg (Kärnten), Wirtschaftstreuhandlerin, Buchprüferin und Steuerberaterin. Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Graz. Landesobfrau-Stellvertreterin des Österreichischen Wirtschaftsverbands, Landesgruppe Steiermark. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ²⁷ Geboren am 14. 11. 1951 in Vasoldsberg (Steiermark), Erwachsenenbildnerin. Seit 1989 Leiterin des Referates Frau-Familie-Gesellschaft des Landes Steiermark 1989 bis 1990 Gemeinderätin in Vasoldsberg, 1983 bis 1991 Ortsleiterin der Österreichischen Frauenbewegung Vasoldsberg, 1987 bis 1995 Bezirksleiterin der Österreichischen Frauenbewegung Graz-Umgebung, 1990 bis 1994 stellvertretende Landesvorsitzende der Frauen des ÖAAB Steiermark. Seit 1994 Landesvorsitzende der Frauen des ÖAAB. Seit 1994 Landesobmann-Stellvertreterin des ÖAAB Steiermark, seit 1999 Bundesobmann-Stellvertreterin des ÖAAB. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ²⁸ http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ²⁹ http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ³⁰ Geboren am 17.5.1917 in Gams (Steiermark), Sekretärin. Mitglied des Gemeinderates der Stadt Graz 1958 bis 1964, Vorsitzende-Stellvertreterin im Frauenzentral Komitee der SPÖ Von 1932 bis 1935 Gemeindesekretärin, 1947 bis 1952 Buchhalterin der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Stmk., 1952 bis 1975 Frauenlandessekretärin im ÖGB, 1954 bis 1964 Kammerrätin der Kammer für Arbeiter und Angestellte. Gest.: 11.09.2003, Graz. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ³¹ Geboren am 1. 9.1930 in Graz, gestorben am 25.5.2000. Juristin, Obermagistratsrätin.1981 bis 1987 Parteivorsitzender-Stellvertreterin der SPÖ Graz, Landesparteiorganisierende-Stellvertreterin der SPÖ Steiermark, Bundesparteiorganisierende-Stellvertreterin der SPÖ.1981 bis 1987 war sie Vorsitzende der Frauen der SPÖ Graz, Vorsitzende der Frauen der SPÖ Steiermark, sowie Bundesvorsitzende der Sozialistischen Frauen Österreichs. 1979 bis 1990 Obmann-Stellvertreterin des Klubs der Sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ³² Geboren am 10.10.1948 in Bruck/Mur (Steiermark), Sparkassenangestellte. Sie war von 1980 bis 1990 Mitglied des Gemeinderates, 1990 wurde sie Stadträtin. Mitglied des Landesparteiverbandes der SPÖ Steiermark, Mitglied des Landesfrauenverbandes der SPÖ Steiermark, Bezirksparteiorganisierende der SPÖ Bruck/Mur. Seit 5. 11. 1990 ist Huber Nationalrätin, wo sie die Funktion der Schriftführerin im Finanzausschuss innehat sowie Mit-

Frauen und Politik in der Steiermark von 1945 bis 1995 - Karin M. Schmidlechner

- glied der Ausschüsse für Gesundheit und Justiz ist. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ³³ Geboren am 10.7.1943 in Weißenbach an der Enns (Steiermark), Lohnbuchhalterin, seit 1981 Mitglied des Bezirksfrauenausschusses der SPÖ Liezen, 1987 bis 1991 stellvertretende Bezirksfrauenvorsitzende der SPÖ Liezen. Vizebürgermeisterin von Altenmarkt bei St. Gallen. Seit 1987 Mitglied des Landesfrauenvorstandes der SPÖ Stmk, seit 1991 Bezirksfrauenvorsitzende der SPÖ Liezen, seit 1993 Mitglied des Landesfrauenpräsidiums und des Landesparteipräsidiums der SPÖ Steiermark. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ³⁴ Geboren am 10.1.1948 in Graz, Studium der Romanischen und Englischen Philologie an der Karl-Franzens-Universität Graz, 1987 bis 1990 Mitglied des Grazer Gemeinderates, 1993 bis 1995 Stadträtin. Bis 1997 Landesfrauenvorsitzende der SPÖ Steiermark, 1995 bis 1997 Bundesfrauenvorsitzende der SPÖ, bis 1997 Landespartei-vorsitzender-Stellvertreterin. Seit 1997 Mitglied des Landesfrauenvorstandes der SPÖ Steiermark. Von 1995 bis 1997 war sie Bundesministerin für Frauenangelegenheiten. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ³⁵ Geboren am 18.11.1942 in Bad Gams (Steiermark), Sozial- und Berufspädagogin. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt Seit 1980 Bezirksfrauenvorsitzende der SPÖ Deutschlandsberg, seit 1990 Mitglied des Landesfrauenvorstandes der SPÖ Steiermark, stellvertretende Landesfrauenvorsitzende der SPÖ Steiermark, Mitglied des Landesparteipräsidiums der SPÖ Steiermark, Nationalrätin. Seit 1995 Schriftführerin des Nationalrates. Obmann-Stellvertreterin im ständigen Unterausschuss für innere Angelegenheiten, Schriftführerin und Mitglied im Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft, sozialdemokratische Bereichssprecherin für Tier- und Artenschutz im Parlament. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ³⁶ Geboren am 9.6.1939 in Hemmerberg bei Kohlschwarz (Steiermark), Arbeiterin, seit 1984 freigestellte Betriebsratsvorsitzende. Mitglied des Landesfrauenvorstandes der SPÖ Steiermark, 1982 Bezirksfrauenvorsitzende des ÖGB Voitsberg, 1988 Landesvorsitzende der Gewerkschaft Textil – Bekleidung – Leder Steiermark, Kammerrätin der AK Steiermark, 1996 Bundesfraktionsvorsitzende der Gewerkschaft Textil – Bekleidung – Leder. Seit 1.3.1991 Abgeordnete zum NR, in zahlreichen Ausschüssen vertreten.
- ³⁷ Geboren am 25.1.1943 in Königsberg (Steiermark), med.-techn. Assistentin. 1980-1993 Mitglied des Stattegger Gemeinderates, 1985-1991 Bezirksobfrau der FPÖ Graz, 1991-1994 Landesparteisekretärin der FPÖ Steiermark. Abgeordnete zum Nationalrat. Mitglied im Ausschuss für Landesverteidigung und im Unterausschuss des Rechnungshofes. Setzte sich für den Zugang von Frauen zum Bundesheer ein und lehnte die Forderungen des Frauen-Volksbegehrens ab. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ³⁸ Geboren am 29.12.1953 in Villach (Kärnten), Gastronomin. 1993 bis 1994 Grazer Gemeinderätin, 1998 bis 2000 Grazer Stadträtin. Seit 1994 Bundesobmann-Stellvertreterin des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibende und Mitglied des Bundesfachverbandes Gastronomie der Wirtschaftskammer Österreich. Seit April 2000 Staatssekretärin für Tourismus im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ³⁹ Geboren am 8.2.1949 in Wien, Soziologin. 1992 geschäftsführende Obfrau der Grünen Bildungswerkstatt. 1983 bis 1986 Grazer Gemeinderätin. 1986 bis 1992 Bundesausschussprecherin der Grünen Alternative. Engagierte sich in der Friedens- und Antiatomkraftbewegung. Geboren am 8.2.1949 in Wien, Soziologin. 1992 geschäftsführende Obfrau der Grünen Bildungswerkstatt. 1983 bis 1986 Grazer Gemeinderätin. 1986 bis 1992 Bundesausschussprecherin der Grünen Alternative. Engagierte sich in der Friedens- und Antiatomkraftbewegung. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ⁴⁰ http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ⁴¹ Rösslhuber, Appelt, Hauptsache Frauen, 232.
- ⁴² Zur Gründerin Frieda Mikola siehe S. 18 im Beitrag Sohn-Kronthaler.
- ⁴³ Die beiden anderen Ministerinnen aus der Steiermark, die SPÖ-Politikerinnen Helga Konrad und Heidrun Silhavy, erlangten ihr Amt nach 1995. Konrad war von 1996 bis 1997, Silhavy 2008 Frauenministerin. Geboren am 20.5.1956 in Graz. Kammerangestellte. Seit 1981 Landesfrauensekretärin des ÖGB Steiermark. Von 1991 bis 1994 Mitglied des Landesparteivorstandes der SPÖ Steiermark, Mitglied des Landesfrauenvorstandes der SPÖ Steiermark, Kammerrätin der Arbeiterkammer, Mitglied des Kammervorstandes. Seit 1995 Mitglied des Bundesparteivorstandes der SPÖ, Mitglied des Landesparteipräsidiums der SPÖ Steiermark, Landespartei-vorsitzender-Stellvertreterin der SPÖ Steiermark. Seit 1994 Nationalrätin, im Jahre 2000 zur Sozialsprecherin der SPÖ ernannt. http://www.parlinkom.gv.at/WW/PARL1918/FRAU/show.psp?P_BUCH=Gesamt
- ⁴⁴ So gab es im Jahre 1951 in der Steiermark 694.296 wahlberechtigte Personen, (gegenüber 1949 um 16.029 mehr), davon waren 378.218 Frauen. In allen steirischen Bezirken war die Zahl der wahlberechtigten Frauen größer als die Zahl der wahlberechtigten Männer. Besonders groß war der Frauenüberschuss in den Bezirken Deutschlandsberg, Feldbach, Graz-Umgebung, Hartberg, Leibnitz, Liezen und Weiz.

Politikerin? Und was machen Sie dann mit Ihren Kindern?



Als bekannt wurde, dass Waltraud Klasnic Nachfolgerin Josef Krainers werden würde, stand die steirische Öffentlichkeit vor einem Problem: Wie anreden? Frau Landeshauptmann? Oder gar Frau Landeshauptfrau? Die Betroffene konterte entsprechenden Fragen lapidar: „Sagen Sie einfach Frau Klasnic.“

Diese kleine Episode ist symptomatisch: Dringen Frauen in bisher ausschließlich männliche Domänen ein, kann man(n) sicher sein, dass Dinge in Frage gestellt werden, die eigentlich außer Frage stehen müssten. Denn wie sonst könnte die simple Tatsache, dass eine junge Frau schwanger ist, juristische Gutachten provozieren, weil diese junge Frau zufällig nicht nur werdende Mutter, sondern auch Regierungsmitglied ist? Und wie viele Politiker – hier fehlt die geschlechtsneutrale Formulierung PolitikerInnen ganz bewusst – mussten sich eigentlich schon fragen lassen, wer denn auf ihre kleinen Kinder aufpasst, während sie arbeiten?

Es ist also augenscheinlich, dass Frauen in der Politik auch im 21. Jahrhundert immer noch anders beurteilt werden als Männer. Auch in der öffentlichen bzw. veröffentlichten Meinung. Das mag vielleicht daran liegen, dass es immer noch mehr Politiker als Politikerinnen gibt.

Frauenanteil in der Politik

So beträgt der Frauenanteil im Nationalrat in der laufenden Gesetzgebungsperiode 28,42 %. Im Steiermärkischen Landtag sind derzeit gerade einmal 25 % der Abgeordneten weiblich. Und im Bundesrat steht der Frauenanteil derzeit bei 25,81 %.

Die Anzahl der Mandatarinnen ist also immer noch bescheiden, egal, ob in Bundes- oder Landespolitik. Obwohl 1996 erstmals eine Frau an die Spitze einer Landesregierung gelangte und so auch der hübsche Vergleich einer „weiblichen Steiermark“ geprägt wurde, spiegelte sich das nicht in den realen politischen Verhältnissen wider. So saßen in der ersten Regierungszeit Waltraud Klasnics zwischen 1996 und 2000 bloß 13 bzw. 12 Frauen im Landtag.¹ Das ergab einen Anteil von mageren 23,21 bzw. 21,42 %. Auf Parteien aufgeschlüsselt schnitt ausgerechnet die Landeshauptfrau-Partei am schlechtesten ab: Die ÖVP hatte gerade einmal vier weibliche Abgeordnete in ihren Reihen, bei insgesamt 21 Mandaten für die Schwarzen also ein Frauenanteil von 19,04 %. Die SPÖ lag übrigens bei Mandatsstand und Frauenanteil genau gleich. FPÖ, Grüne und Liberales Forum hatten zwar weit weniger Landtagssitze, aber prozentuell betrachtet lagen sie mit dem Frauenanteil besser: Bei der FPÖ waren 30 bzw. 20 % der Abgeordneten weib-

lich, bei den Grünen und den Liberalen die Hälfte.² Im Präsidium des Landtages saßen zudem nur Männer.

Auch die zweite Amtszeit unter Waltraud Klasnic zwischen 2000 und 2005 fiel nicht gerade besser aus, was die Frauenquote betrifft. 16 von 56 Abgeordneten waren Frauen, ein Anteil von 28,57 %. Die ÖVP war selbst von diesem mageren Wert meilenweit entfernt: Von 27 Sitzen im Landtag waren bloß drei von Frauen besetzt, ein Anteil von 11,11 % also. Wesentlich über dem Durchschnitt lag die SPÖ: Sie hatte 19 Abgeordnete, darunter waren acht Frauen, das ergab einen Anteil von 42,10 %. Dafür war der Frauenanteil der Sozialdemokratie in der Landesregierung gleich Null und die FPÖ besetzte ihren einzigen Regierungssitz ebenfalls mit einem Mann, obwohl die Spitzenkandidatin im Wahlkampf eine Frau war.

Bei Grünen und FPÖ/BZÖ lagen die Quoten im Landtag zwischen 33,33 und 66,66 %. Immerhin, im Landtagspräsidium drehte sich das Kräfteverhältnis um: Es stand 2:1 für die Frauen. Wenn auch mit dem Nachsatz, dass das prestigeträchtigere Amt des Ersten Präsidenten einem Mann gehörte.

Derzeit liegt der Frauenanteil im Landtag bei 25 % und ist somit gegenüber der vorangegangenen Periode sogar wieder leicht gesunken. Spitzenreiter sind erneut die Grünen, die zwei ihrer drei Sitze weiblich besetzt haben sowie die KPÖ mit zwei Frauen und zwei Männern. Die ÖVP tümpelt bezüglich ihres Frauenanteils weiter

unter ferner liefen dahin (drei von 24 Abgeordneten sind weiblich, also 12,5 %), die SPÖ liegt mit acht bzw. sieben Frauen (von 25 Abgeordneten) bei 32 bzw. 28 % Frauenanteil³. Das Landtagspräsidium ist immer noch zu zwei Dritteln weiblich, allerdings: Auch in dieser Periode gehört der Chefsessel einem Mann.

Im Nationalrat sind die Aussichten für Frauen offensichtlich auch nicht besser. 52 Frauen sitzen in der aktuellen Legislaturperiode im Parlament, das ist ein Anteil von 28,42 %. Wobei wiederum die Grünen durch ihr Reißverschlussprinzip auf den Wahllisten mit einer Quote von 50 % Spitzenreiter(Innen) sind, die SPÖ mit einem Anteil von 36,84 % immerhin über dem Durchschnitt liegt und ÖVP, FPÖ und BZÖ darunter.⁴ Seit 1996 kommt der Frauenanteil im Nationalrat nicht vom Fleck: Der Höchststand wurde zwischen 2002 und 2006 mit 33,88 % erreicht⁵, ansonsten hängt die Quote bei rund einem Viertel fest.⁶

Betrachtet nach Bundesländern liegen die steirischen Abgeordneten übrigens nicht im Bundestrend: So sind derzeit 50 % der steirischen SPÖ-ParlamentarierInnen weiblich, bei der ÖVP immerhin 42,85 % bzw. ebenfalls 50 %.⁷ Auch die FPÖ liegt so gesehen besser als im allgemeinen Durchschnitt: Unter vier Mandataren ist eine Frau, rein rechnerisch also ein Anteil von 25 %.

Politik wirkt – und wenigstens in diesem Punkt sind Frauen wie Männer absolut gleichgestellt – jedoch zu einem sehr

großen Teil durch ihre SpitzenrepräsentantInnen. Jene Frauen (und Männer) also, die Posten und Ämter einnehmen oder einnahmen, die allgemein mit einer gewissen Machtfülle und Entscheidungsbefugnissen gleichgesetzt werden. Dazu gehören Landeshauptleute, MinisterInnen, LandesrätInnen, BürgermeisterInnen. Zu dieser Gruppe zählen bzw. zählten in den vergangenen zehn, zwölf Jahren aus steirischer Sicht mehrere Frauen. Stellvertretend für diese Gruppe werden im Folgenden sieben Politikerinnen porträtiert: Die Auswahl bezieht sich auf jene Steirerinnen, die höchste politische Ämter ausübten bzw. noch ausüben.⁸

Eine herausragende Rolle nahm freilich Waltraud Klasnic ein, die erste weibliche Regierungschefin eines Bundeslandes. Mit Helga Konrad und Heidrun Silhavy kamen zwei Frauenministerinnen aus der Steiermark und seit 1995 saßen bzw. sitzen mit Magda Bleckmann, Kristina Edlinger-Ploeder und Bettina Vollath auch drei Frauen in der steirischen Landesregierung, deren Karrieren vollkommen unterschiedlich verlaufen sind, ehe sie Landesrätinnen wurden. Lisa Rücker ist zwar nicht die erste Bürgermeister-Stellvertreterin in Graz, aber noch nie stieg eine Grüne so hoch in der Hierarchie der Landeshauptstadt.

Der erste weibliche Landeshauptmann Österreichs

Auf ihrem Briefpapier oder auf dem Schild vor ihren Amtsräumen stand: Landeshauptmann. Dabei war **Waltraud Klasnic**



Waltraud Klasnic (ÖVP)

geb. 27. Oktober 1945 in
Graz

1977-1990 Landesleiterin der
Österreichischen Frauenbe-
wegung Steiermark

1977-1981 Mitglied des Bun-
desrates

1980-1984 Mitglied des Ge-
meinderates in Weinitzen

1981-1988 Abgeordnete zum
Steiermärkischen Landtag,
1983-1988 dessen 3. Präsi-
dentin

1988-1993 Landesrätin

1993-1996 Landeshauptmann-
Stellvertreterin

1996-2005 erste Frau in der
Funktion eines Landeshaupt-
manns in Österreich

Verkäuferin und Unterneh-
merin

Frauenstimmen über die erste „Frau Landeshauptmann“ Österreichs:

(zusammengestellt von der Redaktion)

„Das Regierungs- und Arbeitsprogramm von Waltraud Klasnic im Land und in der Steirischen Volkspartei hat Perspektive. Ihr zentrales Anliegen, ‚Arbeit schaffen‘, verfolgte sie schon als Wirtschaftslandesrätin seit 1988. (...) Vom letzten Platz bei der Beschäftigungsentwicklung verbesserte sich die Steiermark innerhalb von zehn Jahren auf Rang 1. (...) All dies getreu ihrem Motto: das Unternehmen Steiermark so zu führen, dass sich die Familie Steiermark immer wohl fühlt.“

(Maria Schaumayer, 2000)

„Die Popularität und Volksverbundenheit Waltraud Klasnics wirkte sicher stärker als ihre selbst noch so erfolgreichen Versuche, sich in den letzten Wochen von den schlechten Botschaften der Bundesregierung an die Bevölkerung abzukoppeln. Skeptiker mögen nach Lassing blicken, wo die ÖVP ein Plus von mehr als 22 Prozent erreichte: Klasnic war nach der Bergbau-Katastrophe dort eben nicht nur mit dem Hubschrauber ein- und ausgeflogen.“

(Anneliese Rohrer, 2000)

„Wo Klasnic ist, dort ist sie ganz. Sie wandert von Tisch zu Tisch, plaudert mit diesem und jenem und schreitet zur Polka aufs Tanzparkett. Klasnic war da, das ist die Botschaft des Abends und auf die kommt's an. Klasnics Performance ist perfekt: Jeder weiß, dass sie's tut, weil's was bringt, und doch signalisiert sie: Es kommt von Herzen.“

(Claudia Gigler, 2002)

„Das Leben packt sie an, wie es kommt. Waltraud Klasnic macht nicht nur als ungemein fleißige und zähe Frau von sich reden. Ihre politische Laufbahn beweist, dass frau keine G'studierte oder das Töchterl von einem Promi sein muss, um es an die Spitze zu schaffen. Soziales Gespür für die Anliegen der Menschen brachten die Steirerin weiter.“

(Ulrike Jantschner, 2004)

„Eine bemerkenswerte Frau, und wieder eine Frau weniger in der österreichischen Politik“.

(Elfriede Jelinek, 2005)

eine Frau. Doch im Gegensatz zu Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller führte Klasnic die männliche Form des Amtstitels. Die erste weibliche Regierungschefin Österreichs hat sich bewusst für den „mann“ in ihrem Titel entschieden. Denn hätte sie es gewollt, hätte sich Klasnic ohne weiteres auch Landeshauptfrau nennen können. Die österreichische Verfassung erlaubte

dies seit 1988, also lange bevor Klasnic dieses spezielle Regierungsamt übernahm: 1988 wurde Artikel 7 des B-VG ein bedeutender Absatz hinzugefügt, der besagt, dass Amtsbezeichnungen und Titel in der Geschlechtsform des Trägers oder der Trägerin verwendet werden können.⁹

Doch es sollte eben die männliche Form sein, samt der skurrilen Situation, dass sich

der damalige Landesamtsdirektor Gerold Ortner bei der Staatsdruckerei beschwerte, weil die Redaktion des Amtskalenders aus Landeshauptmann Klasnic eine Landeshauptfrau Klasnic gemacht hatte.¹⁰ 2000 wurde gar die Kundmachung einer Verordnung in der Wiener Zeitung korrigiert: Die Bezeichnung „Landeshauptfrau“ wurde als Druckfehler berichtigt und wieder zum Landeshauptmann...¹¹

Klasnic, geboren 1945, hat Politik von Grund auf gelernt und war immer wieder eine der ersten Frauen in einer bestimmten Position. Mit 25 Jahren wurde sie Gemeinderätin in Weinitzen und war damals eine von nur zwölf Gemeinderätinnen der ÖVP in der gesamten Steiermark.¹² Es folgten der Bundesrat und der Landtag, 1983 wurde Klasnic dessen Dritte Präsidentin, die erste ÖVP-Frau in dieser Position übrigens.¹³ Fünf Jahre später rückte Klasnic in die Landesregierung auf, erstmals bekam eine Frau die Agenden für Wirtschaft und Fremdenverkehr übertragen, 1993 kam der Titel des Landeshauptmannstellvertreters dazu.¹⁴

Eine politische Karriere also, die bereits ein Vierteljahrhundert alt war, bevor Klasnic im Jänner 1996 zum Landeshauptmann gekürt wurde. Dass sie dennoch vielfach als „unpolitisch“ eingestuft wurde, schien sie nicht zu stören. „Man sagt mir nach, ich bin eine nicht politische Frau, dann sagt man wieder, ich bin so politisch (...) eine dritte Gruppe sagt, ich bin machtpolitisch, die vierte Gruppe sagt, ich bin politisch noch nie in Erscheinung getreten (...)“.¹⁵

Möglich wurde diese Premiere durch die Wahlniederlage eines Mannes und die Absage eines zweiten. Landeshauptmann Josef Krainer trat noch am Wahlabend des 17. Dezember 1995 vor laufenden Fernsehkameras zurück. Obwohl sie bereits in Medien als Favoritin für eine mögliche Krainer-Nachfolge gehandelt wurde¹⁶, schien Klasnic offenbar doch überrascht worden zu sein. Da sein Wunschkandidat Gerhard Hirschmann, damals auch geschäftsführender Landesparteiobmann, aus „vielen Gründen“ ablehnte, soll Krainer Klasnic erst kurz vor der entscheidenden Sitzung im Landesparteivorstand gesagt haben: „Du musst es machen.“¹⁷

Wie auch immer: Klasnic wurde mit Stimmen von FPÖ und Liberalem Forum zum Landeshauptmann gewählt¹⁸, bald darauf mit 99 % Zustimmung auch zur ÖVP-Landesparteiobfrau.¹⁹ Ihre ersten fünf Jahre als Landeshauptmann (oder -frau, wie sie in den Medien hartnäckig genannt wurde) waren zunächst von der Zusammenarbeit mit der SPÖ geprägt, die Klasnic allerdings nicht zur Regierungschefin mitgewählt hatte. Das wurde als „Miteinander“ propagiert, von den Medien und der Opposition jedoch bald als Kuschkurs klassifiziert. Dieses Miteinander brach im Wahlkampf zusammen, bildlich war das am besten festzumachen an einem Prestigeprojekt, der Rückkehr der Formel 1 in die Steiermark nämlich. Der Umbau des Ö-Rings in Spielberg kostete in heutiger Währung gerechnet rund 33 Millionen Euro und

wurde nur noch von ÖVP und FPÖ getragen, die SPÖ vollzog eine Kehrtwende. Zur Höchstform lief Klasnic jedoch in einer Krise auf: Beim Grubenunglück im obersteirischen Lassing, das letztlich zehn Männern das Leben kostete, reagierte sie so unbürokratisch und menschlich, dass sie nicht nur den Medien, sondern in der Allgemeinheit Respekt abrang.²⁰

Das Image der sorgenden und fürsorglichen Landesmutter entstand spätestens hier. Im Wahlkampf 2000 warf sich die ÖVP auf genau dieses Bild und transportierte es gekonnt. Dazu kam, dass Klasnic auch real ständig präsent zu sein schien. Ihrem SPÖ-Herausforderer Peter Schachner-Blazizek wird ein Bonmot nachgesagt, das – falls es stimmte – die Situation treffend beschrieb: „Überall, wo ich hinkomme, war sie schon da“, soll der Vizelandeshauptmann einmal angemerkt haben.²¹

Das positive Image als Landesmutter verkaufte sich gut und strahlte bis nach Wien. Parteichef Wolfgang Schüssel bot Klasnic an, im Fall einer schwarz-blauen Koalition Bundeskanzlerin zu werden.²² Bei den Landtagswahlen 2000 fuhr die ÖVP schließlich mit ihrer One-Woman-Show einen fulminanten Wahlerfolg ein: Plus 11 % an Wählerstimmen bedeuteten 27 Mandate im Landtag (die absolute Mehrheit verpasste die ÖVP hauchdünn um 309 Stimmen) sowie die absolute Mehrheit in der Landesregierung.²³ Die Wahlsiegerin Klasnic stand spätestens jetzt unangefochten und ohne jede innerparteiliche Kritik an der Spitze der ÖVP.

In der Landesregierung sicherte sich die Volkspartei sämtliche Schlüsselressorts²⁴ und damit die entsprechende (politische) Macht, doch auch die Verantwortung. Der Zwist mit dem Wahlverlierer SPÖ, die nur noch einige wenige Agenden zu betreuen hatte, war vorprogrammiert. Selbst die Geschäftseinteilung in der Landesregierung wurde gegen die Stimmen der SPÖ beschlossen.²⁵

Das rächte sich in der Mitte der Amtszeit Klasnic II. Ebenso wie bestimmte Personalentscheidungen: 2003 verließ der scharfzüngige Gerhard Hirschmann die Landesregierung und wechselte in die Vorstandsetage des Energiekonzerns ESTAG, der zu drei Vierteln im Besitz des Landes steht. Als Hirschmann nach nur wenigen Monaten begann, die Gepflogenheiten in diesem landesnahen Millionenbetrieb via Medien genüsslich zu zerpfücken, wurde aus der eigentlichen Affäre ein ÖVP-Skandal, da die Partei fast alle Macht in Händen hielt, von den Beteiligungen über die Wirtschaft bis hin zu den Finanzen. Gewürzt wurde das auch noch vom „Bruderkrieg“ Hirschmann versus Landesrat Herbert Paierl, der schließlich in Hirschmanns Abgang aus der ESTAG und dem späteren Rücktritt Paierls gipfelte.²⁶ Kommentatoren sahen ab dem Moment Klasnic die Zügel aus der Hand rutschen: „Anarchisch“ und „chaotisch“ sei die Situation in der Steirer-VP, beurteilten Politologen: Die SPÖ brauche nur abwarten und zuschauen.²⁷ Als dann auch noch der erneute Umbau des A 1-Rings floppte

und das großzügige Förderungswesen in Richtung des Tierparks Herberstein sowie ein vernichtender Rechnungshof-Rohbericht bekannt wurden, kam eine Lawine ins Rollen, die nicht mehr zu stoppen war. Durch Klasnics Bekannt- oder Freundschaft mit Schlossherrin Andrea Herberstein erhielt letzteres auch noch eine persönliche Schlagseite.

Sonderlandtagssitzungen, Anfragen und Untersuchungsausschüsse hielten die brisanten Themen in den Medien und dadurch in der Öffentlichkeit.²⁸ Die SPÖ lag in Umfragen bereits vor der ÖVP²⁹. Schließlich kandidierte auch noch Ex-ÖVP-Landesrat Hirschmann bei den Landtagswahlen mit einer eigenen Liste³⁰. Hausgemachte Schnitzer wie die Anleitung zu diskreditierenden Leserbriefen und Internet-Postings gegen den politischen Kontrahenten aus der ÖVP-Zentrale³¹ zwangen Klasnic sogar zu einer förmlichen Entschuldigung, obwohl sie nichts mit dem als „Wahlkampf-Knigge“ beschriebenen Werk zu tun hatte.³²

Die Stimmung kippte augenscheinlich. Klasnic muss das spätestens nach den Gemeinderatswahlen im Frühjahr 2005 gespürt oder gewusst haben. Denn sie fragte eine kleine Runde von Vertrauten, ob sie nicht für die Landtagswahlen besser einem anderen Spitzenkandidaten Platz machen solle.³³

Was 2000 funktioniert hatte, klappte 2005 nicht mehr. Erneut versuchte die ÖVP, die Marke Klasnic zu verkaufen. Die Wahlen seien eine „Volksabstimmung über den

Landeshauptmann“, gar das Gespenst des Kommunismus wurde durch den vorausgesagten Einzug der KPÖ in den Landtag beschworen³⁴ – ohne jeden Erfolg. Das Wahlergebnis ist hinlänglich bekannt, SPÖ-Chef Franz Voves löste Klasnic als Landeshauptmann ab.

Sie selbst beklagte immer wieder eine Kampagne „alle gegen eine“ und reagierte auch gekränkt, als die ÖVP bei den Wahlen verlor. Selbst Journalisten schien sie zumindest Mitschuld an dem schlechten Abschneiden ihrer Partei zu geben.³⁵ Im Landtag erschien die scheidende Landeshauptfrau nicht mehr, im Gegensatz zu Krainer, der rund zehn Jahre zuvor immerhin für ein paar Minuten und einige Sätze anwesend war. Sie wolle in die Zukunft schauen, wehrte Klasnic bereits am Tag nach den Wahlen Deutungen des Ergebnisses ab.³⁶ Etwas später ließ sie dann aber durchaus tiefer blicken: „Ich habe mein Herz verbraucht.“³⁷ Den Ehrenvorsitz in der Partei lehnte sie ab.³⁸

Die „Halbe-Halbe“-Ministerin

Die Nachfolgerin der bereits zu Amtszeiten legendären Frauenministerin Johanna Dohnal kam aus der Steiermark: Im April 1995 wechselte **Helga Konrad**, bisher Stadträtin in Graz, nach Wien.

Doch der Grazerin fehlte – wie Medien des Öfteren berichteten – die „Fortune“.³⁹ So stand sie der Öffnung des Bundesheeres für Frauen als Soldatinnen mehr als skeptisch gegenüber⁴⁰, der Idee einer eigenen Frauenpartei konnte sie ebenfalls nichts



**Helga Konrad
(SPÖ)**

geb. 10. Jänner 1948 in Graz
1990-1993 Abgeordnete zum
Nationalrat
1993-1995 Stadträtin
1995-1997 Bundesministerin
für Frauen
1996-1999 Abgeordnete zum
Nationalrat
Philologin

abgewinnen⁴¹. Dafür sprach sie sich bezüglich der 2000-Schilling-Prämie für erfolgte Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen für Einkommensgrenzen aus.⁴²

Doch mit dem Namen Helga Konrad ist wohl eine Aktion am meisten verbunden, die bereits an das Ende ihrer knapp zweijährigen Tätigkeit als Ministerin fiel: „Ganze Männer machen halbe-halbe.“ Ein Werbespot, der einen eher leicht bekleideten feschten jungen Mann zeigte, sollte eine ernstgemeinte Forderung transportieren: Konrad wollte gesetzlich verankern lassen, dass (Ehe-)Männer die Hälfte der anfallenden Hausarbeit verrichten (müssen).⁴³ Die Ministerin begründete den Vorstoß unter anderem mit einer Umfrage: Demnach glaubten 80 % der österreichischen Männer immer noch, dass Hausarbeit Frauensache sei.⁴⁴

Mit der Aktion erreichte Konrad zwar vorübergehende Aufmerksamkeit, aber vor allem eines: Spott. Auch der eigene Koalitionspartner ÖVP in Gestalt von Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat belächelte die Idee als „Abwascherlass“: Sie sei gegen eine „Abwaschpolizei zu Hause“, kommentierte Rauch-Kallat.⁴⁵

Da war Konrads Rückhalt innerhalb der eigenen SPÖ ohnehin bereits im Sinken. Ihr wurden „fehlender Realitätssinn“ sowie „schlechte Präsentation“ vorgeworfen.⁴⁶ Noch bevor Bundeskanzler Franz Vranitzky mitten in der laufenden Legislaturperiode zurück trat, wurde über eine Regierungsumbildung und den Austausch einiger Minister spekuliert. Helga

Konrad wurde als „Ablösekandidatin“ in den Medien gehandelt.⁴⁷ Mit dem Wechsel zu Bundeskanzler Viktor Klima war auch Helga Konrads Abgang verbunden: Der designierte Regierungschef besetzte das Amt neu, Nachfolgerin wurde Barbara Prammer, bis dahin Landesrätin in Oberösterreich.⁴⁸

Konrad nahm danach ihr Nationalratsmandat an, brachte aber noch im selben Jahr die steirische Sozialdemokratie, deren (karenzierte) Landesgeschäftsführerin sie zu dem Zeitpunkt noch war, in enorme Turbulenzen. Auf Vorschlag des SPÖ-Landesvorsitzenden und Vizelandeshauptmannes Peter Schachner-Blazizek sollte die Nationalratsabgeordnete einen Sondervertrag im Amt der Landesregierung bekommen. 58.000 Schilling sollte die Ex-Ministerin für „besondere Vorhaben im Forschungs- und Kulturbereich“ erhalten, als „Brotberuf“ neben dem Nationalratsmandat, wie begründet wurde.⁴⁹ Zwischen ÖVP und SPÖ paktiert, fiel dies just in die Zeit des „Miteinander“ der beiden Parteien und wurde ausgerechnet wenige Wochen nach einem Sonderlandtag bekannt, bei dem FPÖ und die Opposition aus Liberalen und Grünen vermeintliche Postenschacherei zwischen Schwarz und Rot anprangerten.⁵⁰

Aus dem Sondervertrag wurde dann doch nichts, die ÖVP ruderte angesichts der öffentlichen Kritik zurück und revidierte ihre Zusage in einer Sondersitzung des Landtages.⁵¹ Für die SPÖ war die Sache aber noch lange nicht ausgestanden. Auf

einem Landesparteitag kandidierte Helga Konrad erneut als stellvertretende Landesparteivorsitzende neben Schachner-Blazizek – und nahm die Wahl trotz eines vernichtenden Ergebnisses von nur 50,8 % Zustimmung an.⁵² Damit provozierte sie eine Zerreißprobe innerhalb der SPÖ, die die Führungsetage zu öffentlichen Aussagen gegen ein früheres Mitglied einer Bundesregierung zwang. So bezeichnete Landesgeschäftsführer Siegfried Schrittwieser Konrad als „schwere Bürde“ für die Partei, auch im Hinblick auf die Grazer Gemeinderatswahlen im Jänner 1998.⁵³

Konrad zog die Konsequenzen zu spät und beschädigte ihren Namen dadurch selbst, auch verursacht durch die Justament-Haltung der SPÖ-Frauen: Erst nach tagelanger Diskussion trat sie von allen Parteifunktionen zurück.⁵⁴ Verbittert jedoch wirkte sie auf der eilends dafür einberufenen Pressekonferenz und nach wie vor verständnislos: Sie beklagte, dass an die Stelle der politischen Diskussion das „Überreichen seidener Schnüre“ getreten wäre.⁵⁵ Das Nationalratsmandat behielt Konrad bis zum Ende der Legislaturperiode 1999.

Kurze Karriere als Frauenministerin

Obwohl **Heidrun Silhavy** bereits seit mehr als zehn Jahren im Nationalrat saß, wurde ihr Name erst durch die öffentliche Gesprächsverweigerung eines Mannes wirklich bekannt: Als der damalige SPÖ-Vorsitzende und designierte Bundeskanzler Alfred Gusenbauer mit seinem steirischen



**Heidrun Silhavy
(SPÖ)**

geb. 20. Mai 1956 in Graz
1991-1994 Mitglied des Vorstandes der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark
seit 1994 Abgeordnete zum Nationalrat
2007/2008 Staatssekretärin im Bundeskanzleramt
2008 Bundesministerin für Frauen, Medien und Regionalpolitik

Parteifreund und Landeshauptmann Franz Voves telefonieren wollte, verweigerte dieser vor laufenden Kameras und Mikrofonen von Reportern das Gespräch. Mehrmals. Schließlich murmelte ihm einer seiner Landesräte zwei Namen ins Ohr und Voves brummte: „Silhavy!“⁵⁶

So wurde die Steirerin im Jänner 2007 für einen Regierungsposten ausgewählt, der wenig spannend klang: Staatssekretärin im Bundeskanzleramt. Als Silhavy eineinhalb Jahre später, kurz vor den Neuwahlen, zur Frauenministerin aufstieg, fiel das Urteil der Medien nicht gerade überschwänglich aus: „Ausgesprochen unauffällig“⁵⁷ habe Silhavy als Staatssekretärin agiert, ihre Bestellung zur Ministerin ein „handwerklicher Fehler“⁵⁸ gewesen. Sie habe das Amt zudem nur bekommen, damit ein Mann als Staatssekretär nachrücken könne⁵⁹. Als Silhavy dann im Dezember 2008 nach ein paar Monaten im Amt das Feld einer Kollegin aus Niederösterreich überlassen musste, wurde sie nur noch so nebenbei als „blasse Frauenministerin“⁶⁰ erwähnt.

Die Startschwierigkeiten und das Problem, (medial) zu reüssieren, muten gerade im Fall Silhavy seltsam an. Denn sie war keine Quereinsteigerin, sondern kam treppchenweise die Parteihierarchie hoch, bis es endlich für ein Spitzenamt reichte. Sie hätte eigentlich wissen müssen, worauf es ankommt und medial geschickter agieren können: 1956 in Graz geboren, heuerte sie als 20-Jährige in der Arbeiterkammer an und durchlief die klassische

Parteischule. Landesfrauensekretärin des ÖGB, Mitglied im Landes- und Bundesparteivorstand der SPÖ, Vorstandsmitglied in der Arbeiterkammer⁶¹, steirische Spitzenkandidatin bei den Nationalratswahlen 2008⁶²... Im Mai 1994 kam sie zum ersten Mal in den Nationalrat und kehrte nach ihrem Intermezzo in einer Bundesregierung im Dezember 2008 auch wieder dorthin zurück⁶³.

Laute, polternde Auftritte scheinen nicht Silhavy's Sache zu sein, sie polarisiert auch nicht. Wahrscheinlich ein Grund für das mangelnde mediale Interesse, ohne das SpitzenpolitikerInnen aber heute nicht mehr auskommen. Gerade eine Frauenministerin, deren Kompetenzen und Finanzmittel im Grunde über alle anderen Ressorts verstreut sind, braucht diese Aufmerksamkeit. Das hat Silhavy – zudem auch Ministerin für Medienagenden – glatt übersehen oder nicht beachten wollen. Denn wie könnte es sonst sein, dass ihre Nachfolgerin Gabriele Heinisch-Hosek, kaum ein paar Stunden im Amt, ganze Titelseiten von Zeitungen füllt für einen Vorschlag, den man in gewisser Weise auch schon von Silhavy gehört hat? Nämlich Frauenquoten in Unternehmen einzuführen.⁶⁴ Aber eben nur in gewisser Weise, Silhavy war zögerlicher, vorsichtiger und vermied die Forderung nach einer Quote in Vorständen und Aufsichtsräten⁶⁵. Das mag realpolitisch korrekt und umsichtig sein, den nötigen Schwung in die Debatte bringt so eine Vorgangsweise aber nicht.

Was bleibt also von einer Staatssekretärin und Ministerin Heidrun Silhavy in Erinnerung? Abgesehen von der gestörten Leitung zwischen den Herren Voves und Gusenbauer wenig. Der Wunsch nach Väterkarenz⁶⁶ und Empörung über sexistische Werbung⁶⁷ mögen durchaus echt gewesen sein, gingen aber im Endspurt des Wahlkampfes unter. Dass Silhavy eine der wenigen Spitzenkandidatinnen auf den Landeslisten für die Nationalratswahlen war⁶⁸, fiel ebenso wenig ins Gewicht. Ihre Kür so kurz vor dem Wahltermin war freilich auch nicht gerade segensreich, damit bekam sie als Besetzung des früheren Parteichefs automatisch ein Ablaufdatum verpasst, auch wenn sie es – offiziell – natürlich nicht so sehen wollte. Sie werde ihr Amt ausüben, als „würde ich es bis in alle Ewigkeit machen“, wick sie Journalistenfragen aus, die sie sofort nach ihrer Nominierung als Übergangslösung einstufen⁶⁹. So kurz kann die Ewigkeit also sein: Heidrun Silhavy Karriere als Frauenministerin war fünf Monate nach ihrer Angelobung auch schon wieder vorbei.

Schwangere Landesrätin beschäftigte Juristen

Magda Bleckmann war mit ihren 31 Jahren die jüngste Landesrätin Österreichs, als sie am 9. Februar 2000 die Nachfolge von Michel Schmid antrat, der in der ersten schwarz-blauen Koalition im Bund zum Infrastrukturminister avancierte.⁷⁰ Sie, die damals den Namen Jost-Bleckmann führte, war auch die erste amtie-



**Magda Bleckmann
(FPÖ/BZÖ)**

geb. 5. Juni 1968 in Graz
1991-2002 Abgeordnete zum
Steiermärkischen Landtag
2000/2001 Mitglied der Steier-
märkischen Landesregierung
2002-2006 Abgeordnete zum
Nationalrat
Betriebswirtin

rende steirische Landesrätin, die schwanger wurde⁷¹ und deren andere Umstände die JuristInnen in der Landesregierung beschäftigten: Da es bisher noch keine Schwangere in der Landesregierung gegeben hatte, war nicht von vornherein klar, ob die Landesrätin unter die Regeln des Mutterschutzes fiel oder nicht.⁷²

Doch es war nicht die erfreuliche Baby-Nachricht, die die junge Politikerin schlagartig österreichweit bekannt machte. Sondern ein Kriminalfall, der (Jost-) Bleckmann in ein privates Drama führte: Ihr Mann Alexander Jost, den sie erst im Herbst 1999 geheiratet hatte⁷³, wurde Ende Mai 2000 in Linz von Polizisten erschossen. Als Bankräuber.⁷⁴

Die damals im fünften Monat schwangere Bleckmann wurde von dieser Nachricht in der Bundespolizeidirektion Graz überrascht, als sie aufgefordert wurde, ihren Ehemann anhand eines gefaxten Fotos eines Toten zu identifizieren.⁷⁵ Für Bleckmann brach eine Welt zusammen: Jost sei „ihre große Liebe“ gewesen, von seinem Doppelleben als Bankräuber hatte sie nichts geahnt.⁷⁶ Nach einigen Wochen auf Rückzug kehrte Bleckmann Mitte Juni wieder auf die Regierungsbank zurück.⁷⁷ Bleckmann kam bereits als Jugendliche in die Politik und stieg sehr rasch sehr hoch: Der Landesobmann der steirischen FPÖ, Michael Schmid, holte sie quasi vom Hörsaal in den Landtag.⁷⁸ 1991 kam die damals 22-jährige Studentin der Betriebswirtschaft in den Landtag und wurde damit die jüngste steirische Abgeordnete. Zunächst Spre-

cherin des Landesrates trat sie bald selbst in das politische Rampenlicht: Nach den Landtagswahlen 1995 wurde sie geschäftsführende Klubobfrau, nach dem Wechsel Schmidts nach Wien Landesrätin.⁷⁹

Doch das Jahr 2000 stand abseits der privaten Tragödie auch politisch unter keinem guten Stern. Minister Schmid, der auch in Wien Landesparteichef der FPÖ in der Steiermark geblieben war, wandte sich von seiner politischen Ziehtochter ab. Mit den im längst angelaufenen Wahlkampf für die Landtagswahlen 2000 im Oktober ließ er der amtierenden Landesrätin Bleckmann via Medien ausrichten, dass sie nach den Wahlen nicht mehr in der Regierung vertreten sein werde. Einer jungen Mutter sei ein „Spitzenjob mit 14 Stunden am Tag und 170.000 Schilling dafür“ nicht zumutbar, schließlich sei das „keine Karenzvertretung“. Im Landtag könne sie aber bleiben, das werde ja auch gut bezahlt.⁸⁰ Bleckmann konterte ebenso bestimmt: „Der Obmann kann sagen, was er will. Und ich sage, was mir zumutbar ist.“⁸¹ Sie würde ganz gerne Landesrätin bleiben wollen.⁸² Doch da war bereits klar, dass Bleckmann ins zweite Glied weichen muss, zur Spitzenkandidatin bei den Landtagswahlen wurde die ehemalige ORF-Moderatorin Theresia Zierler gekürt.⁸³ Ihre Arbeit als Landesrätin setzte Bleckmann jedoch kurz nach der Geburt ihrer Tochter fort, nicht ohne Probleme: So „putschte“ ein Drittel ihrer BüromitarbeiterInnen und wollte die Arbeit niederlegen, ein noch nie erlebter Exodus aus einem Regierungsbüro.⁸⁴

Nach den Wahlen, bei denen die FPÖ nebenbei bemerkt, gewaltig abstürzte, stieg Bleckmann jedoch wieder auf: Die überzeugte Anhängerin Jörg Haiders und Unterstützerin der so genannten „Knittelfeld-Rebellen“ der FPÖ bekam bei den Nationalratswahlen 2002 Platz drei auf der Bundesliste und wurde eine der vier StellvertreterInnen des damaligen FPÖ-Chefs Mathias Reichhold.⁸⁵ Im Februar 2003 stieg sie als Generalsekretärin in die Machtzentrale der Partei auf.⁸⁶ Den Job gab sie allerdings wegen ihrer zweiten Schwangerschaft im Juni 2004 wieder auf.⁸⁷ Ihr kleiner Sohn bekam von den Medien den Spitznamen „Koalitionsbaby“ verpasst, ist doch der Vater des Buben ÖVP-Bauernbundobmann Fritz Grillitsch.⁸⁸

Danach wurde es politisch immer stiller um die einst so aufstrebende junge Politikerin, die im Landtag mit durchaus spitzer Zunge unterwegs war, das Amt des Bundespräsidenten abschaffen wollte⁸⁹ und einem Frauenministerium wenig abgewinnen konnte⁹⁰. Nach der Abspaltung des BZÖ von der FPÖ wechselte Bleckmann zu den Orangen⁹¹, politisches Mandat hat sie jedoch heute keines mehr, sondern arbeitet als Unternehmensberaterin: „Ich habe abgeschlossen mit der Politik. Ich bin Trainerin und Coach, das ist mit einer Rückkehr in die Politik unvereinbar.“⁹²

Klassischer Karrieresprung

Kristina Edlinger-Ploder kommt aus dem Bereich, den man schon beinahe als Rekrutierungsanstalt der steirischen ÖVP be-



**Kristina Edlinger-Ploder
(ÖVP)**

geb. 4. Juli 1971 in Linz
1996-1998 Mitarbeit im Aufbau
eines Grazer Handelsunternehmens
seit 2003 Mitglied der Steier-
märkischen Landesregierung
2004/2005 Leiterin des Finanz-
ressorts des Landes
Juristin

zeichnen möchte, wenn es darum geht, neues Personal für Spitzenjobs zu finden: Sie war Büroleiterin bei Waltraud Klasnic und zuvor Referentin im Büro LH, also das, was im Politikjargon etwas verwechselbar SekretärIn genannt wird.⁹³

Also wieder eine mehr aus der Riege der SekretärInnen, die den Aufstieg ins eigene Büro geschafft hatten: Edlinger-Ploder war 31 Jahre alt, als sie von Klasnic 2003 auf die Regierungsbank geholt wurde.⁹⁴ Damit war sie die zu diesem Zeitpunkt jüngste Landesrätin Österreichs. Aber weil sie auch noch zweifache Mutter war, fielen auch JournalistInnen ins klassische Rollenschema: Die Neo-Landesrätin musste gleich nach der Kür im Parteivorstand detailliert Auskunft geben, wie denn der damals dreijährige Sohn und die erst ein Jahr alte Tochter betreut werden, wenn die Mami doch jetzt Politikerin ist...⁹⁵

Der Karrieresprung kam überraschend, doch auch die übrigen Landtagsparteien bedachten die junge Frau mit einem gehörigen Vorschuss: Von 52 gültigen Stimmen entfielen tatsächlich alle auf sie.⁹⁶ Kokettierte Edlinger-Ploder zunächst mit dem Fakt, Frau und um ein gehöriges Stück jünger zu sein als ihre Regierungskollegen⁹⁷, zeichnete sie jedoch in ersten Stellungnahmen ein eher konservatives Bild von sich und ihrer Vorstellung von Politik: So trat sie für den Parteienproporz im Schulsystem ein und für Aufnahmeprüfungen an den AHS.⁹⁸

Die Medien beobachteten Edlinger-Ploder zunächst abwartend bis skeptisch: Sie

habe den Rollenwechsel nicht geschafft, statt des „schillernden Gerhard Hirschmann“ säße eine „fleißige Bürochefin“⁹⁹ in der Regierung. Bei ihrer einzigen Budgetrede im Landtag nach ihrer Avancierung zur Finanzreferentin wurden mehr ihre bildhafte Sprache und ihr leuchtendes Outfit beschrieben, das sich zu allem Überfluss auch noch in den verwendeten Farben der gedruckten Version ihrer Budgetrede widerspiegeln.¹⁰⁰ Die Ansprache selbst sei ein „braves Referat“¹⁰¹ gewesen, bei dem Zahlen fast nicht vorkamen, obwohl es sich um ein Landesbudget handelte. Schon zuvor bei den zähen Verhandlungen über den neuen Landeshaushalt war Edlinger-Ploder Angriffspunkt der SPÖ sowie der Oppositionsparteien gewesen. Ihr Vorschlag einer linearen Kürzung quer durch alle Ressorts etwa sei einfach nur „dumm, absolut dumm“, kanzelte der damalige SPÖ-Vizelandeshauptmann Franz Voves die Finanzreferentin ab.¹⁰² Die Landesrätin selbst trug ihr Scherflein bei, weil sie ebenfalls nicht so ernsthaft von der Idee überzeugt schien.¹⁰³ Nach der Wahlniederlage der ÖVP im Oktober 2005 blieb sie in der Landesregierung. Mittlerweile hat sich auch das (mediale) Bild von ihr gewandelt. Edlinger-Ploder, die einst als brave Sekretärin beschrieben wurde, ist durchaus zum Faktor geworden. Sie gilt als ministrabel¹⁰⁴ und bricht mit verzopften Traditionen der ÖVP: So tritt sie für die Homo-Ehe vor dem Standesamt¹⁰⁵ und für die Gesamt- und Ganztageschule¹⁰⁶ ein.

Quereinsteigerin und „unbeschriebenes Blatt“

Bettina Vollath war die Erfindung von SPÖ-Landesparteiobermann Franz Voves. In der SPÖ, die zwischen 2000 und 2005 keine Frau in der Landesregierung vorweisen konnte, aber auch in den Medien wurde längst heftig spekuliert, wer denn die Kandidatin sein würde, die nach den Wahlen 2005 ein Regierungsamt bekommen sollte. Doch es gelang Voves tatsächlich, Vollaths Namen bis zur offiziellen Präsentation beim Wahlkampfauftritt geheim zu halten¹⁰⁷; wohl auch, weil die Juristin bisher in keinerlei Parteifunktion tätig war und dadurch schon von vornherein nicht am Spekulationsradar der politischen BeobachterInnen aufscheinen konnte. Doch Voves ging auf Nummer sicher, wie es scheint: Selbst dem engsten Kreis der SPÖ war Vollath erst zwei Tage zuvor vorgestellt worden, die Vorsitzende der SPÖ-Frauen, Barbara Gross, lernte sie gar erst am Präsentationstag selbst kennen.¹⁰⁸ Eine Geheimniskrämerei, die verwundert, wäre sie doch eher bei Personen mit bekanntem Namen üblich. So oder so, der Spannungsbogen innerhalb der Partei, aber auch außerhalb, war aufgebaut worden.

Vollath selbst ordnete sich gleich ihrer Rede bei der Wahlveranstaltung einem bestimmten Eck zu: Sie sei das „unbeschriebene Blatt“¹⁰⁹, Voves beschrieb sie dann auch noch als Freundin der (sprich also seiner) Familie.¹¹⁰

Dass der Regierungssitz, der für Vollath vorgesehen war, erst noch gewonnen



**Bettina Vollath
(SPÖ)**

geb. 29. Oktober 1962 in Graz
1999-2005 Tätigkeit in zwei
Grazer Rechtsanwaltskanzlei-
en
seit 2005 Rechtsanwältin
seit 2005 Mitglied der Steier-
märkischen Landesregierung
Juristin

werden musste, wurde in der allgemeinen Wahlkampfeuphorie kaum erwähnt. Vollath, die erst acht Tage nach den Landtagswahlen am 2. Oktober 2005 ihre Rechtsanwaltsprüfung absolvierte, erklärte zudem, sie sei ohnehin abgesichert, sie habe ein Rückkehrrecht in die Kanzlei.¹¹¹

Medial kam die Quereinsteigerin allerdings nicht so gut an, sie ringe um ein eigenes Profil, hieß es¹¹². Nach einem dreiviertel Jahr in der Landesregierung benotete die Kleine Zeitung Vollaths Arbeit gerade noch positiv: Vier minus. Angemerkt wurde, dass sie „ohne Hausmacht“ weiter durch die Landespolitik „schleudert“.¹¹³ Vollath verteidigte ihren „eigenen Weg“ und ihre „leise Art“: „Das kommt vielleicht nicht so gut an.“¹¹⁴

Dabei hatte Vollath durchaus Ideen, die sich medial geschickt vermarkten hätten lassen, da sie ein bestimmtes WählerInnenpotenzial direkt ansprachen. Abschaffung der Studienbeiträge an der steirischen FH Joanneum, die Forderung (und wesentlich spätere Umsetzung) des Gratis-Kindergartens, Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen, Gender-Beauftragte im Land – all das hätte sich mit mehr positivem Schwung darstellen lassen.

Als sich die Landesrätin längst nicht mehr als Quereinsteigerin betrachtete, nämlich nach fast zwei Jahren im Amt¹¹⁵, passierte ein massiver Schnitzer, der quer durch alle Parteien und auch ihre eigene zu einer Protestflut geführt hatte. Vollath kündigte an, erfolgreiche Studiengänge der FH Joanneum von Graz

nach Kapfenberg zu verlegen.¹¹⁶ Die Landesrätin musste sich dann nicht nur Beschimpfungen diverser ÖVP-Funktionäre gefallen lassen („völlig inkompetent“¹¹⁷, „Schnapsidee“¹¹⁸), sondern auch die Tatsache, Adressatin eines „Machtwortes“ ihres Parteichefs zu werden.¹¹⁹ „Graz wird nichts weggenommen. Die Absiedelung wäre der falsche Weg gewesen“, beendete Voves die Debatte.¹²⁰

2008 machte sich Vollath für kostenlose Kindergärten stark. Das Sperrfeuer der anderen Parteien war zwar ob der vermeintlich mangelnden, weil zu kurzen Vorbereitungszeit heftig, konnte ihr jedoch schon wegen des publikumsträchtigen Themas kaum politische Probleme machen.¹²¹

Erste grüne Vizebürgermeisterin in Graz

Das Privat- oder besser: Liebesleben von PolitikerInnen hat grundsätzlich nichts in der Öffentlichkeit zu suchen. Das ist geübter Usus und er ist richtig. Bloß: Mit **Lisa Rücker**, der ersten Grünen, die es in Graz nicht nur in den Stadtsenat, sondern auch zur Vizebürgermeisterin geschafft hat, ist die Situation eine andere. Sie hat im Wahlkampf genau dieses Privatleben öffentlich gemacht, in dem sie ihre Partnerschaft mit einer Frau in Interviews schilderte.¹²² In ihrer ersten Rede als eben gewählte Vizebürgermeisterin bedankte sich Rücker öffentlich auch bei ihrer Lebensgefährtin. „Ich habe mich im Wahlkampf sehr bewusst dafür entschieden, dazu zu stehen, dass ich eine Lesbe bin. Mir ist es wichtig, ein Symbol dafür zu set-



Lisa Rücker (Die Grünen)

geb. 10. Mai 1965 in Salzburg
2005-2008 Vorsitzende des
Kontrollausschusses der Stadt
Graz
seit 2003 Gemeinderätin
seit 2008 Bürgermeister-Stell-
vertreterin
Sozialarbeiterin

zen, zu zeigen, dass es immer noch Menschen gibt, die im Verborgenen leben müssen.“¹²³

Damit setzte die Kommunalpolitikerin die Intention ihres Outings fort: Aus „politischen Gründen“ sei sie in die Öffentlichkeit gegangen. „Wären Homosexuelle schon gleichgestellt, wäre es meine Privatsache.“¹²⁴ Sexualität sei so lange politisch, so lange sie diskriminiert werde, schrieb Rücker kurz nach den Gemeinderatswahlen in ihrem Blog im Internet. „Ich wünsche mir, dass es bald möglich ist, so zu sein, so zu l(i)eben, wie frau/man will, ohne dazu öffentlich Stellung nehmen zu müssen. Aber dazu ist es noch ein langer, breiter Weg.“¹²⁵ Verbunden damit war auch ein Seitenhieb auf die Bundes-ÖVP¹²⁶, mit dessen Grazer Stadtpartei Rücker jedoch einen Pakt eingegangen ist, ohne den sie den hübschen Titel der Vizebürgermeisterin nicht bekommen hätte können.

2003 zog Rücker erstmals in den Grazer Gemeinderat ein und wurde unter anderem Vorsitzende des Kontrollausschusses. Zur Spitzenkandidatin für die Wahlen berief sie sich kurzerhand selbst und hätte es auch auf eine Kampf abstimmung mit der Klubobfrau der Grünen, Sigi Binder, kommen lassen¹²⁷, doch die steckte vor der entscheidenden Mitgliederversammlung zurück und kandidierte nur um Platz zwei¹²⁸. Genauso keck rief Rücker danach das „Projekt Bürgermeisterin“ ins Leben¹²⁹, ihr Wahlziel waren 10 % der Stimmen als Minimum und damit ein fixer Sitz im

Stadtsenat¹³⁰. Von der Themenauswahl bewegte sie sich auf klassischem (und damit sicheren) grünen Terrain: Verkehr, Menschenrechte, Umwelt.¹³¹

Geworden ist es dann der Sessel neben dem Bürgermeister. Ein Wahlerfolg auf jeden Fall: Noch nie lagen die Grünen bei Kommunalwahlen in der Landeshauptstadt so gut, noch nie zuvor hatten sie einen Sitz in der Regierung. Die gern als Koalition beschriebene Arbeitsvereinbarung mit der ÖVP trägt ihre Handschrift und ist der Grund, warum Rücker überhaupt Bürgermeister-Stellvertreterin ist: Das Vorschlagsrecht für dieses doch prestigeträchtige Amt hat die zweitstärkste Fraktion und das führte zu einem Scharmützel mit der SPÖ, die sich die Nominierung nicht nehmen ließ, aber mangels PartnerInnen im Gemeinderat nicht genügend Stimmen für ihren Kandidaten hatte. Rücker hatte sie jedoch durch die Zusammenarbeit mit den Schwarzen sicher in der Tasche.¹³²

Mögliche Reibungsflächen und Konfliktpotenzial nahm Rücker bewusst in Kauf, gerade mit einer ÖVP, die Grüne gerne bekittelten und ideologisch weit entfernt ist.¹³³ In ersten Resümees über die Zusammenarbeit, die koalitionsfreie Räume nur bedingt vorsieht, gestand Rücker, dass sie „energieraubend“ sei, aber durchaus positiv.¹³⁴ Der Rollenwechsel Regierung statt Opposition sei kein einfacher. Auch nicht für die Partei. „Es heißt manchmal Dinge mitzutragen, die man in der Opposition locker abgelehnt hätte. Aber es zahlt sich aus.

Du hast Möglichkeiten, zu gestalten und nicht bloß einen Aufruf zu machen.“¹³⁵

Waltraud Klasnic, Helga Konrad, Heidrun Silhavy, Magda Bleckmann, Kristina Edlinger-Ploder, Bettina Vollath und Lisa Rücker: Sieben Politikerinnen also, die vollkommen unterschiedliche Karrieren haben, vom Durchwandern der klassischen Parteihierarchie bis zur völligen Quereinsteigerin. Frauen, die aus völlig konträren politischen Lagern kommen und unterschiedliche Zugänge zur Politik haben. Gemeinsamkeiten haben diese Frauen schon aufgrund ihrer Sozialisierung, ihrer Parteizugehörigkeit und ihrer Lebenswege kaum. Die große Klammer über sie alle ist jedoch die Außenwirkung, die sie als Frauen in bestimmten Positionen automatisch erlangten, durch ihr Aufbrechen einer Männerdomäne wie etwa bei Klasnic oder die Bestellung in ein Amt, das schon durch seine Ausrichtung

und Fokussierung auf Frauenpolitik eine gewisse grundlegende Aufmerksamkeit mit sich bringt. Das ist ein zweiseitiges Schwert: Einerseits sind Frauen in Schlüsselpositionen dadurch unter größerer kritischer (medialer) Begleitung als ihre männlichen Kollegen, das mag durchaus lästig sein. Andererseits kann genau diese Aufmerksamkeit einen Zusatznutzen haben, um politische Anliegen zu transportieren, wohl wissend, dass die Medien hinschauen werden.

Doch je mehr Frauen hohe politische Posten erringen, desto normaler wird die Situation. Dass eine Frau den Posten X oder das Amt Y inne hat, wird umso unspektakulärer, je öfter das passiert. Spätestens ab da wiegen andere Kriterien schwerer, die Eignung, die Fähigkeiten, das Engagement. Waltraud Klasnic drückte das einst so aus: „Wenn man glaubt, nicht mit dem Argument punkten zu können, sondern mit einem Augenaufschlag, dann ist die Sache nichts wert.“¹³⁶ □

¹ Anmerkung: Magda Bleckmann, FPÖ, wechselte in der laufenden Gesetzgebungsperiode aus dem Landtag in die Landesregierung. Ihr frei gewordenen Mandat im Landtag bekam ein Mann, somit saßen bis 26. März 2000 13 Frauen im Landtag, danach nur noch 12.

² Anmerkung: Hier stellt die Prozentrechnung allerdings eine gewisse Verzerrung dar, hatten doch sowohl Grüne als auch LiF jeweils bloß zwei Sitze im Landtag.

³ Anmerkung: Eine Abgeordnete wechselte in der laufenden Gesetzgebungsperiode in den Nationalrat, ein Mann rückte auf das frei werdende Mandat nach.

⁴ Die ÖVP im Nationalrat weist einen Frauenanteil von 25,49 % auf, die FPÖ 17,65 %, das BZÖ 9,52 %.

⁵ XXII. Gesetzgebungsperiode unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, ÖVP.

⁶ Vergleiche zu allen Statistiken über den Frauenanteil im Nationalrat die Homepage des Parlaments www.parlament.gv.at.

⁷ Anmerkung: Eine der steirischen ÖVP zuzuordnende Abgeordnete kam über die Bundesliste in den Nationalrat.

⁸ Anmerkung: Diese Grenzziehung ist notwendig, andernfalls würde es den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Deshalb kann auf die wichtige Arbeit von Klubobfrauen oder Stadträtinnen nicht detailliert eingegangen werden.

⁹ Art. 7 (3) B-VG, BGBl 1988/341, „Amtsbezeichnungen können in der Form verwendet werden, die das Geschlecht des Amtsinhabers oder der Amtsinhaberin zum Ausdruck bringen. Gleiches gilt für Titel.“

Politikerin? Und was machen Sie dann mit Ihren Kindern? - Elisabeth Holzer

- ¹⁰ Vergleiche Kleine Zeitung, „Landeshauptfrau unerwünscht“, 31. Oktober 1996.
- ¹¹ Vergleiche KURIER, „Die Sorgen der Frau LH“, 29. Juni 2000, Seite 7.
- ¹² Vergleiche KURIER, „Die neue Landesmütterlichkeit“, 20. Dezember 1995, Seite 5.
- ¹³ Herwig Hösele, Landesfürst und Landesmutter. Zwei Charaktere – ein Ziel (Wien-Graz-Klagenfurt, 2007), verkürzt zitiert als Hösele, Landesfürst, Seite 110.
- ¹⁴ Ebenda.
- ¹⁵ Gabriele Metz, Frauen in der Politik. Eine empirische Analyse der Motive und Intentionen von Frauen in Österreichs Spitzenpolitik (Dipl.; Graz, 2001), verkürzt zitiert als Metz, Frauen, Seite 125.
- ¹⁶ Vergleiche KURIER, „Im Windschatten des Bundes“, 17. Dezember 1995, Seite 5; KURIER, „Erfolg in einer ‚Männerdomäne‘“, 18. Dezember 1995, Seite 7.
- ¹⁷ Hösele, Landesfürst, Seite 94.
- ¹⁸ Vergleiche KURIER, „Langer Weg, kleine Schritte“, 24. Jänner 1996, Seite 3.
- ¹⁹ Vergleiche KURIER, „Steirische VP versucht ‚durchzustarten‘“, 10. März 1996, Seite 2.
- ²⁰ Vergleiche KURIER, „Waltraud Klasnic: Mutter Courage“, 28. Juli 1998, Seite 3.
- ²¹ Hösele, Landesfürst, Seite 113.
- ²² Vergleiche Austria Presse Agentur, „Regierung: Hirschmann bestätigt Kanzlerangebot Schüssels an Klasnic“, 16. Jänner 2000.
- ²³ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Steirische Wähler bereiten Klasnic persönlichen Triumph“, 15. Oktober 2000.
- ²⁴ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Steirische VP sichert sich alle Schlüsselressorts“, 6. November 2000.
- ²⁵ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Steirische Landesregierung beschließt Geschäftseinteilung“, 13. November 2000.
- ²⁶ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Paierl-Abgang: Für VP-Klasnic ein Opfer für die Partei“, 4. April 2004.
- ²⁷ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Steirer-VP kämpft mit ‚chaotischer bis anarchistischer Situation‘“, 6. April 2004.
- ²⁸ Vergleiche KURIER, „Angekratztes Lebend-Denkmal“, 28. Jänner 2004, Seite 3.
- ²⁹ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Steirische SPÖ bei Umfrage knapp vor ÖVP – laut ‚Krone‘“.
- ³⁰ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Hirschmann-Kandidatur sorgte für mittleres Polit-Erdbeben“, 1. Juni 2005.
- ³¹ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Aufregung um ‚Medienmodul‘ der steirischen ÖVP“, 11. Juli 2005.
- ³² Vergleiche Austria Presse Agentur, „Wahlkampf-Knigge: Klasnic entschuldigt sich – SPÖ klagt“, 12. Juli 2005.
- ³³ Hösele, Landesfürst, Seite 165.
- ³⁴ Vergleiche „Austria Presse Agentur“, Steiermark-Wahl: Laut ÖVP, Volksabstimmung über Landeshauptmann“, 21. Juli 2005.
- ³⁵ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Waltraud Klasnic – 60. Geburtstag ist letzter Tag als Landeschefin“, 24. Oktober 2005.
- ³⁶ Vergleiche KURIER, „Klasnic will bis 2008 Obfrau sein, Schützenhöfer wird Landes-Vize“, 4. Oktober 2005, Seite 6.
- ³⁷ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Klasnic hat ‚ihr Herz verbraucht‘“, 17. Dezember 2005.
- ³⁸ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Waltraud Klasnic lehnt Ehrenvorsitz in steirischer VP ab“, 17. März 2006.
- ³⁹ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Helga Konrad – Frauenministerin ohne Fortune“, 21. Jänner 1997.
- ⁴⁰ Vergleiche KURIER, „Karriere mit dem Gewehre: Frauenministerium brems“, 15. Juli 1996, Seite 2.
- ⁴¹ Vergleiche KURIER, „Helga Konrad will keine Frauenpartei“, 11. März 1996, Seite 2.
- ⁴² Vergleiche KURIER, „Einkommensgrenze für Bonus bei Mutter-Kind-Pass“, 21. November 1996, Seite 2.
- ⁴³ Vergleiche DPA, „Österreichs Frauenministerin will Männer zur Hausarbeit zwingen“, 16. Jänner 1997.
- ⁴⁴ Vergleiche KURIER, „Männer für die Hausarbeit“, 19. Dezember 1996, Seite 3.
- ⁴⁵ Vergleiche Austria Presse Agentur, „ÖVP startet Frauenoffensive 1997“, 21. Jänner 1997.
- ⁴⁶ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Helga Konrad – Frauenministerin ohne Fortune“, 21. Jänner 1997.
- ⁴⁷ Vergleiche KURIER, „Vranitzkys einsamer Führungsstil lässt Personalspekulationen sprießen“, 7. Jänner 1997, Seite 2.
- ⁴⁸ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Regierungsumbildung: Angebot an oö. Landesrätin Prammer“, 21. Jänner 1997.
- ⁴⁹ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Ex-Frauenministerin Konrad wird steirische Kultur-Sonderbeauftragte“, 27. Oktober 1997.
- ⁵⁰ Vergleiche KURIER, „Ex-Ministerin Konrad muss auf Job verzichten“, 4. November 1997, Seite 2.
- ⁵¹ Vergleiche Kleine Zeitung, „VP-Notbremse: Kein Vertrag für Konrad“, 4. November 1997.
- ⁵² Vergleiche KURIER, „Trotz Streichorgie will Konrad steirische SP-Vize bleiben“, 23. November 1997, Seite 2.
- ⁵³ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Fall Konrad: Jetzt Belastungsprobe für die steirische SPÖ geworden“, 28. November 1997.

Politikerin? Und was machen Sie dann mit Ihren Kindern? - Elisabeth Holzer

- ⁵⁴ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Helga Konrad zieht Konsequenzen aus ‚Postenschacher‘-Affäre“, 1. Dezember 1997.
- ⁵⁵ Ebenda.
- ⁵⁶ Vergleiche KURIER, „Gusenbauer kam nicht bei Voves durch“, 11. Jänner 2007, Seite 2; Kleine Zeitung, „Kabarettreife Telefonstunde mit Gusenbauer“, 11. Jänner 2007, Seite 3.
- ⁵⁷ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Heidrun Silhavy – Neue Aufgabe für unauffällige Staatssekretärin“, 23. Juni 2008.
- ⁵⁸ Vergleiche Kleine Zeitung, „Die SPÖ pfeift auf Umfragen“, 20. Juni 2008, Seite 6.
- ⁵⁹ Vergleiche KURIER, „Wie man Minister wird“, 25. Juni 2008, Seite 2.
- ⁶⁰ Vergleiche Kleine Zeitung, „Neue Köpfe braucht das Land“, 20. November 2008, Seite 4.
- ⁶¹ Vergleiche Homepage des Parlaments, www.parlament.gv.at/WW/De/PAD_02763/pad_02763.shtm, 31. Oktober 2008.
- ⁶² Vergleiche KURIER, „SPÖ-Liste mit Frauenpower“, 3. August 2008, Seite 13.
- ⁶³ Vergleiche Kleine Zeitung, „Nur Kdolsky und Kranzl ohne Job“, 27. November 2008, Seite 4.
- ⁶⁴ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Silhavy will Lohnsysteme unter die Lupe nehmen“, 23. Juni 2008.
- ⁶⁵ Ebenda.
- ⁶⁶ Vergleiche Austria Presse Agentur, „SPÖ will Papa-Monat und Kindergeld im Gesamtpaket“, 16. September 2008.
- ⁶⁷ Vergleiche Austria Presse Agentur, „WIFI-Anzeige mit nackter Haut lässt WKO schwitzen“, 6. September 2008.
- ⁶⁸ Vergleiche Austria Presse Agentur, „NR-Wahl: Kaum weibliche Spitzenkandidatinnen“, 11. September 2008.
- ⁶⁹ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Silhavy will Lohnsysteme unter die Lupe nehmen“, 23. Juni 2008.
- ⁷⁰ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Zwei Frauen in steirischen FPÖ-Spitzenpositionen“, 8. Februar 2000; KURIER, „Magda und Margit – zwei neue FP-Regierer“, 9. Februar 2000, Seite 8.
- ⁷¹ Vergleiche Kleine Zeitung, „Spitzenkandidatin der FPÖ erwartet zur Wahl ein Baby“, 6. Mai 2000; KURIER, „Landesrätin mit einem Baby? Kein Problem für Magda Jost“, 6. Mai 2000, Seite 10.
- ⁷² Die Verfassungsabteilung stellte fest, dass ein Regierungsmitglied wie ein selbständiger Unternehmer einzustufen ist. Für die schwangere Landesrätin galten demnach die Bestimmungen des Mutterschutzes nicht. Vergleiche KURIER, „Schwangere Politikerin darf weiter arbeiten“, 13. Mai 2000, Seite 10.
- ⁷³ Vergleiche KURIER, „Schwangere Landesrätin unter Schock“, 31. Mai 2000, Seite 11.
- ⁷⁴ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Erschossener Bankräuber 2“, 30. Mai 2000.
- ⁷⁵ Vergleiche KURIER, „Schwangere Landesrätin unter Schock“, 31. Mai 2000, Seite 11.
- ⁷⁶ Vergleiche KURIER, „Er war meine große Liebe“, 7. Juni 2000, Seite 7.
- ⁷⁷ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Magda Jost-Bleckmann wieder öffentlich am Rednerpult“, 20. Juni 2000.
- ⁷⁸ Vergleiche Kleine Zeitung, „Magda Bleckmann – eine Karriere“, 31. Mai 2000.
- ⁷⁹ Ebenda.
- ⁸⁰ Vergleiche Kleine Zeitung, „Schmid: Jost-Bleckmann nur bis zur Wahl Landesrätin“, 25. Juli 2000.
- ⁸¹ Vergleiche KURIER, „Der Obmann kann sagen, was er will“, 28. Juli 2000, Seite 10.
- ⁸² Vergleiche KURIER, „Verschärfte Rivalität zwischen zwei FP-Frauen“, 4. August 2000, Seite 8.
- ⁸³ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Klasnic-Wiederwahl für FP-Zierler eine Frage des Vertrauens“, 10. August 2000.
- ⁸⁴ Vergleiche KURIER, „Mitarbeiter verlassen Büro der FP-Landesrätin“, 20. September 2000, Seite 10.
- ⁸⁵ Vergleiche KURIER, „Reichhold holt sich vier Stellvertreter“, 21. September 2002, Seite 3.
- ⁸⁶ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Magda Bleckmann: Knittelfelderin wird Generalsekretärin“, 28. Februar 2003.
- ⁸⁷ Vergleiche Austria Presse Agentur, „FPÖ/BZÖ: Bleckmann tritt dem orangen Bündnis bei“, 23. April 2005.
- ⁸⁸ Vergleiche Kleine Zeitung, „Koalitions-Baby heißt Fritz Michael“, 28. Oktober 2004, Seite 22.
- ⁸⁹ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Präsidenten-Wahl – Bleckmann für Abschaffung des Bundespräsidenten“, 2. Jänner 2004.
- ⁹⁰ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Wahl: FP-Bleckmann hält Frauenministerium für ‚nicht notwendig‘“, 6. November 2002.
- ⁹¹ Vergleiche Austria Presse Agentur, „FPÖ/BZÖ: Bleckmann tritt dem orangen Bündnis bei“, 23. April 2005.
- ⁹² Vergleiche Kleine Zeitung, „Magda Bleckmann“, 19. August 2007, Seite 22.
- ⁹³ Vergleiche Austria Presse Agentur, „30-jährige Juristin wurde LH-Büroleiterin in der Grazer Burg“, 4. Jänner 2002.
- ⁹⁴ Vergleiche KURIER, „Klasnics Büroleiterin wird Landesrätin“, 31. März 2003, Seite 10.
- ⁹⁵ Vergleiche Kleine Zeitung, „Entscheidung in einem Tag“, 31. März 2003, Seite 13; Austria Presse Agentur, „Kristina Edlinger-Ploder: Juristin und 2-fache Mutter als Landesrätin“, 30. März 2003; Kleine Zeitung, „Eigener Weg nicht ideal für alle“, 2. April 2003, Seite 21.
- ⁹⁶ Vergleiche Stenographischer Bericht, 41. Sitzung des Steiermärkischen Landtages, XIV. Gesetzgebungsperiode, 8. April 2003, Seite 13.

Politikerin? Und was machen Sie dann mit Ihren Kindern? - Elisabeth Holzer

- ⁹⁷ Vergleiche Stenographischer Bericht, 41. Sitzung des Steiermärkischen Landtages, XIV. Gesetzgebungsperiode, 8. April 2003, Seite 14.
- ⁹⁸ Vergleiche Kleine Zeitung, „Bin für Aufnahmeprüfungen“, 11. April 2003, Seite 18.
- ⁹⁹ Vergleiche Die Presse, „Bürgerliche Selbstvernichtung“, 3. Oktober 2005.
- ¹⁰⁰ Vergleiche Kleine Zeitung, „Ein farbiger Auftritt ohne bunten Akzent“, 17. November 2004, Seite 16.
- ¹⁰¹ Ebenda.
- ¹⁰² Vergleiche KURIER, „VP-Edlinger unter Beschuss“, 6. Juli 2004, Seite 8.
- ¹⁰³ Ebenda.
- ¹⁰⁴ Vergleiche Kleine Zeitung, „ÖVP kommt beim Personal unter Druck“, 16. Dezember 2006, Seite 7.
- ¹⁰⁵ Vergleiche Kleine Zeitung, „Homo-Ehe: Steirische VP für Standesamt“, 10. April 2008, Seite 26.
- ¹⁰⁶ Vergleiche KURIER, „Vor der Gesamtschule muss man keine Angst haben“, 10. Mai 2007, Seite 3.
- ¹⁰⁷ Vergleiche Kleine Zeitung, „Unbekannte Juristin startet in SPÖ durch“, 29. August 2005, Seite 14.
- ¹⁰⁸ Vergleiche Kleine Zeitung, „Eine Quereinsteigerin bei der SP“, 29. August 2005, Seite 14.
- ¹⁰⁹ Vergleiche KURIER, „Ich bin das unbeschriebene Blatt“, 29. August 2008, Seite 10.
- ¹¹⁰ Vergleiche Kleine Zeitung, „Eine Quereinsteigerin bei der SP“, 29. August 2008, Seite 14.
- ¹¹¹ Vergleiche KURIER, „Ich bin das unbeschriebene Blatt“, 29. August 2005, Seite 10.
- ¹¹² Vergleiche Austria Presse Agentur, „100 Tage SPÖ-Regierung in der Steiermark“, 1. Februar 2006.
- ¹¹³ Vergleiche KURIER, „Trotz Bemühens viele Hoppalas“, 7. Juli 2006, Seite 15.
- ¹¹⁴ Vergleiche KURIER, „Landesrätin versucht sich ‚auf die leise Art‘ an der Politik“, 9. März 2006, Seite 11.
- ¹¹⁵ Vergleiche Franz Voves/Wolfgang Messner (Hg.), „Gestatten: PolitikerIn“. Persönliches, Programmatisches, Visionäres, Graz, 2007, Seite 152.
- ¹¹⁶ Vergleiche Austria Presse Agentur, „In steirischer FH Joanneum steht gröberer Umbau bevor“, 12. September 2007.
- ¹¹⁷ Vergleiche KURIER, „Finsteres Mittelalter“, 15. September 2007, Seite 14.
- ¹¹⁸ Vergleiche ORF-Online, steiermark.orf.at, „Grüne werfen Vollath Dilettantismus vor“, 18. September 2007.
- ¹¹⁹ Vergleiche KURIER, „FH Joanneum: Machtwort von Voves“, 18. September 2007, Seite 11.
- ¹²⁰ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Design- und Journalismus-Studiengänge bleiben in Graz“, 17. September 2007.
- ¹²¹ Vergleiche Kleine Zeitung, „Alles andere als ein Schnellschuss“, 2. September 2008, Seite 16.
- ¹²² Vergleiche DieStandard.at, „Mama, weißt eh: Küssen dürft ihr nicht“, 2. September 2007, <http://diestandard.at/druck/id=3011905>, Version vom 2. November 2008.
- ¹²³ Vergleiche KURIER, „Grüne Vizebürgermeisterin erst im vierten Anlauf gewählt“, 15. März 2008, Seite 16.
- ¹²⁴ Vergleiche DieStandard.at, „Mama, weißt eh: Küssen dürft ihr nicht“, 2. September 2007, <http://diestandard.at/druck/id=3011905>, Version vom 2. November 2008.
- ¹²⁵ Vergleiche www.lisaruecker.at/blog_lisa/offentliches-leben-privat-und-politisch, 1. Februar 2008.
- ¹²⁶ Ebenda.
- ¹²⁷ Vergleiche Kleine Zeitung, „Nicht im grünen Bereich“, 6. März 2007, Seite 25.
- ¹²⁸ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Grüne küren Kandidaten für Graz-Wahl 08“, 24. März 2007.
- ¹²⁹ Vergleiche Kleine Zeitung, „Grüne Rücker startet das Projekt Bürgermeisterin“, 11. November 2007, Seite 43.
- ¹³⁰ Vergleiche KURIER, „Wird nicht als Erfolg gesehen“, 19. Dezember 2007, Seite 12.
- ¹³¹ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Graz-Wahl: Grünen gelang mit neuer Frontfrau Sprung in die Stadtregierung“, 20. Jänner 2008.
- ¹³² Vergleiche KURIER, „Das Projekt macht Schule“, 4. März 2008, Seite 2.
- ¹³³ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Schwarz-grüne Koalition in Graz unterschrieben“, 3. März 2008.
- ¹³⁴ Vergleiche Austria Presse Agentur, „Erste schwarz-grüne Bilanz in Graz“, 13. Juni 2008.
- ¹³⁵ Vergleiche KURIER, „Wir sind kein absoluter Zwilling“, 29. August 2008, Seite 12.
- ¹³⁶ Hans Rauscher, Waltraud Klasnic: Eine Frau neuen Stils an der Spitze der Steiermark (Wien, 2000), verkürzt zitiert als Rauscher, Waltraud Klasnic, Seite 182 f.

Trautl Brandstaller

Amputierte Demokratie

Jede Krise trifft die Frauen stärker als die Männer



Die Gesundheit am Arbeitsplatz – eine „alte Dame“ im Wandel? Tatsächlich: Bis vor kurzer Zeit noch galten Blutdruckmessungen, Cholesterinbestimmung und das Untersuchen der Wirbelsäule als Fundamente einer konsequenten Vorsorge für die Mitarbeiter. Doch die raschlebigste Zeit, das Immerweiter, Immerschneller, Immerhöher fordert Tribut. Jetzt gilt es, vor allem der Psyche zu helfen.

Die derzeitige Wirtschaftskrise schafft mehr Frauenarbeitsplätze als Männerarbeitsplätze ab – die Frauen saßen schon vor der Krise auf den weniger stabilen, schlechter bezahlten Arbeitsplätzen. Im letzten Gender-Bericht der EU wurde Österreich massiv kritisiert – die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen sei weiter auseinandergegangen, die Zahl der Frauen in Spitzenpositionen habe abgenommen. Der Vorstoß der neuen Frauenministerin, nach dem Beispiel Norwegens eine gesetzliche Frauenquote für die Aufsichtsräte großer Unternehmen einzuführen, wurde vom Wirtschaftsminister postwendend abgeschmettert. Auch in der Politik verlieren die Frauen am schnellsten ihre Arbeitsplätze. Wenn die Mandate knapper werden, wenn der Kampf um jedes einzelne Mandat heftiger wird, bleiben die Frauen, trotz aller

formalen Quotenregelungen, auf der Strecke. Zusätzlich führt auch das Erstarken rechter Parteien mit ihrem antiquierten Frauenbild und ihren männerbündischen Strukturen zum Rückgang der Zahl weiblicher Abgeordneter. Dass bei der Zusammensetzung der Regierung inzwischen auf ein zahlenmäßiges Gleichgewicht geachtet wird, dient eher der Optik als der realen Machtverteilung. Im Zweifel bleiben die Frauen noch immer in den offiziellen „Frauennischen“ – Bildung und Gesundheit –, Männer behalten sich die „großen Themen“ – Wirtschaft und Finanzen – vor. 90 Jahre nach der Einführung des Wahlrechts für Frauen bleibt das Thema der Frauen in der Politik unvermindert aktuell. Fast hundert Jahre lang wurde diese Frage unter rein quantitativen Aspekten gestellt und darüber die qualitative Frage vernachlässigt. Ändert die Beteiligung von Frauen die Politik? Gibt es Inhalte, die nur Frauen in die Politik einbringen? Ändert eine höhere Anzahl von politisch engagierten Frauen die Methoden, den Stil der Politik?

Fragen, die an den Kern der Geschlechterproblematik gehen, Fragen, die tief in die Debatte von Emanzipation und Differenz, von biologischen und kulturell geprägten Unterschieden, von revolutionärer und evolutionärer Veränderung

in der Beziehung zwischen Frauen und Männern hineinreichen. Der Feminismus hat auf diese schwerwiegenden Fragen nicht immer eindeutige Antworten geliefert, je nach der allgemeinen politischen Stimmungslage, aber auch der jeweiligen gesellschaftlichen Orientierung der Frauenbewegung gingen die Antworten in verschiedene Richtungen.

Austausch der Werte

Als ich 1979 die französische Philosophin Simone de Beauvoir, die mit ihrem Buch „Das andere Geschlecht“ die Bibel der neueren Frauenbewegung geschrieben hat, zum Thema „männliche“ und „weibliche“ Werte befragte, plädierte sie für einen „Austausch der Werte“: „Es muss einen Austausch der Werte geben, der Werte, die durch und in der Unterdrückung erworben werden – denn es gibt ohne Zweifel Werte, die ein menschliches Wesen durch Unterdrückung erwirbt –, und den Werten der Unterdrücker. Z.B. müssen die weibliche Geduld und der weibliche Sinn für Humor erhalten bleiben. Aber gleichzeitig müssen die Frauen von den Männern deren Möglichkeit zu Aggression und Initiative übernehmen. Erst diese Einheit, dieses Ensemble männlicher und weiblicher Werte wird die neue Menschheit ausmachen, wenn es je eine neue Menschheit geben sollte.“

Der Schuss Utopie, den Simone de Beauvoir der Frauenbewegung damals attestierte, ist in den letzten dreißig Jahren, wie auch in anderen Bereichen der Politik,

weitgehend verloren gegangen: Ohne diesen utopischen Überschuss aber sind politische Veränderungen schwer möglich.

Von der utopischen Energie der frauenbewegten siebziger Jahre zehren noch heute jene Frauen, die ihren Weg in die Politik genommen haben – wie Hillary Clinton, die zwar nicht erste US-Präsidentin geworden ist, aber als Außenministerin die wohl mächtigste Frau der Welt sein wird. Ihre Rede auf der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 trug wesentlich dazu bei, die Frauenbewegung zu globalisieren. „Ich glaube, dass mit dem Beginn des neuen Jahrtausends der Zeitpunkt gekommen ist, unser Schweigen zu brechen. Es ist an der Zeit, dass wir hier in Peking für alle Welt hörbar sagen, dass es nicht länger akzeptabel ist, die Frauenrechte von den Menschenrechten zu trennen. Die Geschichte der Frau ist zu lange eine Geschichte des Schweigens gewesen. Und selbst heute gibt es noch Personen, die uns zum Schweigen bringen wollen... Die Botschaft der Teilnehmerinnen dieser Konferenz muss laut und deutlich vernehmbar sein: Ein Baby verhungern zu lassen, es zu ertränken oder seine Knochen zu brechen, nur weil es als Mädchen zur Welt gekommen ist, bedeutet, ein Menschenrecht zu verletzen. Eine Frau oder ein Mädchen als Sklavin zu verkaufen oder zur Prostitution zu zwingen, bedeutet, ein Menschenrecht zu verletzen. Eine Frau mit Benzin zu übergießen oder zu verbrennen, weil ihre Mitgift als unzureichend betrachtet wird, bedeutet, ein Menschenrecht zu verlet-

zen. Eine Frau innerhalb der Gemeinde der Vergewaltigung preiszugeben, die Vergewaltigung tausender Frauen als Kriegstaktik einzusetzen oder Soldaten wehrlose Frauen als Trophäe zu überlassen, bedeutet, ein Menschenrecht zu verletzen. Wenn zu den häufigsten Todesursachen bei Frauen zwischen 14 und 44 Jahren die Gewalt zählt, die ihnen in ihrem Heim von ihren eigenen Verwandten angetan wird, bedeutet dies, dass ein Menschenrecht verletzt wird. Ein junges Mädchen der schmerzhaften und erniedrigenden Verstümmelung der Genitalien auszusetzen, bedeutet, ein Menschenrecht zu verletzen. Einer Frau das Recht auf Familienplanung vorzuenthalten, bedeutet, ein Menschenrecht zu verletzen. Und dies schließt erzwungene Abtreibungen und Zwangssterilisationen ein. Wenn diese Konferenz eine Botschaft aussendet, so sollte es die sein, dass Menschenrechte Frauenrechte sind und dass Frauenrechte Menschenrechte sind.“

Hillary Clintons Rede wurde zu einer Art Verständigungstext für die Frauen in aller Welt; vor allem für die Frauen in Afrika, China und Indien eröffnete sie die Chance einer Solidarisierung zwischen den Frauen in den hochentwickelten Industriegesellschaften, den Schwellenländern und den armen Ländern des Südens.

Die Globalisierung der Frauenbewegung ist ein Phänomen des 21. Jahrhunderts

Dass es keinen gesellschaftlichen Fortschritt, keine Menschenrechte und keine

wirkliche Demokratie ohne volle Gleichberechtigung der Frauen gibt, diese Erkenntnis hat sich inzwischen weltweit durchgesetzt. Und jede politische Bewegung, die sich gegen die Gleichberechtigung der Frauen wendet, wird heute auch offiziell als rückschrittlich und gegen die Menschenrechte gerichtet eingestuft. Wenn der Islamismus heute den Frauen das Recht auf Bildung und Zugang zu öffentlichen Ämtern verwehren will, erweist er sich als reaktionäre Kraft. Welches Armutszeugnis für das Taliban-Regime in Afghanistan, wenn es den Mädchen, wie im Dezember 2008 verlautete, den Zugang zur Schule verbietet.

In allen Entwicklungsländern erweisen sich heute die Frauen als die wichtigsten Trägerinnen der Zivilgesellschaft. Aktiv in sozialen Vereinen, in Menschenrechtsorganisationen, in Bürgerinitiativen aller Art, sind sie für die Zivilgesellschaft unverzichtbar. In Krisen- und Kriegsgebieten kann die Gesellschaft nur durch das Engagement der Frauen in Bildung und Gesundheitsdienst überleben. Verhandlungen und Friedensgespräche sind heute ohne die Einbindung von Frauen und Frauenorganisationen kaum denkbar. Und ohne den Aufbau und die Infrastruktur einer zivilen Gesellschaft wird jeder Versuch, Demokratie aufzubauen, scheitern – was übrigens nicht nur für Entwicklungsländer, sondern auch für unsere entwickelten Gesellschaften gilt.

Manche Frauenforscherinnen propagieren die Idee, es liege an den Frauen, „die

Welt zu erlösen“, manche erhoffen sich von einem „neuen Matriarchat“ die Lösung aller Weltprobleme – ein Rückfall in ideologisches Denken, der ebenso zu kritisieren ist wie das Festhalten am Patriarchat und an patriarchalischen Strukturen. Weder das alte Patriarchat, so hartnäckig es sich auch noch in vielen Strukturen von Politik und Wirtschaft hält, noch ein neues Matriarchat führen die Menschheit an neue Ufer. Nur eine gelebte Partnerschaft kann Lösungen liefern, Partnerschaft auf allen Ebenen. Bislang wird die Partnerschaft nur für den privaten Bereich propagiert. Im öffentlichen Leben übernehmen die Frauen immer noch die Rolle der Bittstellerinnen, die Jahr für Jahr gleiche Rechte, gleichen Anteil an der Macht einfordern. In der Politik ist man von Partnerschaft noch weit entfernt.

Festzuhalten bleibt: Frauen sind weder die besseren Menschen noch die besseren Politiker. Die Beteiligung von Frauen ist daher auch noch keine Garantie für bessere Politik. Solange Frauen als Einzelkämpferinnen oder Teil einer kleinen Minderheit agieren, geraten sie immer wieder in Gefahr, männliche Verhaltensmuster zu imitieren, sozusagen „die besseren Männer“ in der Politik (z.B. Margaret Thatcher!) zu werden.

Was also kann die volle Teilhabe der Frauen an der Macht, der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Macht ändern? Zunächst ist die Teilhabe von Frauen ein elementares Erfordernis der Gleichheit, wie sie in der Erklärung

der Menschenrechte formuliert wurde. Die Teilhabe von fachlich qualifizierten und kompetenten Frauen wohlgemerkt, die es seit etwa dreißig Jahren in allen Fächern und Disziplinen gibt. Fehlende Kompetenz kann daher heute nicht mehr als Ausrede herhalten.

Erst die volle Teilhabe der Frauen an der Macht auf allen Ebenen – von der Gemeinde über das Land bis zu den überregionalen und internationalen Organisationen macht die Demokratie aus einer halben zu einer vollen Demokratie. Solange die Macht nur von Männern ausgeübt wird, solange die Hälfte der Bevölkerung von der Macht ausgeschlossen wird, bleibt die Demokratie eine Karikatur ihrer selbst, amputiert, unvollendet, eine halbe Sache. Die Demokratie muss auf zwei Beinen stehen – Männer und Frauen in gelebter Partnerschaft. Wichtigster und zukunfts-trächtigster Aspekt der vollen Teilhabe der Frauen an der Macht ist „der andere Blick“ der Frauen auf gesellschaftliche Realitäten.

Der andere Blick

„Es ist kein Zufall“, schrieb ich in meinem Buch „Die neue Macht der Frauen“, „dass im klassischen griechischen Drama die Frauen nicht nur Opfer und Objekte männlicher Macht sind; immer wieder übernehmen sie die Rolle der Kriegsgegnerinnen und Hüterinnen der Menschenrechte. Frauen wollen mit ihren ‚Waffen‘, wie Lysistrata mit sexueller Verweigerung, den Frieden erzwingen. Frauen kämpfen

wie Antigone, die gegen königliche Weisung ihren Bruder begräbt, für elementare Menschenrechte. Frieden und Menschenrechte bestimmen den anderen Blick. In der Populärwissenschaft heißt das dann ‚Männer sind vom Mars, Frauen von der Venus‘. Aber wie in jedem Klischee steckt auch im Klischee der ‚friedfertigen Frau‘ ein Körnchen Wahrheit.“

Ganz ähnlich argumentierte die deutsche Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich in ihrem Buch „Die friedfertige Frau“ (1985): „Den Frauen fällt eine besonders wichtige Aufgabe zu: Sie, die immer Unterdrückten, scheinen zunehmend ein Gespür für alte und neue Formen der Unterdrückung zu haben, für die Unterdrückung durch Technokraten und Spezialisten, für die Unterdrückung durch Hochtheoretiker und Wissenszauberkünstler, für all diese modernen verbalen Verschleierungsmanöver, hinter denen die Realität verschwindet.“ Und in einem „Spiegel“-Interview aus dem Jahr 2007 präzisierte Mitscherlich die Notwendigkeit dieses „anderen Blicks“: „Jede Gesellschaft braucht in ihren Spitzenpositionen Qualitäten, die Frauen über Jahrhunderte eingeübt haben: zuhören, mitfühlen, mütterlich beschützen“.

Wer hier meint, die Psychoanalytikerin rekurrenere damit einfach auf klassisch-biologische Geschlechtsunterschiede, verkennt Margarete Mitscherlich, eine der engagiertesten Vorkämpferinnen der Emanzipation im deutschen Sprachraum. Nicht um angeborene, genetische Unter-

schiede geht es ihr, sondern um kulturell erworbene Fähigkeiten, die durch die traditionelle patriarchalische Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau über Jahrhunderte hinweg ausgeprägt wurden, die aber durch Aufhebung der strengen Arbeitsteilung auf beide Geschlechter übertragen werden können.

Biologisch angelegt bleibt der Bezug der Frauen zu neuem Leben. Schonender, fürsorglicher Umgang mit Kindern bleibt eine „natürliche“ Qualität von Frauen. Dass aber auch Männer mit der neuen Anforderung, sich an der Erziehung der Kinder zu beteiligen, solche Qualitäten erwerben können, haben unzählige Studien und vor allem die neue gesellschaftliche Praxis erwiesen. Hier ist – zumindest in Europa – eine „soziokulturelle Revolution“ in Gang gekommen, wie es die französische Philosophin Elisabeth Badinter genannt hat.

Beziehung zu neuem Leben inkludiert auch Beziehung zu Natur und Ökologie. Die ökologische Verantwortung der Frauen ist in der Regel stärker ausgeprägt als die der Männer, die in ihren jahrhunderte langen Domänen der Technik und Industrialisierung der Welt gefangen sind. Der von Beauvoir geforderte Austausch der Werte ist hier besonders notwendig. Im Übrigen scheint es auch kein Zufall, dass in den grünen Parteien die Frauen von Anfang an gleich stark vertreten waren wie die Männer.

Frauen sind dank ihrer langen Verdrängung aus dem öffentlichen Raum sen-

sibilisiert für soziale Beziehungen. Ohne Macht gestaltet sich der Umgang mit Mitmenschen reibungsfreier, Organisations- und Managementtalent im Umgang mit Familie und Nachbarn sind besser ausgebildet. Soziale Empathie ist eine positive Folge des Ausschlusses von der Macht.

Wer nicht im Netzwerk der Macht verfangen ist, reagiert insgesamt hellhöriger auf Krisensymptome und beginnende Fehlentwicklungen. Während in den Entwicklungsländern die Frauen als aktive Mitglieder der Zivilgesellschaft die notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau der Demokratie schaffen, sind sie in den entwickelten Gesellschaften des Westens, in den USA und Europa, wacher und empfindlicher für die Krisenerscheinungen der westlichen Demokratie. Die wachsende Entfremdung zwischen Regierung und Regierten, zwischen der politischen Klasse und den Bürgern, wird von jenen, die im öffentlichen Raum unzureichend vertreten sind, früher und stärker wahrgenommen. Die Teilhabe der Frauen auf allen Ebenen der Politik, das Einbringen des „anderen Blicks“, eines anderen Zugangs zur gesellschaftlichen Realität ist, wie gesagt, noch keine Garantie für eine bessere Politik. Aber das Ende der männlichen Vorherrschaft, das Ende der Politik als männliche Domäne ist eine Chance für eine solche bessere Politik.

Eine neue Partnerschaft von Frauen und Männern im privaten wie im öffentlichen

Raum eröffnet Möglichkeiten, neue Themen auf die politische Agenda zu setzen und die Demokratie insgesamt zu erneuern. Die wirtschaftliche Krise, die die Grundlagen der westlichen Demokratie zu zerstören droht, die Kriegsgefahren im Mittleren und Nahen Osten, auf die weder die USA noch Europa derzeit eine überzeugende Antwort anzubieten haben, und der drohende Klimakollaps fordern von allen mehr politische Kreativität und mehr soziale Phantasie, als sie die derzeitigen Machthaber aufbringen.

Chancen nutzen

„Die volle Teilhabe der Frauen an der politischen Macht“, so die Schlussworte meines schon zitierten Buches, „ist auch eine Chance, neue Prioritäten und neue Werte in den entwickelten Staaten sowie den Schwellen- und Entwicklungsländern durchzusetzen. Eine Chance für die ‚Neuerfindung der Weltgesellschaft‘, d.h. für die Revolutionierung unseres Konsum- und Energieverhaltens, unserer Ernährungs- und Wohngewohnheiten, unserer Arbeits- und Verkehrsverhältnisse, wie sie die meisten Wissenschaftler angesichts der Lage des Planeten für notwendig halten. Die volle Teilhabe der Frauen an der politischen Macht könnte einen Beitrag dazu leisten. Sie ist eine Chance für die Änderung der politischen Agenda. Und jede Chance in diesen unruhigen Zeiten ist es wert, genutzt zu werden.“ ■

Heidrun Silhavy

Wir Frauen müssen Chancen nützen



Einleitend möchte ich meine persönliche Motivation, politisch aktiv zu sein, kurz darstellen. Einerseits sind da die Grundwerte eines solidarischen Gesellschaftsmodells, die mich – bereits in jungen Jahren – von der SPÖ überzeugt haben. Andererseits geht es mir darum, den Gleichheitsaspekt unter dem erlebten Frauendasein immer wieder einer Überprüfung zu unterziehen – und damit auch politische Forderungen zu erheben, um gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen.

Für mich zählt Frau in der Politik nicht als biologisches Faktum, sondern als gesellschaftlicher Wert. Darum halte ich auch Statistiken für nur bedingt aussagekräftig, da sie üblicherweise nur über die Verteilung der Geschlechter im biologischen Sinn Auskunft geben. Ich wurde schon oft gefragt, ob es mir nicht zu denken gäbe, dass Frauen aus konservativen Parteien häufig schon früher hohe Funktionen einnehmen, als Frauen in der SPÖ, z.B. Landeshauptfrau. Ich bin ob dieser Fragestellung immer wieder überrascht: Selbstverständlich ist es leichter in einem System eine höhere Funktion inne zu haben, wenn damit das System gestützt wird und keine strukturellen Veränderungen den geltenden Machtverhältnissen bedrohlich werden.

Es geht aber gerade darum, Machtpositionen für strukturelle Veränderungen zu nutzen. Gioconda Belli schreibt in dem Buch „Bewohnte Frau“: „Ich hatte einen Körper der fähig war, Leben zu schenken und den Schmerz der Geburt zu ertragen. Ich verstand es, zu kämpfen, war ihnen ebenbürtig mit Pfeil und Bogen und konnte außerdem kochen und ihnen in den Nächten der Feste vortanzen. Doch sie schienen diese Dinge nicht sehr zu schätzen. Sie ließen mich außer acht, wenn es um die Zukunft ging oder darum, Entscheidungen über Leben und Tod zu fällen. Und alles wegen dieser kleinen Mulde, dieser klopfenden Blume von der Farbe einer Nispero-Frucht, die ich zwischen den Beinen trug.“ Bis zu einem gewissen Grad ist dieses Zitat noch immer aktuell.

Heute gibt es viele Frauen, die auf Grund ihrer Ausbildung durchaus entsprechende Berufskarrieren und Aufstiegschancen vorfinden, aber dennoch nicht in jene Positionen vordringen, wo sie tatsächliche Entscheidungsgewalt für Veränderungen haben. Ein Beispiel dafür ist die Verteilung von GeschäftsführerInnenpositionen, 29 Frauen von gesamt 626 bzw. Aufsichtsratsfunktionen in Unternehmungen, wo der Frauenanteil unter 9 % liegt (AK Studie 2008). Selbst wenn all diesen Frauen

ein frauenpolitisches Bewusstsein unterstellt wird, zeigen die Zahlen deutlich, wie gering tatsächliche strukturelle Veränderungen bei diesen Machtverhältnissen möglich sind. Auch wenn es zunehmend mehr selbstbewusste, emanzipierte Männer gibt, die frauenpolitische Anliegen ganz oder oftmals zumindest partiell unterstützen, wird niemand uns frauenpolitischen Frauen diese Aufgabe abnehmen, die Aufgabe, aufzuzeigen und Veränderungen zu wollen.

Insofern ist es eine bedeutsame Frage, wie stark Frauen in den politischen Entscheidungsgremien präsent sind, auch wenn nicht allen Frauen eine tatsächlich frauenemanzipatorische Haltung unterstellt werden kann. Die Zahlen zeigen von einem zähen und langwierigen Prozess, der immer wieder von Rückschlägen begleitet ist.

So ist der Anteil von Bürgermeisterinnen bei 542 steirischen Gemeinden mit 22 unter 5 %. In der Steiermärkischen Landesregierung sind 22 % und im Landtag 25 % Frauen. Im Nationalrat sind in der gegenwärtigen Gesetzgebungsperiode gerade 52 von 183 Abgeordneten Frauen. Hier wurde überhaupt erst 1986 der 10 % Anteil überschritten. Der bislang höchste Frauenanteil wurde 2002 mit 33,9 % erreicht, seither ist die Tendenz sinkend. Im Bundesrat hingegen wurde schon früher ein 10 %-iger Vertretungsanteil durch Frauen erreicht, jedoch konnte hier die 30 %-Hürde noch gar nicht überschritten werden. Bedenkt man dazu noch die

frauenpolitisch unterschiedlichen Werthaltungen der Parteien, so wundert es wenig, warum wir uns noch immer in einer gesellschaftspolitischen Schieflage befinden.

Frauenpolitische Blickwinkel

Als Vorteile von Frauen in der Politik möchte ich meine Erfahrungen mit den Bundesministerinnen Maria Berger und Claudia Schmied einbringen. Beide hatten in der vergangenen Legislaturperiode zwei gesellschaftspolitisch wichtige Ressorts inne. Für beide war der frauenpolitische Blickwinkel im Rahmen des politisch Umsetzbaren eine Selbstverständlichkeit. Ob es um gendersensible Pädagogik, um Betreuungsformen oder auch um Mobilitätsfragen ging, in Claudia Schmied fand Frau eine Verbündete. Gleiches galt für Maria Berger beispielsweise in allen Fragen zum Thema Gewaltschutz, Antidiskriminierung, aber auch in Familienrechtsfragen. Ich möchte aber auch die Staatssekretärinnen Christine Marek, die den Arbeitsbereich übertragen bekommen hatte und Christa Kranzl, die im Forschungsbereich frauenpolitische Akzente setzte, hier durchaus als Bündnispartnerinnen für Frauenanliegen hervorheben. Mit der Verankerung eines nationalen Aktionsplans für Gleichstellung im aktuellen Regierungsprogramm und der Koordinationsfunktion im Frauenministerium sollte es erstmals gelingen, wirklich messbare Standards zu erzielen und zugleich auch öffentlich auf Defizite und den dar-

aus resultierenden Handlungsbedarf hinzuweisen.

Besondere Herausforderungen im frauenpolitischen Sinn gibt es zahlreiche. Beispielsweise ist die Frage zu lösen, wie es nachhaltig gelingt, eine – demokratiepolitisch unumstrittene – Geschlechterparität in allen politisch relevanten Bereichen zu verankern. In der SPÖ gibt es eine „verbindliche Quote von 40 % des jeweilig unterrepräsentierten Geschlechts“, deren Nichteinhaltung keinerlei Folgewirkung zeigt und damit de facto an Verbindlichkeit verliert. Der Appell an vorhandenes Unrechtsbewusstsein ist jedenfalls kein probates Mittel zur Erreichung des vorgegebenen Zieles.

Strukturveränderung durch Gender-Mainstreaming?

Es fehlen noch die Erfahrungswerte, ob es durch Gender-Mainstreaming gelingt, Strukturen tatsächlich so zu verändern, dass sie ein mehr an Geschlechtergerechtigkeit bedeuten. Besondere Bedeutung kommt dabei meines Erachtens dem Gender-Budgeting zu.

Die Beantwortung der Frage, wem kommen welche Budgetausgaben zugute und wie wirkt sich dies auf Lebensumstände aus, scheint mir eine gute neue Methode der Politikbewertung zu sein. Wird mehr in strukturkonservative und damit in die Erhaltung geschlechtsstereotyper Rollen investiert, oder werden die Mittel für ein mehr an Chancengleichheit verwendet? Doch auch hier hängt die Fra-

ge der Bewertungsqualität von den Beurteilungsstandards ab, die zum Teil noch erarbeitet werden und auch öffentlich und transparent für die Bevölkerung sein müssen. Bis zu welchem Grad soll die Verfestigung von Geschlechterstereotypen hingenommen werden, weil sie z.B. der Armutsvermeidung dienen (z.B. Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Pensionsversicherung), also Reparaturmaßnahmen für die Vergangenheit sind? Wie können diese dennoch so gestaltet werden, dass Rollenzuschreibungen nicht in alle Ewigkeit fortgesetzt werden? Mit diesen Fragen werden wir uns wohl noch eine Zeit lang auseinandersetzen müssen. Gender-Budgeting kann, richtig definiert, wohl ein neues Hilfsmittel zur Beantwortung dieser Fragen sein.

Zugleich gilt es auch, Widersprüche in sich aufzulösen. Das Bekenntnis zu solidarischen Systemen – beispielsweise in der Sozialgesetzgebung – steht in der derzeitigen Gestaltung teilweise im Widerspruch mit dem Wunsch nach individuellen Ansprüchen, die aus emanzipatorischer Sicht wiederum erstrebenswert sind (z.B. Ausgleichzulagenrichtsatz in der Pensionsversicherung). Letztlich geht es immer um Verteilungsfragen. Um die Verteilung von Macht, Geld, Sicherheit, Chancen usw.

Es geht daher auch um Fragen, wie ein Sozialsystem finanziert wird und welche Ansprüche sich daraus für wen ergeben. Primär geht es für Frauen aber um Eigenständigkeit und ein selbstbestimm-

tes Leben und damit unmittelbar um die Erwerbsmöglichkeiten und Einkommenschancen von Frauen. Es ist nahezu unfassbar, dass wir uns nach wie vor mit Themen wie Einkommensdiskriminierung und Arbeitsmarktsegregation befassen müssen. Dazu kommen neue Benachteiligungen auch im Zusammenhang mit Migration, mangelnder Technikaffinität und neuem Analphabetismus. Dennoch wirken immer ähnliche Mechanismen, die Frauen in Rollenstereotypen zwingen und damit Grundsteine der Diskriminierung legen. Es sind immer gesellschaftliche und auch strukturelle Bereiche, die Frauen mehr gleiche Chancen einräumen oder eben benachteiligen. Darum ist es so wichtig, dass Frauen sich in allen Bereichen des Lebens und damit auch in der Politik aktiv einbringen und gestalten.

Wichtig sind auch Vorbilder und vor allem ist es unsere Aufgabe, Frauen dazu zu befähigen, sich ihres Wertes bewusst zu werden und zu sein. Immer dann, wenn es an einigermaßen befähigten Männern mangelt, erlangen Frauen Positionen, die ihnen sonst vorenthalten bleiben, auch wenn sie die besseren Fähigkeiten dafür haben.

Zugleich bietet der ganzheitliche Zugang, den Frauen häufig haben, auch insgesamt

gesellschaftlich neue Chancen. Diversity Managing und Social Response gelten als moderne Unternehmenskulturen, im Alltag von Frauen oftmals Selbstverständlichkeiten.

Die Carnegie Mellon University berichtet über die positive Veränderung in der Studienkultur Informatik nachdem, als Ergebnis eines Frauenförderungsprogramms, der Frauenanteil auf 40 % gehoben wurde. Ich bin überzeugt davon, dass bei den immer komplexeren Themen und Problemen unserer Gesellschaft die Fähigkeiten von Frauen in Politik und der gesamten Gesellschaft immer stärker gefragt sind. Meine Erfahrungen in Politik und Gesellschaft zeugen von einem offenbar Parteigrenzen und Sozialstatus übergreifenden männlichen Grundkonsens hinsichtlich der Gestaltung unserer Gesellschaft, und dieser ist ein strukturskonservativer. Wir Frauen müssen aber die Chancen nutzen, um die Gesellschaft auch im frauenpolitischen Sinn gerechter zu gestalten. Das vor 90 Jahren durchgesetzte Frauenwahlrecht gibt uns dafür ein demokratisch legitimes Machtinstrument! Wir Frauen müssen uns dieses Instrumentes stärker bewusst sein, sowohl als Wählerinnen als auch als Aufforderung selbst politisch aktiv zu werden. □

Beatrix Karl

Erfahrungen als „Frau in der Politik“



Meine Erfahrungen in der Politik dauern zwar noch nicht lange, sie sind aber sehr positiv und ich möchte sie nicht missen. Den Weg in die Politik habe ich nicht bewusst geplant, obwohl ich schon vor meinem aktiven (politischen) Engagement an politischen Themen sehr interessiert war. Wenn man Teil der Zivilgesellschaft ist, kann man an solchen Themen eigentlich nicht unberührt vorbeigehen.

Ich wurde im Jahr 2005 vom steirischen Landeshauptmann Waltraud Klasnic „in die Politik geholt.“ Sie hat mir angeboten, für die damalige Landtagswahl zu kandidieren und ich habe dieses Angebot sehr gerne angenommen. Damit war ich eine der fünf neuen Kandidatinnen der Steirischen Volkspartei für die Landtagswahl 2005. Ende August 2005 hat Waltraud Klasnic Relly Niederl, Lisl Leitner, Barbara Wolfgang-Krenn, Elisabeth Meixner und mich in einer Pressekonferenz präsentiert. Die Fragen, die wir dort von den Journalisten und der interessierten Öffentlichkeit gestellt bekamen, gingen vor allem in zwei Richtungen: Zum einen, ob wir denn überhaupt wissen, was es bedeutet, die Funktion einer Landtagsabgeordneten auszuüben, und zum anderen, ob uns klar sei, dass wir wohl nur deshalb aufgestellt worden wären, weil wir Frauen sind. Un-

missverständlich waren etwa die Fragen, ob wir jemals an einer Landtagssitzung teilgenommen haben und was wir von Quotenregelungen halten. Ich musste sofort an eine Veranstaltung im Rahmen der letzten Wahl für die Funktion des österreichischen Bundespräsidenten im April 2004 denken, als die damalige Kandidatin Frau Dr. Benita Ferrero-Waldner vom Moderator gleich zu Beginn gefragt wurde, nach welchen Kriterien sie in der Früh ihre Kleidung auswählt. Dr. Ferrero-Waldner hat geantwortet: „Einem Mann hätten Sie diese Frage nicht gestellt.“ Wenn Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic Ende August 2005 fünf neue Männer als Kandidaten für die Landtagswahl präsentiert hätte, hätten die dort gestellten Fragen wohl auch anders gelaute.

Wie auch immer, die Landtagswahl 2005 war für uns fünf „Neue“ leider nur mäßig erfolgreich – nur eine von uns hat den Einzug in den Steiermärkischen Landtag geschafft.

Nachdem mich eingangs eine Frau in die Politik geholt hat, war es in weiterer Folge ein Mann, der mich unterstützt und gefördert hat. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer hat mir im Jahr 2006 die Möglichkeit geboten, für den Nationalrat zu kandidieren. Mit Ridi Steibl, Barbara Riener, Adelheid Fürntrath

und mir hat Hermann Schützenhöfer auf der Landesliste der Steirischen Volkspartei für die Nationalratswahl 2006 insgesamt vier Frauen auf den ersten zehn Listenplätzen positioniert. Das war damals ein Novum, das mit Erfolg belohnt wurde, denn wir vier haben alle den Einzug in den Österreichischen Nationalrat geschafft. Seit damals darf ich eine von vielen weiblichen Interessenvertreterinnen „im Haus am Ring“ sein.

Ausgewogenes Geschlechterverhältnis

Auch bei der letzten Nationalratswahl 2008 hat Hermann Schützenhöfer bei der Listenerstellung auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet. Nur dadurch war es möglich, dass vier der insgesamt neun steirischen Nationalratsabgeordneten Frauen sind. Damit hat Hermann Schützenhöfer sein bei der Wahl zum Landesparteiobermann der Steirischen Volkspartei gegebenes Versprechen, sich für die Frauen einzusetzen, bisher bei jeder Gelegenheit gehalten. Dies zeugt von Verlässlichkeit und Pakttreue, zwei für eine erfolgreiche Politik essentielle Eigenschaften.

Dass die Unterstützung und Förderung von Frauen keineswegs selbstverständlich ist, zeigt ein kurzer Blick auf die Nationalratsabgeordneten einiger anderer Bundesländer. So sind etwa die Oberösterreichische und die Salzburger Volkspartei im Österreichischen Nationalrat ausschließlich durch Männer vertreten.

Verfehlt wäre es aber meines Erachtens,

auf die geringe Zahl von Frauen in der Politik mit einer verpflichtenden Quote zu reagieren. Viel wichtiger ist es, Frauen, die die nötige Eignung und Leistungsbereitschaft aufweisen, dazu zu ermutigen, in die Politik zu gehen und sie bei diesem Schritt zu fördern und zu unterstützen, wie es etwa Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer und die Frauenbewegung tun. Dies ist mutig und verlässlich, und wird – wie die Erfahrung zeigt – von der Bevölkerung positiv aufgenommen.

Die Vertretung der Interessen von Frauen in der Politik ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil Männer und Frauen einen anderen Erfahrungshintergrund haben. Diese unterschiedlichen Hintergründe sollen in den politischen Diskurs eingebracht werden. Das bedeutet aber weder, dass man sich als Frau zwangsläufig und ausschließlich frauenpolitischen Themen widmen muss, noch, dass Frausein allein genügt.

Frauenpolitik ist nicht Familienpolitik

Ein nach wie vor bestehendes Defizit sehe ich darin, dass Frauenpolitik sehr häufig mit Familienpolitik gleichgesetzt wird. Dabei ist Frauenpolitik eine „Querschnittsmaterie“, die in allen Lebensbereichen in unterschiedlicher Ausprägung von Relevanz ist. In diesem Sinne lässt sich – dem irischen Schriftsteller Oscar Wilde folgend – festhalten, dass „der wachsende Einfluss der Frauen das einzig Beruhigende an unserem politischen Leben ist.“ ■

Maria Mosbacher

Viele engagierte Frauen für die Politik



Ehrlich gesagt, wenn mich vor knapp 20 Jahren jemand gefragt hätte, ob ich in die Politik einsteigen will, ich hätte keine Antwort gewusst. Erstens, weil ich mit Politik an und für sich nichts zu tun hatte – ich ging wählen, ich kannte Kreisky und ich wusste, dass mein Vater einmal Gemeinderat und Pensionistenobmann war – und zweitens, ich hätte es mir nicht zugetraut. Begonnen hat dann alles 1991, als ich zur Betriebsrätin gewählt wurde. Von da an wusste ich, du kannst gestalten, du kannst was bewegen.

So hat es sich dann ergeben, dass ich 1995 Gemeinderätin wurde. Von Anfang habe ich mich in dieser Funktion wohl gefühlt, weil ich mit jungen und mit älteren Menschen zu tun habe. Ich betrachte es als Privileg, sich für Menschen zu engagieren, sich mit Menschen in ihren unterschiedlichsten Prägungen, Ansichten, Bedürfnissen etc. zu unterhalten, zu diskutieren und ihnen bei Bedarf in irgendeiner Form helfen zu können.

Rahmenbedingungen schaffen

Als Kommunalpolitikerin kann ich gewiss keine Berge versetzen, aber ich kann Rahmenbedingungen schaffen. Ich bekomme Informationen, die ich ansonsten nicht erhalten würde, ich kann

Netzwerke knüpfen, kann zu Problemlösungen beitragen und ich habe auch Gestaltungsmöglichkeiten. Menschen zu motivieren, sie für eine Sache zu begeistern, das empfinde ich immer wieder als eine Herausforderung, die ich liebe. Wenn mich Leute fragen, wie ich alle meine politischen Funktionen schaffe, dann antworte ich ihnen ganz einfach „Ich mag die Menschen“.

Es gibt auch Nachteile

Selbstverständlich gibt es auch genug Nachteile, wenn man politisch tätig ist. Ich habe ständig das Gefühl, dass ich der Zeit hinterher renne, die Familie muss des Öfteren auf mich verzichten, die Freundschaftspflege wird schwierig und für sich selbst hat man am wenigsten Zeit. Oft macht sich auch Schlafmangel bemerkbar, da einem ständig Gedanken durch den Kopf schwirren, man fühlt sich manchmal ausgelaugt und stressig (man will ja alles perfekt machen – Haushalt, Familie und Politik – gelingt eh nicht) und man ist viel mit dem Auto unterwegs zu Sitzungen, Veranstaltungen.

Man muss auch nein sagen können

Aber mit der Zeit lernt man damit umzugehen, und es gelingt mir schon des Öfteren auch „NEIN“ zu sagen.

Neben den täglichen Herausforderungen im politischen Alltag wird es immer mein Bestreben bleiben, mich für die Menschen einzusetzen, die, wie auch immer, den Anforderungen unserer „jetzigen Gesellschaft“ nicht mehr Folge leisten können und somit als nicht „gesellschaftsfähig“ gelten. Hier werde ich weiterhin versuchen, den Betroffenen konkret zu helfen. Für mich ist es Verpflichtung, jedem Menschen die nötige Wertschätzung entgegen zu bringen.

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass Frauen selbstbewusster werden, um ihre Positionen, die ihnen zustehen, in der Gesellschaft wahrzunehmen.

Ich bin mir sicher, würden die Frauen mehr Selbstbewusstsein haben, würden sie mehr fordern und damit auch die eigenen Wünsche mehr durchsetzen. Daher ist es mein größter Wunsch, viele engagierte Frauen für die Politik zu gewinnen. Vielleicht kann ich ein wenig Vorbild sein. □

Kristina Edlinger-Ploder

Ansichten und Einsichten...

Nachdenken über Politik



Wir glauben zwar, Erfahrungen zu machen, aber die Erfahrungen machen uns – ein sehr schöner Satz, copyright bei Eugène Ionesco. Die wenigsten Akteure innerhalb der Staatsführung hatten schon als kleines Kind den überzeugten Berufswunsch oder Willen in die Politik zu gehen. So war es auch bei mir. Mein Ziel als Studentin war Staatsanwältin zu werden, das zeigt: Ich wusste zwar was ich wollte, habe es aber schließlich nicht umgesetzt, denn das Leben sendet oft Wege und Signale, die eine präzise Planung außen vor lassen, und dabei kündigen sie natürlich auch nicht an, ob sie sich als Erfüllung oder als Albtraum zu entwickeln beabsichtigen. Vor solchen Weggabelungen stehen wir schließlich alle und alle immer öfter in einer schnelllebigen Zeit.

Zu meinem Zugang möchte ich an dieser Stelle aber noch Max Weber ins Treffen führen, der 1919 in seinem Essay „Politik als Beruf“ folgendes so treffend formulierte: *„Die Politik bedeutet ein starkes langsame Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Es ist ja durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Un-*

möglichen gegriffen worden wäre. Aber der, der das tun kann, muss ein Führer und nicht nur das, sondern auch - in einem sehr schlichten Wortsinn - ein Held sein. Und auch die, welche beides nicht sind, müssen sich wappnen mit jener Festigkeit des Herzens, die auch dem Scheitern aller Hoffnungen gewachsen ist, jetzt schon, sonst werden sie nicht imstande sein, auch nur durchzusetzen, was heute möglich ist. Nur wer sicher ist, dass er daran nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, das er all dem gegenüber: ‚dennoch‘ zu sagen vermag, nur der hat den ‚Beruf‘ zur Politik.“

Starke Frauen, starke Entscheidungen...

Der erste Schritt auf dem Weg in die Politik war eigentlich vielmehr ein Schubser. Einer kurzen, zufälligen Begegnung mit der damaligen Landeschefin Waltraud Klasnic folgte bald ein längeres Einstellungsgespräch und ich wurde in das Büroteam der Grazer Burg aufgenommen. Als Referentin für mehrere Bereiche u.a. Europa, konnte ich erste Gehversuche im Rahmen von Verwalten und ja auch Gestalten unternehmen. Ich möchte gar nichts weich zeichnen, die An- und Herausforderungen waren anfangs groß und

daher die Nächte vor dem Computer entsprechend lang, jedoch daran wächst und lernt man, eben mit den Aufgaben. Die dabei antreibende Motivation und breite Zuversicht war im Rückblick ganz sicherlich das spürbare Vertrauen, einer starken Frau, die in mir schon viel mehr gesehen hat, als ich es mir selber zugetraut hätte. Diese Lehrjahre waren intensiv und unvergesslich und heute sehe ich darin auch ein Stück meiner Verantwortung: Vertrauen einzusetzen damit Potential frei werden kann.

Sturm und Drang...

Bekanntlich ist das Feld der Politik immer noch ein martialisches, wenig gegender-tes Gebiet. So habe ich selbstverständlich auch Erfahrungen gemacht, die eine junge Mutter von zwei Kindern schon in schlimme Momente bringen. Zurufe von ‚Kinder und Karriere, wie soll das gehen‘ blieben demgemäß nicht aus. Aber in welchem Beruf auch immer, habe ich für mich die Lebensform sowohl-als-auch und nicht entweder-oder gewählt. Das gesamte Geschlechterverhalten ist im Umbruch - muss neu definiert, aber vor allem von der Gesellschaft auch akzeptiert und gelebt werden. Veränderungen bringen Erwartungen mit sich – die lassen sich nicht verordnen, reglementieren. Wir sollten daher die Wege für individuelle Lebenskonzepte unterstützen – denn eine glückliche Ehe, Partnerschaft, Beziehung hat eben viele Gesichter und hoffentlich auch viele Kinder. Die

einzigste Möglichkeit ist, nicht dem Druck des Perfektionismus zu unterliegen. Im Laufe meines Lebens ist so viel Unvorhergesehenes passiert, im Guten wie im Schlechten. Man lernt mit der Zeit Prioritäten zu treffen, und siehe da, die Welt läuft weiter. Heute mache ich mir erst Sorgen, wenn die Situation es erfordert, habe aber aufgehört, alle Unwägbarkeiten schon im Vorfeld beseitigen zu müssen, oft treten diese nämlich gar nicht ein. Abgesagte oder verschobene Termine, die z.B. aufgrund der Krankheit eines Kindes entstanden sind, konnten immer noch gelöst werden. Und es gibt immer noch jemanden, der dir Hilfe anbietet, man muss sie nur annehmen. „Solvitur ambulando“ hat sich bei mir zu einem Leitspruch entwickelt – man könnte es aber auch in einen Kalenderspruch verwandeln – es gibt immer ein Weiter – und morgen auch noch einen Tag. Wenn wir Frauen uns gegenseitig besserwisserisch beäugen im Hinblick darauf, wie gut jede (andere) in ihrer, wie ich meine, individuellen Rolle als Mutter zu sein hat, vermögen wir die Gräben und gesellschaftlichen Urteile nicht zu verändern. Generalisierungen wie: ‚Eine Frau, die Karriere macht, kann keine gute Mutter sein‘ oder ‚Die Frau, die zu Hause bleibt, ist zu faul, sich in einem anderen Beruf zu beweisen‘ sind zu einfach, als dass es sich Frau gefallen lassen muss. Kann Frau nicht akzeptieren, dass beides gut sein kann und darf? Fest steht, die Mutter als Beziehungsanker und Auffangnetz ist

nicht austauschbar, das Knüpfen dieser Knoten zu meinem Kind ist aber nicht Gegenstand von politischer oder finanzieller Verordnung, das gehört mir und meinen Kindern ganz alleine.

It's a man's world...?

Begonnen hat meine politische Laufbahn mit einem Wunschressort – Bildung, Familie, Frauen & Jugend. Aber auch wenn die Arbeit und mancher Erfolg besonders waren, sind es doch immer wieder sehr emotionale Diskussionen, die in Wahrheit an persönliche Grenzen stößt, gerade wenn man diesen Themen so verbunden ist. Die politische Realität hat mich in den weiteren Jahren mit dem Finanzressort (2004) und seit Ende 2005 mit Verkehr & Technik, Wissenschaft & Forschung in neue Gebiete

geführt, die anfangs zu vielen Zweifeln Anlass gaben.

Rückblickend gesehen, waren gerade Herausforderungen gepaart mit durchaus positiven Entwicklungen in diesen männlich dominierten Fachbereichen besonderes angetan, Mut und Selbstvertrauen in der eigenen Arbeit zu finden. Es ist durchaus auch eine persönliche Bereicherung, in Felder vorzudringen, die einem anfangs nicht vertraut sind und gemeinsam mit dem Team der Verwaltung zu neuen Lösungen zu kommen.

In meiner bisherigen Laufbahn habe ich viel an Vertrauen und Chancen am Mitgestalten erfahren, die ich hoffentlich oft zurückgeben kann, und es ist eine erfüllende Aufgabe, in der Landesregierung des schönsten Landes der Welt arbeiten zu dürfen. □



PORR. Wir bauen für Menschen.

Porr GmbH
Niederlassung Steiermark
Thalerhofstraße 88 | A-8141 Unterpremstätten

Tel. 050 626-3300 | Fax 050 626-3280
filiale.stmk@porr.at | www.porr-stmk.at

Bettina Vollath

Warum Politiker nicht zuhören und Politikerinnen (sich) schlecht einparken

Mitten aus dem Leben mitten in die Politik.



Bedenkzeit habe ich mir erbeten. Damals, im Sommer 2005, als mir der steirische SPÖ-Vorsitzende Franz Voves das Angebot gemacht hat, in sein Team für die bevorstehende Landtagswahl zu wechseln. Das Angebot kam für mich völlig überraschend. Ich hatte Franz Voves Jahre zuvor zuletzt getroffen und keinerlei Kontakt mehr zu ihm gehabt.

Ich bekam eine Woche Entscheidungsfrist

Ein positives Bauchgefühl war sofort da. Eine politisch denkende Frau war ich schon lange. Aber ich war auch Rechtsanwältin, seit meiner Scheidung vor nunmehr acht Jahren alleinerziehende Mutter von drei Burschen, und Langeweile war schon vor der politischen Karriere ein Fremdwort. Und dann ist es für eine Frau am Weg in die Politik eben absolut notwendig, einige wichtige Rahmenbedingungen zu klären. Vor allem als Mutter von drei Kindern. Hätten mir meine Eltern nicht versprochen, mich bei diesem Schritt zu unterstützen, wäre die Verantwortung als Landesrätin bis heute unmöglich vereinbar mit jener als Mutter. Eine Hürde, die manche männliche Kollegen leichter überwinden.

Die erste Herausforderung in meinem neuen politischen Leben war gleich der Höhepunkt jedes demokratischen Prozes-

ses: der Wahlkampf.

Ein Wahlkampf für eine neue Steiermark. Mit mir als der Frau im SPÖ-Team. Aber auch ein Wahlkampf gegen eine Frau, gegen Waltraud Klasnic, die erste weibliche Chefin eines Bundeslandes unserer Republik. Eigentlich ja ein Meilenstein, aber: Frau sein alleine ist bekanntlich noch kein Programm. Und Frau Klasnic ließ sich ja ganz bewusst immer als „Landeshauptmann“ bezeichnen. Noch heute sind weibliche Formen und Ämterbezeichnungen in vielen Köpfen weiße Flecken. Muss ich wirklich immer danken, wenn ich mit „Grüß Gott, Frau Landesrat“ begrüßt werde? Das war doch früher einmal die „Frau vom Landesrat“. Oder nimmt man(n) Frauen auch heute noch nicht ganz ernst in der Politik? Ist es nicht komisch, wenn die Frau Redakteurin der neben mir sitzenden „Frau Minister“ eine Frage stellt? Ich warte noch darauf, dass es irgendwann einmal schafft, mich als „Frau Frauenlandesrat“ anzusprechen. Tja, vielleicht doch ein zweifelhaftes Erbe der „Frau Landeshauptmann“...

„Gut, dass ich auf der anderen, der progressiven Seite der Gesellschaft stehe“, denkt sich die frisch gebackene Kandidatin, die designierte Landesrätin. Die Sozialdemokratie war Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht, für Gleichberechtigung, für Emanzipation. Aber auch sozialdemo-

kratische Köpfe können alte Denkmuster in sich tragen. Genauso wie weibliche Köpfe. Da kann es mir schon einmal den Magen umdrehen, wenn die Moderatorin einer Wahlkampfveranstaltung die Basis mit dem Appell nach Hause schickt, die Frauen mögen noch ordentlich bei den Lunchpaketen zugreifen, dann bräuchten sie daheim nichts kochen. Oder kennen sie den? „Wir“, sagt der aufgeschlossene Steirer, „haben daheim Halbe/Halbe: Ich habe die Küche gekauft, meine Frau kocht!“ Ja, ich bin gerne Frauenlandesrätin. Da gibt es noch genug zu tun in der Steiermark!

Warum Politiker nicht zuhören

In die Politik gehen Menschen, die etwas zu sagen haben. Männer, die unsere Gesellschaft beeinflussen wollen. Zuhören gehört da nicht unbedingt zu den großen Stärken vieler „gelernter“ Politiker. Das fällt auf. Mir als Frau und als Quereinsteigerin. Als einer Politikerin, deren Selbstverständnis es ist, ohne Vorurteile an Herausforderungen heranzugehen und anhand von sachlichen Argumenten die richtigen Lösungen zu entwickeln. Irgendwo verliert man(n) im Durchlaufen der Stationen und Gremien, dem ständigen Wiederholen und Schärfen eigener Standpunkte diesen vorurteilsfreien Zugang. Wohl auch die Lockerheit. Erlebte Beispiele verkneife ich mir, es ist dies auch alles andere als ein Pauschalurteil. Und beileibe keine Sache der männlichen Politiker allein. Dass Frauen generell bes-

ser zuhören können als Männer ist ja auch nicht mehr als ein Vorurteil.

Warum (sich) Politikerinnen schlecht einparken!

Dass mit dem Einparken und den Frauen hingegen trifft in der Politik auf jeden Fall zu. Zumindest, wenn man Einparken im Sinne von „sich seinen Platz sichern“ und sich zu positionieren sieht. Frauen trauen sich auch heute noch zu wenig zu. Vor allem dort, wo es um die Spitzenpositionen geht. In der Politik, in der Wissenschaft, in der Wirtschaft. Oft ist es mir in den vergangenen Jahren so erschienen, als würden es geeignete Frauen gar nicht wagen, sich für Jobs zu bewerben, für die Männer wie selbstverständlich vorstellig werden. Der Lichtblick der jüngeren Vergangenheit: Endlich hat sich eine Frau als KAGES-Vorständin beworben – und den Job dann auch prompt gekriegt! Ein Hoffnungsschimmer und ein positives Vorbild. Genauso wie ich mich für die vielen gut ausgebildeten und top-qualifizierten Frauen in unserem Land als Vorbild sehe, offensiv in Männerdomänen vorzudringen. Denn meistens gibt es einfach schon bei den weiblichen Bewerberinnen ein krasses Missverhältnis zur Anzahl der Männer, die ohne viel zu Zweifeln ihre Bewerbungsunterlagen abschicken. Nach dem Motto: Was kann schon passieren?

Wenn es für Frauen in der Politik Vorteile gibt, dann wahrscheinlich die Beißhemmung, die bei vielen Männern gegenüber einer Frau doch größer ist als gegenüber

einem Geschlechtsgenossen. Und ja, umgekehrt kann frau, wenn sie denn will, mit einer kleinen Charmeoffensive doch den einen oder anderen männlichen Kollegen um den Finger wickeln. Zur Politik gehören eben auch Tricks, aber da haben Männer in all den Jahrhunderten ihrer Dominanz doch noch ein, zwei mehr entwickelt... Ohne Zweifel nützt Frauen natürlich auch die weiterhin sehr ausgeprägte Höflichkeitsetikette in unserer Gesellschaft. „Darf ich Ihnen in den Mantel helfen, Frau Landesrätin?...“

Die Grenze da ist allerdings fließend, denn auch in der Position als Landesrätin ist frau von Sexismus beileibe nicht verschont. Erlebnisse dieser Art werde ich aber frühestens nach meiner politischen Karriere in schriftlicher Form preisgeben. Männer dürfen halt mehr, weil unsere Gesellschaft eben noch immer eine ausgeprägte Autoritätsgläubigkeit gegenüber Männern hat – eine Frau darf unglaublich viel mehr beweisen, bevor sie als Autorität anerkannt wird.

Und männliche Politiker dürfen sich auf jeden Fall auch weniger beobachtet fühlen als wir Frauen. Unsere Gesellschaft legt sehr viel Wert auf Äußerlichkeiten. Bei Frauen in viel höherem Maße als bei Männern. Wann werden schon Kleidung, Frisur oder Styling bei einem Mann kommentiert? Ein kleines bisschen „Gerechtigkeit“ scheint in diesem Bereich aber im Kommen zu sein: Im Sommer 2008 wurde in den Medien immerhin über den Dreitagebart des Landeshauptmannes

diskutiert. Gut, wenn wir keine anderen Probleme hätten, dann wäre alles gut in unserem Land... Ich plädiere da ganz nüchtern für mehr Lockerheit. Die gibt es in der Gesellschaft, von PolitikerInnen erwarten sich Menschen dann aber doch noch sehr oft Konventionen, die viele selbst schon längst über Bord geworfen haben.

Generell steht eine Frau in der Politik vor den gleichen Herausforderungen wie jede berufstätige Frau. Doppel-, manchmal Dreifachbelastung ist gerade in einer sehr fordernden Spitzenposition ein großer Hemmschuh. Das Bild in vielen Köpfen ist da ein sehr einfaches: „Die verdient eh so viel, die zahlt sich halt einfach eine Haushaltshilfe und ein Kindermädchen, und alles ist geritzt...“ Vielleicht ein logisches Bild, wenn der Einblick fehlt. Aber in der Praxis schaut das dann doch etwas anders aus. Da haben viele Männer Vorteile. Denn: „Hinter jedem starken Mann steht eine starke Frau“, heißt es. Zumindest eine, die ihm, dem Politiker, den Rücken freihält, die Familie „schupft“ und den Politiker Politiker sein lässt. Auf Frauen in der Politik trifft das weniger zu. Nach dem Job bin ich selbstverständlich auch weiterhin für das Familienmanagement, die Kinder und das Haus zuständig. Wenn der Berufstag vorbei ist, ist zuhause noch lange nicht Entspannung angesagt.

Was bringt die Zukunft?

Auf jeden Fall noch viel mehr Frauen in der Politik. Wir sind schließlich über die Hälfte der Bevölkerung! Und dann brau-

chen wir ein besseres Zusammenleben von allen Menschen in der Steiermark. Ganz geschlechterneutral.

Als Frauenlandesrätin gestalte ich diesen Weg entscheidend mit. Gender-Budgeting klingt sperrig, ist aber viel mehr als ein Feigenblatt, das für frauenpolitisch engagierte Menschen gut klingt. In den kommenden Jahren werden wir eine ehrliche Durchforstung des Budgets auf allen Ebenen vorantreiben und damit sicherstellen, dass öffentliche Gelder wirklich in gleichem Maße für die Interessen von Frauen und Männern eingesetzt werden. Denn Budgets sind eben die in Zahlen gegossenen Inhalte!

„Null Toleranz für Gewalt gegen Frauen“ ist mir ein zentrales Anliegen. Das ist auch in der Integration ein wichtiges Thema. Religion oder kulturelle Sitten und Gebräuche dürfen nie Gewalt gegen Frauen legitimieren. Das muss von allen respektiert werden, die in unserer Gesellschaft leben.

Vor Jahren hat ein mittlerweile abgewählter Bundeskanzler einmal „Sparen, Sparen, Sparen“ zu seiner Maxime erklärt. Heute wissen wir es besser: „Bildung, Bildung, Bildung“! Gerade für Frauen. Ich glaube, bei den jungen Frauen schaut es ganz gut aus – hier sind Frauen eher auf der Überholspur. Aber Frauen, die schon aus dem Grundbildungssystem heraußen sind, brauchen Chancen zum Nachholen von Basisbildung und leistbare Fortbildungsmöglichkeiten. Viele Frauen bleiben weiter schlechtbezahlte HilfsarbeiterInnen,

weil sie sich das Nachholen von formalen Bildungsabschlüssen einfach nicht leisten können. Sie müssen dazu ja zwei/drei Jahre finanziell „durchtauchen“ können – was oft unmöglich ist, wenn Kinder da sind.

Was ich von unseren Männern in Zukunft einfordere, ist ehrliches Engagement bei der Kindererziehung. Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle, die Familien die Zeit geben, die sie benötigen. Denn Familien brauchen vor allem Zeit!

Zu tun gibt es so viel in diesem Land, dass ich auf jeden Fall sehr gerne eine „Frau in der Politik“ bin. Ich möchte in einer Steiermark leben, in der die gegenseitige Achtung, egal ob zwischen Männern und Frauen, gegenüber Behinderten, gegenüber und unter MigrantInnen, zwischen Ost-, West- und ObersteirerInnen oder GrazerInnen völlig selbstverständlich ist. Und ich baue an einer politisch offenen Steiermark mit: Wählen nicht nach Herkunft, Familientradition oder beruflicher Zugehörigkeit, sondern nach bewusstem Auseinandersetzen mit den Lösungsansätzen der unterschiedlichen Parteien. Und so, wie ich für die uns Frauen zustehende Anerkennung streite, würde ich mir auch wieder mehr Anerkennung für die Politik an sich wünschen. Dass politischer Streit nicht immer im negativen Sinn gesehen wird, sondern dass in der Politik notwendigerweise Diskussionen geführt werden, dass um politische Standpunkte gerungen wird. Denn das ist essentiell für jede Demokratie. Und für alle Frauen und Männer, die in ihr leben! ■

Walburga Beutl

Mein Leben in der Politik



Nie hätte ich es mir träumen lassen, dass mich mein erstes politisches Engagement vor über 30 Jahren schlussendlich an die Spitze des Landtags Steiermark führen würde. Wenn ich darüber nachdenke, was mich damals bewogen hat, politisch aktiv zu werden, dann ist die Motivation damals wie heute dieselbe: Ich kann nur dann etwas verändern und verbessern, wenn ich aktiv mitgestalte. Am Rande zu stehen und von außen zu kritisieren, reicht nicht.

Zu verbessern gab es damals einiges – am Arbeitsplatz ebenso wie für Frauen und Familien. Also bin ich bereit gewesen, in verschiedenen Funktionen und Aufgaben mitzuarbeiten. Zuerst über den Lehrerbund in der beruflichen Interessensvertretung im Bezirk, später auf Landesebene. Das war nicht immer einfach, neben Beruf und Familie die Zeit für Sitzungen, Tagungen und Schulungen freizuschaukeln. Ohne die Unterstützung, das Verständnis und den Rückhalt in der Familie wäre das nicht möglich gewesen. Aber man/frau braucht auch Mentorinnen und Verbündete in der Kollegenschaft und in den diversen Gremien. Diese Unterstützung hatte ich glücklicherweise, und es hat mich sehr motiviert, dass ich den Eindruck hatte, mein Engagement war willkommen. Auch waren wir zu der Zeit nicht allzu viele po-

litisch aktive Frauen, aber das sind wir leider auch heute noch nicht.

Nach über zehn Jahren Mitarbeit in der Bezirkspartei, in der Personalvertretung und in der Landesleitung des Lehrerbundes zuletzt als Landesobfrau war ich dann doch überrascht, als mich unsere spätere Landeshauptfrau Waltraud Klasnic in die Frauenbewegung holte. Damit hat für mich ein neuer politischer Abschnitt begonnen. Sozusagen über Nacht verantwortlich für 18.000 Mitarbeiterinnen in 260 Ortsgruppen zu sein war schon eine gewaltige Aufgabe. Auch hier galt, dass das Hineinwachsen in so eine Funktion nur mit Hilfe und Unterstützung engagierter Mitarbeiterinnen gelingen kann. Als Landesleiterin einer Teilorganisation erhielt ich auch die Chance auf ein Mandat und durfte 1990 meinem Kollegen Harmtodt in den Landtag nachfolgen.

Die große Herausforderung war in den folgenden Jahren zunächst eine organisatorische, denn es galt, sehr vieles unter einen Hut zu bringen: Im ganzen Land die 260 Ortsgruppen zu betreuen, ebenfalls landesweit für die Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen unterwegs zu sein, in einem großen politischen Bezirk mit 55 Gemeinden präsent zu sein und die Anliegen der Bürgermeister bzw. der Bevölkerung der Region zu vertreten, nach

wie vor beruflich 20 Wochenstunden abzuleisten, ein Alten- und Pflegeheim der Frauenbewegung in Graz zu leiten, im Landesschulrat vertreten zu sein und im Landtag in diversen Ausschüssen tätig zu sein. Dazu kamen Frauen-Initiativen, eigene Veranstaltungen, Auslandskontakte, Wahlkämpfe, Sprechstunden. Der politische Alltag eben, der sehr fordernd ist und vor allem für Familie, Freunde und Freizeit wenig Zeit übrig lässt. Dass eine Frau immer auch extra auf dem Präsentierteller steht, kommt schon dazu. Einem Mann wird ein zerknitterter Anzug und eine schiefe Krawatte eher verziehen als einer Frau eine Laufmasche. Was ich auch lernen musste, war eine gewisse psychische Robustheit – denn natürlich geht nicht immer alles glatt, passieren Fehler, hat man Schwächen, muss man lernen, mit Kritik umzugehen. Was schwer fällt, auch heute noch, ist, mit persönlichen Angriffen oder versteckten Angriffen umzugehen. Aber man lernt, angemessen zu reagieren, sich nicht unterkriegen zu lassen, immer wieder neu zu starten und „Nein“ zu sagen. Bedeutende Persönlichkeiten, starke Frauen als Vorbilder wie unsere ehemaligen Landesleiterinnen Edda Egger oder Waltraud Klasnic waren große Hilfen. Aber auch die vielen engagierten Frauen in den Ortsgruppen, die mit ihrem ehrenamtlichen Einsatz die so unverzichtbare Solidarität mit Schwächeren leben, geben Kraft und Ansporn.

Mein Leben in der Politik war und ist eine intensive Zeit, die überaus interessant

und spannend ist, die jeden Tag etwas Neues bringt, den persönlichen Horizont erweitert, eine Bereicherung meines Lebens, für die ich dankbar bin. Ganz besonders für die vielen Begegnungen mit unterschiedlichen Menschen, denn im Grunde sind sie es, die dem Leben seinen Wert geben. Ich denke, das ist für uns PolitikerInnen das wichtigste, Menschen auf gleicher Augenhöhe zu begegnen, für ihre Anliegen und Sorgen sensibel zu bleiben, aber auch für Ihre Ideen und Vorschläge offen zu sein und immer wieder zu versuchen zu helfen. Vieles gelingt, nicht immer ist man erfolgreich, können Hoffnungen und Ansprüche nicht erfüllt werden.

Vieles geht auch unendlich langsam und nur in kleinen Schritten. Gerade bei Verbesserungen für Frauen und Familien wünschte ich mir mehr Tempo. Aber meine Zuversicht ist die, dass die nächste gut ausgebildete Frauengeneration sehr viel selbstbewusster in einer partnerschaftlich organisierten Gesellschaft leben wird und viele Forderungen von heute obsolet sein werden, wie z.B. die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit.

Die Gesellschaft hat sich in Beruf und Familie massiv verändert, bessere Ausbildung, mehr Entscheidungsfreiheit, mehr Möglichkeiten individuell zu leben ist selbstverständlich geworden. Wichtig wird sein, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Wahlfreiheit kein Schlagwort bleibt, sondern von jedem und jeder gelebt werden kann. ■

Edith Zitz

Mit „Brot und Rosen“ hin zum Gender Budgeting



„Brot und Rosen“: Das ist ein alter Slogan von US-amerikanischen Fabrikarbeiterinnen, die 1912 in Lawrence für frauen- und männerwürdige Löhne und gegen Kinderarbeit kämpften. Obwohl ich durch umfassende Arbeit im regionalen Klimaschutz, im Sozialwesen und bei der Grünen Bewegung viele Slogans kennengelernt habe, berühren und motivieren mich diese drei Worte nach wie vor am meisten: Stehen sie doch für ein gutes sozialökonomisches Auskommen und für Verteilungsgerechtigkeit genauso wie für glückliche, gelungene Beziehungen sowie für Ästhetik. Das Brot allein macht zwar satt, die Rosen allein machen zwar Freude – es braucht aber beides für ein abgerundetes Leben und erst recht für eine nachhaltige Politik.

Meinen Zugang als Politikerin – mein „Motto“ siehe oben – möchte ich anhand des Landeshaushaltes darlegen. Die Steiermark bewirtschaftet derzeit ein Volumen von € 4,85 Milliarden. Und dieses Steuergeld hat massive Effekte auf Frauen und Männer, Mädchen und Burschen. Gender Mainstreaming (=GeM) als „durchgängige Gleichstellungsorientierung“ wurde 1995 erstmals auf der 4. UN-Frauenkonferenz in Peking vorgestellt und ist seit 1997 als EU-Ziel im Amsterdamer Vertrag verankert. GeM bedeutet, dezidiert beide

Geschlechter in die Konzept-/Strategiegestaltung einzubeziehen. Gender Mainstreaming ist eine bewusste „top down“-Strategie und ist komplementär – niemals als Ersatz – zur Frauenförderung zu sehen. Ein Gender Mainstreaming-Projekt des Landes Steiermark beinhaltet übrigens eine Ausbildung für Abgeordnete aller vier Landtagsklubs, KlubmitarbeiterInnen und MitarbeiterInnen einiger Regierungsbüros als „gender agents“. Diese Qualifizierung stellt ein Novum dar.

Doch zurück zum Geld: Gender Budgeting bedeutet, dass man den öffentlichen Haushalt auf die Auswirkungen auf Männer und Frauen hin anschaut und ihn notfalls umbaut. Ab 1. Jänner 2009 legt Artikel 13(3) im Bundes-Verfassungsgesetz fest, Gender Budgeting sei in der Haushaltsführung „anzustreben“.

Die Regelung des Finanzausgleiches für die Jahre 2008 bis 2013 – der sog. „Stabilitätspakt 2008“ – hält fest, dass ab 2009 die Verteilung der Ertragsanteile nach der jeweils aktuellen Bevölkerungsstatistik (statt wie bisher nach der letzten Volkszählung) stattzufinden hat. Dass es dazu – wenngleich diffuse und angesichts der aktuellen Finanzkrise möglicherweise wieder aufzudröselnde – Vereinbarungen über die finanziellen Rahmen für die Bereiche 24-Stunden-Betreuung, Mindest-

sicherung sowie Frühkindpädagogik und Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes gibt, hat massive Auswirkungen auf Frauen und Männer. Frauen sind nun einmal aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitssegregation diejenigen, die mehr Pflegearbeit leisten, die viel eher verarmen und die leider immer noch als die hauptsächlichen „Familienarbeiterinnen“ angesehen werden. Der Wiener Haushaltsvoranschlag 2008 bietet übrigens einen eigenen Anhang zu Gender Budgeting. Auch das Land Oberösterreich hat bereits früh dazu Expertise entwickelt. Einige Beispiele sollen die Bedeutung einer geschlechtersensiblen Budgetpolitik illustrieren:

1. Grünraum/Stadtplanung: Hier geht es darum, sich das Nutzungsverhalten von Frauen und Männern verschiedenen Alters anzuschauen. Gerade der öffentliche Raum ist zunehmend von Nutzungskonflikten bestimmt: Wie geht es einer älteren Frau, die demütigend hastig über eine Ampel mit zu kurzer Grünphase eilen muss? Wie geht es jungen Burschen, die im Park immerzu als laut und lästig wahrgenommen werden? Warum fallen MigrantInnen im öffentlichen Raum so massiv „ins Auge“?

2. Wohnungslose: Die allermeisten der Wohnungslosenangebote richten sich an Männer. Doch Frauen erleben genauso Wohnungslosigkeit, nur haben sie andere Strategien, damit umzugehen bzw. diese Not nach außen hin zu verbergen: Diese Unsichtbarkeit gilt es zu thematisieren.

3. Altbausanierung: Dies scheint in erster Linie ein „Öko“- und „Bau“-Thema zu sein. Doch weit gefehlt: Wärmedämmmaßnahmen, gekoppelt mit Umbauten zur Barrierefreiheit, treffen – das heißt begünstigen – überproportional oft ältere Frauen, die eigenständig die hohen Investitionen nicht aufbringen könnten.

4. Gleichstellung in der Erwerbsarbeit: Neben der Entgeltgerechtigkeit bildet sich Geschlechterdemokratie auch neben Indikatoren ab, inwieweit Frauen Führungspositionen innehaben, wie die Aufteilung der Weiterbildungsangebote aussieht und wer die kostenintensiveren konsumieren darf oder wie mit Teilzeitan-suchen umgegangen wird. Die automatische Vorrückung nach einer bestimmten Dienstzeit (Senioritätsprinzip) diskriminiert beispielsweise WiedereinsteigerInnen, da Kindererziehungszeiten oder Pflegezeiten nicht erfasst werden.

5. Gesundheitsförderung: Nachweislich werden diverse Früherkennungsprogramme eher von Frauen als von Männern angenommen. Dies gilt auch für psychische Erkrankungen wie Depressionen, die bei Männern später diagnostiziert werden, sich teils auch anders äußern als bei Frauen. Hier muss ein geschlechtersensibler Blick ansetzen, um Männern zur Seite zu stehen.

Die steirische Politik kann nur dann „Brot und Rosen“ gewährleisten, wenn der bewusste Umgang auf Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und engagierten Gegenstrategien dazu durchgehend gewährleistet sind. ■

Lisa Rücker

Machen wir Frauen es anders?



Diese Frage ist wohl die meistgestellte, wenn es um Frauen und Macht, Frauen in der Politik oder Frauen im Geschlechterkontext geht. Und es ist schon sehr viel dazu geschrieben worden. Als Feministin habe ich mich theoretisch und in langen Diskussionen ausführlich mit möglichen Antworten beschäftigt. Nun habe ich das Privileg, selbst zu erleben, selbst zu handeln und mich selbst dabei beobachten zu können. Mache ich es anders? Weil ich als Sozialarbeiterin Verkehrspolitik in der zweitgrößten Stadt Österreichs mache? Weil ich eine Grüne bin? Weil ich eine Frau bin? Tja, wenn das zu beantworten so einfach wäre. Ein Ja oder Nein gibt es hier nicht. Aber es gibt Erkenntnisse und Einblicke, die ich nach sechs Jahren Politik und einem Jahr in einer mächtigen politischen Position zu diesem Thema weitergeben kann. Subjektiv, aber durchaus übertragbar.

Wie wenn es anderes nicht sein könnte, begegnen mir theoretisch schon vielfach beschriebene Muster in der politischen Realität immer wieder: Zum Beispiel das Phänomen, dass Männer offensichtlich viel mehr Zeit und Raum in Anspruch nehmen, um am Ende dasselbe zu sagen wie Frauen. Manchmal muss ich darüber schmunzeln, wie sehr sich dieser mittler-

weile auch empirisch nachgewiesene Unterschied im alltäglichen Diskurs beweist. Ich wundere mich auch, wie selbstverständlich Frauen sich heute noch darauf einlassen, über ihren Körper und ihr Äußeres bewertet zu werden und es auch selbst gegenseitig tun! Da geht es nicht darum, ob wir schön sein dürfen, es geht darum, dass auch wir Frauen bei anderen Frauen zuerst die äußere Erscheinung beurteilen – oder eben verurteilen. Oder wer kennt nicht die Aussage, Frauen seien kooperativer. Ja, es stimmt, in vielen Fällen erlebe ich das so. Aber vielleicht – so auch die Einschätzung eines männlichen Kollegen, mit dem ich darüber rede – ist das auch ein Grund, warum Frauen nur langsam zu den Spitzen vordringen. Weil wir sehr auf andere Bedürfnisse achten – was wir früh gelernt haben und was von uns erwartet wird –, schauen wir nicht so sehr auf uns. Kooperative und einbindende Herangehensweisen sind dann zwar sinnvoller im Sinne nachhaltiger Problemlösungen, aber sie gehören in einem traditionellen Umfeld nicht zu den anerkannten Formen der Zielerreichung. Viel öfter sind wir in der Realität mit der Durchsetzung von Interessen konfrontiert, als mit tatsächlich nachhaltigen, inhaltlichen Entscheidungen. Das ist in der Politik nicht anders als in den oberen Etagen der Wirtschaft oder

überall dort, wo die Luft für Frauen noch dünner ist.

Natürlich gibt es nicht DIE Frauen und DIE Männer. Aber es gibt Erfahrungen in der Kindheit wie im Erwachsenenleben, die einen Unterschied machen. Und die uns ziemlich beharrlich auf sehr traditionelle Art und Weise noch immer in unseren Geschlechterrollen prägen. Dank einer starken und radikalen Frauenbewegung hat sich aber auch vieles verändert. Schon mein Vater war Politiker. Damals, in den Siebzigern, war das vorherrschende Bild jenes des männlichen Politikers. Die „Gattin“ hatte eine eindeutige Rolle und diese war darauf beschränkt, im Hintergrund und in aller Bescheidenheit, die Karriere des Mannes aktiv zu unterstützen und „hübsch“ zu untermalen. Heute ist das schon anders – auch wenn ich behaupten würde, dass viele Männer ihre Karriere auch heute ohne Frau im Hintergrund, sei es die Partnerin oder die Mutter, nicht so reibungslos absolvieren könnten. Eine Frau wird heute glücklicherweise kaum mehr ausschließlich über ihren Partner definiert. Das bedeutet aber andererseits auch, dass es im beschriebenen „Hintergrund“ eher bescheiden aussieht. Denn wer kümmert sich eigentlich um die „Karrierefrauen“ von heute? Und da meine ich im wahrsten Sinne des Wortes „kümmern“.

Selbst ist die Frau

Ich habe in meiner Jugend einige Politikerinnen persönlich kennengelernt – die meisten davon hatten keinen Partner,

eine hatte eine offiziell nicht existierende Partnerin. Eine Karriere machte eine Frau damals alleine, auf sich gestellt oder gar nicht. Und ich frage mich, ob das heute anders ist? Zwar ist es in unserer Zeit für mehr Frauen „möglicher“ geworden mit Kind und Kegel Karriere zu machen, die Kosten und die Rahmenbedingungen dafür bleiben aber Frauensache. Da heißt es selbst ist die Frau – mit Glück gibt es noch eine unterstützende Großmutter oder ein Kindermädchen. Beispiele der „neuen Männer“ fallen mir an dieser Stelle wenige ein. Weitreichende Entscheidungen treffen und die Konsequenzen tragen, im öffentlichen Leben stehen und möglichst immer verfügbar sein – das sind nur einige der Zutaten zu mächtigen Positionen, egal ob in der Politik oder anderen Leitungsfunktionen. Die Verfügbarkeit über die eigene Zeit bleibt dabei eine der größten Herausforderungen. Gerade von politischen VerantwortungsträgerInnen – von Frauen wie Männern – wird beinahe selbstverständlich verlangt, dass der Einsatz rund um die Uhr lebbar ist. Viele PolitikerInnen versuchen diesen Anforderungen gerecht zu werden, um dann mit hängender Zunge festzustellen, dass es nie genug Zeit gibt, um auf allen Hochzeiten zu tanzen. Ich selbst nehme mich da nicht aus. Ich erinnere mich daran, dass ich in den ersten Monaten als Vizebürgermeisterin an einem Sonntag, den ich mit meiner Familie verbracht habe, nicht bei einer Jubiläumsveranstaltung anwesend war. Das war am nächsten Tag Thema in

den Medien. Damals habe ich noch geglaubt, mich dafür rechtfertigen zu müssen. Aber auch ich lerne.

Auch wenn es also „möglicher“ wurde, als Frau – auch mit Familie – mächtigere Positionen zu übernehmen, so ist es noch lange nicht selbstverständlich, die entsprechenden Rahmenbedingungen im Privaten dafür zu schaffen oder auch nur mitzudenken. Von der Vereinbarkeit mit dem täglichen Terminmarathon bis zur simplen Frage: Was tun, wenn die Kinder krank sind?!

Diese Herausforderungen sind sicher ein Grund, warum sich immer noch so wenige Frauen dazu entscheiden, eine höhere Position mit den damit verbundenen Belastungen zu übernehmen. Das hat zum einen mit dem Verantwortungsgefühl gegenüber den eigenen Lieben und der Verantwortung einer Aufgabe gegenüber zu tun, zum anderen aber auch mit der Tatsache, dass es für Frauen (und übrigens auch zunehmend für Männer) wichtig ist, in Beziehung zu bleiben und privat wichtige Bindungen nicht zu verlieren. Dass das schneller geht, als einer lieb ist, ist ja kein Geheimnis. Ich selber habe das Glück, schon relativ große Töchter zu haben, die früh selbstständig wurden. Mit kleinen Kindern ist das noch einmal eine ganz andere Sache.

Es gibt auch wichtige Dinge außerhalb des Rathauses

Aber es geht ja nicht immer um Frauen und Kinder, es geht ganz einfach auch

um die Liebe, um Freundschaften und um Platz zum Auftanken – irgendetwas bleibt womöglich auf der Strecke. Das erfordert eigene Vorsicht und ein Umfeld, das streng ist – so ist zumindest meine Erfahrung. Ich bin froh um die wiederholten Hinweise durch meine jüngere Tochter oder die liebevoll-konsequente Erinnerung durch meine Partnerin, dass es auch wichtige Dinge außerhalb des Rathauses gibt. Und die gibt es!

Solange Frauen sich auch in der Politik auf ihre „angestammte Position“ zurückstufen lassen, so lange werden sich die klassischen Rollenkonflikte wiederholen. Wenn Frauen mächtig sein wollen, dann müssen sie die Macht auch ergreifen – und können es trotzdem anders machen! Ich verweigere an dieser Stelle die „positive“ Definition von Macht, die jetzt sicher erwartet wird. Macht kommt von machen und wer etwas tun will, braucht dazu die Möglichkeiten. Die Grünen sind in Graz mit dem Anspruch angetreten, einen Kurswechsel zu vollziehen – aus einer Position der kleinen Partei mit einem bedeutungslosen Regierungssitz unter der Duldung der „Großen“ in bewährter Tradition wäre das nicht möglich gewesen. Wir haben uns also für eine Koalition mit einem nicht ganz einfachen Partner entschieden und ich habe das Amt der Bürgermeister-Stellvertreterin mit einer umfassenden Ressortverantwortung in den Bereichen Umwelt, Verkehr und Wirtschaftsbetriebe übernommen. Eine kommunalpolitisch durchaus mächtige Funktion. Ich habe es

nicht bereut und sehe täglich, wie wichtig es ist, dass Frauen in „untypischen“ Bereichen wie Mobilitätsmanagement oder Energiepolitik endlich mitreden.

Wir Frauen machen sicher nicht alles anders als Männer, jedoch sehen wir viele Dinge anders und treffen vielleicht auch deshalb Entscheidungen anders. Was für uns Frauen aber anders ist, sind die

Rahmenbedingungen, unter denen wir agieren müssen – und die gilt es zu ändern. Auch deshalb ist es wichtig, sich als Frau Macht zu nehmen. Politik wird von Menschen gemacht – und die haben verschiedene Geschlechter. In diesem Sinne bin ich froh um jede Quote, weil ohne sie alles viel zu langsam ginge. Und Geduld war noch nie meine Stärke. □

Elke Kahr

Als Frau für eine solidarische Politik eintreten



Aus einer Arbeiterfamilie kommend, sah ich in meinem sozialen Umfeld sehr früh, was in der Gesellschaft oben und unten bedeuten kann. Das Interesse für Menschen und deren Lebensumstände, Antworten und Erklärungen über die Zusammenhänge in der Politik und im Leben zu finden und vor allem die Sehnsucht nach einer gerechteren Gesellschaft, führten mich sehr früh auf die Suche nach Gleichgesinnten.

Für viele Freunde und Bekannte damals unverständlich, für mich der einzig logische Schritt, den ich bis heute nicht bereue, war der Beitritt zur KPÖ 1984.

Gerade die Rolle der Frauen in der KPÖ hat mich fasziniert. Viele von ihnen waren aktiv im Widerstand gegen das Naziregime. Dieser Einsatz unter ganz anderen Bedingungen als heute, der den ganzen Menschen braucht, Verstand und Gefühle, hat mich und viele jüngere Mitstreiterinnen in meiner Partei immer gestärkt und ermutigt.

Frauen in Armut und Töchter aus „gutem Haus“, Arbeiterinnen und Intellektuelle, gemeinsam war ihnen der Wille, für ein demokratisches und unabhängiges Österreich einzutreten. Sie achteten darauf, dass der Einsatz der Frauen für ein unabhängiges Österreich und die Verbrechen an Frauen nicht in Vergessenheit gerieten. Als Zeitzeuginnen geben sie ihre Erfahrun-

gen noch heute weiter, dass es ohne Demokra-

tie und Frieden für die Frauen keine Rechte gibt und ein ständiges Eintreten gegen Faschismus und Rassismus notwendig ist. Agnes Primocic, Anna Cadia, Irma Schwager, Margarethe Schütte-Lihotzky oder Maria Cäsar sind nur einige dieser großartigen Frauen, die ich hier stellvertretend für viele andere nennen darf.

Das Eintreten für die soziale und politische Gleichstellung von Frauen und Männern ist Teil unserer Weltanschauung. Dieser Anspruch hat es Frauen in unserer Bewegung leichter gemacht, sich für frauenpolitische Ziele einzusetzen. Trotzdem braucht es besondere Strukturen für Frauen innerhalb einer Partei. Seit 1990 haben wir eine 50 %-ige Quotierung auf Leitungsebenen und Wahllisten. Deshalb ist der Anteil der Frauen auf Gemeinde- und Landesebene auch sehr hoch. Ebenso notwendig ist das Angebot einer Kinderbetreuung bei Versammlungen oder Rücksichtnahmen bei der Festsetzung von Terminen. Sonst wird durch die familiäre Situation vieler Frauen eine politische Teilhabe verunmöglicht.

Im Interesse von Frauen – öffentliches Eigentum stärken

Wie es um die Demokratie in einer Gesellschaft steht, ist verlässlich der Stel-

lung der Frau abzulesen. Derzeit sehen wir im Ergebnis neoliberaler Politik, wie Kapitalismus, Imperialismus und Krieg sowie Umweltzerstörung entfesselt wurden. Die sozialen Grundrechte wurden abgebaut, so dass die Lebensbedingungen, insbesondere für Frauen und Familien, wie nie zuvor seit 1945 von der Klassenlage abhängen. Noch nie wurde so viel Reichtum produziert, und trotzdem leben immer mehr Menschen in prekären Verhältnissen. Schuld daran ist eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die große Geldvermögen schont und sogar fördert, den Einfluss der öffentlichen Hand dagegen zurückdrängt. Deshalb ist eine der wesentlichsten Fragen jene nach dem Eigentum. Es muss sozialen Verpflichtungen unterworfen werden, und es muss das öffentliche Eigentum als Basis gestärkt werden.

Als Wohnungsstadträtin in Graz bin ich mit den Sorgen und Problemen der Leute täglich konfrontiert. Darunter sind viele Frauen. Ich sehe ihre geringen Gehälter, Löhne und ihre Pensionen. Ich sehe, wie das Geld für die Wohnungskosten, Strom und Heizung, für den Einkauf von Bekleidung, Schulkosten und immer mehr auch für die Lebensmittel nicht ausreicht. Und es ist unerträglich zu sehen, dass Kinder und Jugendliche aufgrund ihrer sozialen Stellung von vorne herein nicht dieselben Entwicklungschancen vorfinden.

Um in Not geratene Menschen nicht auf eine bessere Welt zu vertrösten, ist es mir ein Anliegen, ganz konkrete Hilfestellung

und Beratung gemeinsam mit meinen MitarbeiterInnen anzubieten. Und zwar rasch und unbürokratisch, ohne dass sich jemand als BittstellerIn sehen muss.

Das gilt besonders für das Wohnen. Immer mehr Menschen können sich die hohen Mieten am privaten Wohnungsmarkt nicht leisten. Das Geld für Kautionen und Provisionen kann mit den niedrigen Einkommen und Bezügen von immer mehr Leuten nicht aufgebracht werden. Die Anzahl der Personen, die wohnungslos sind bzw. in katastrophalen Wohnungen mit ihren Kindern leben müssen, ist wieder im Ansteigen.

Deshalb braucht es eine öffentliche Wohnbauoffensive. Mit der Schaffung von genügend leistbarem kommunalen Wohnraum kann der ansteigenden Wohnungsnot begegnet werden. Geld ist genug da, nur in den falschen Händen. Alle reden von Sparpolitik, machen aber reine Umverteilungspolitik: Und zwar von unten nach oben.

Ein Vermächtnis von Rosa Luxemburg hat für mich nichts an Aktualität verloren: „Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung und Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung“. Die Wurzel von beidem ist die Solidarität, ist der tägliche Einsatz für die gleiche Freiheit anderer, für eine Gesellschaft, in der Frauen wie Männer die gleichen sozialen und politischen Rechte vorfinden und in der das Geschlecht keine Rolle mehr spielt, weil wir alle – Frauen, Männer und Kinder – als Menschen behandelt werden. □

Magdalena Pongratz
Keine Frage
des Geschlechts

Von Frauen in der Politik halte ich genau soviel wie von Männern in der Politik. Ich schätze Menschen, die sich in den verschiedensten politischen Bereichen engagieren und etwas bewegen, um einen Fortschritt zu erzielen. Doch meinen allerhöchsten Respekt erhalten diejenigen,



die dabei wissen, was sie tun.

Für mich gibt es keine Trennung zwischen Politiker und Politikerin, sondern lediglich eine zwischen qualifizierter und unqualifizierter Person.

Als Bürgerin dieses Staates möchte ich von denjenigen Personen repräsentiert werden, die menschlich wie fachlich am besten geeignet erscheinen, und das ist doch keine Frage des Geschlechts.

Ich bin der Meinung, dass eine Frau, die ihre Arbeit in der Politik deshalb macht, weil sie aufgrund ihrer Qualifikationen und ihres Engagements dafür ausgewählt wurde, viel mehr zu einem allgemeinen Gleichwertigkeitsbewusstsein der Geschlechter beiträgt, als jede Quotenregelung es jemals wird.

An Beweisen dafür mangelt es zum Glück nicht.

*Magdalena Pongratz, geb. 1986,
Studentin der Rechtswissenschaften
und Geschichte.*

Elena Teibenbacher
Klischees und
Vorurteile

Die Emanzipation ist erst dann vollendet, wenn gelegentlich auch eine total unfähige Frau in eine verantwortliche Position aufgerückt ist. (Heidi Kabel, dt. Schauspielerin und Schriftstellerin)

Immer wieder stößt man auf derartige Klischees über Männer und Frauen in verantwortungsvollen Positionen. Ich persönlich beurteile einen Politiker nicht nach seinem Geschlecht, sondern nach seinen Leistungen. Ich wünsche mir von einem Menschen vertreten zu werden, der sich seiner großen Verantwortung gegenüber dem Land und seinen BürgerInnen bewusst ist und dieser auch nachkommt. Als solcher verdient er ungeachtet seines Geschlechts meinen größten Respekt. Auf der anderen Seite beunruhigen mich eine Politikerin sowie ein Politiker, die ihre Aufgaben nicht kompetent erfüllen gleichermaßen. Ich würde bei der Vergabe eines Postens nicht aufgrund meines Geschlechts, sondern alleine aufgrund meiner Qualifikationen ausgewählt werden wollen. Allerdings finde ich es schade, dass wir in Österreich wenige Frauen in der Politik haben, obwohl es viele fähige Anwärterinnen gäbe.



*Elena Teibenbacher, geb. 1984,
Studentin der Geschichte an der Uni-
versität Graz.*

Christine Thanner

„Sag mir, wo die Frauen sind“

...so lautete kürzlich eine Schlagzeile im Kurier. Diese Frage stellt sich auch in Hinblick auf die Anzahl der steirischen Politikerinnen – zweifelsohne sind diese zu wenig. Da die Gesellschaft aus zwei Geschlechtern besteht, sollte sie von beiden Geschlechtern ausgewogen regiert werden. Aufgrund der anderen Denkweise und unterschiedlichen Blickwinkel könnten politische Themen effizienter verstanden und diskutiert werden. Es führt ad absurdum, dass Aspekte, die hauptsächlich Frauen betreffen, vorwie-



gend von Männern behandelt werden. Es stellt sich auch die Frage: Können Männer in die Seele der Frauen blicken? Die steirische Politik ist – unbestritten – noch immer eine Männerdomäne,

obwohl bereits im Februar 1919 die ersten Politikerinnen – Martha Tausk, Marianne Kaufmann und Olga Rudel-Zeynek – in den Landtag einzogen. Die Arbeit und Errungenschaften der Politikerinnen zeigen, dass Kompetenz weit vor den Aspekt „Geschlecht“ gestellt und somit der Weg für zahlreiche fähige Frauen in die Politik erst geebnet werden muss.

Mag. Christine Thanner, geb. 1983, Mittelschullehrerin und Doktoratsstudentin Geschichte in Graz.

Stefanie Wieser

Weniger Frauen in der Regierung

Seit dem 2. Dezember 2008 gehören dem 18-köpfigen Regierungskabinett nur sechs Frauen an. Kann man diese Frauenquote als gerecht bezeichnen? Gibt es nicht mehr Frauen, die für politische Spitzenpositionen qualifiziert sind? Nicht umsonst fordert die neue Ministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst, Gabriele Heinisch-Hosek, mehr Frauen in der Politik. Obwohl es heißt, dass Frauen gleichbehandelt werden sollen wie Männer, ist eine soziale Gerechtigkeit auf diesem Gebiet noch immer nicht gegeben. Denn es ist notwendig, dass Frauen von Männern in solchen Funktionen akzeptiert werden.



Ein erstes Umdenken diesbezüglich ist durch die Schaffung eines eigenen Frauenministeriums erfolgt, welches sich gegen die Diskriminierung der Frauen bei gleicher beruflicher Qualifikation einsetzt.

Wir können nur hoffen, dass dieser Ansatz, den es augenblicklich gibt, weiter ausgebaut wird und sich immer mehr Frauen „auf das heiße Pflaster der Politik“ vorwagen.

Mag. Stefanie Wieser, geb. 1982, Doktoratsstudentin der Rechtswissenschaften an der Universität Graz.

Veronika Krysl Politikerinnen als Vorbilder

Was haben Herta Firnberg, Johanna Dohnal und Maria Rauch-Kallat gemeinsam? Alle drei haben sich in einer stark männerdominierten Berufssparte einen Namen gemacht und ihre Frau gestellt: In der Politik. Diese und andere Frauen müssen beweisen, eine besonders multi-



taskingfähige Spezies zu sein: Als Politikerinnen gilt es neben der obligatorischen 60-Stunden-Woche auch die mediale Öffentlichkeit in den Lebensalltag zu integrieren; Haushalt und Kinder

müssen „nebenbei“ betreut werden. Und der Spagat zwischen privatem Glück und beruflichem Erfolg erweist sich dabei als schwierig.

Ganz abseits der privaten Seite wird von politisch engagierten Frauen auch inhaltlich ein starkes Statement erwartet. Für andere Frauen sind es die frauenspezifischen Inhalte, denen besonderes Interesse zukommt: Familie und Beruf, Kinder und Jugendliche sowie Ehe und Partnerschaft. Insgesamt sind Frauen in der Politik für andere Frauen vor allem eines: Vorbilder - menschlich, beruflich und jedenfalls feministisch.

Mag. Veronika Krysl, geb. 1984, wiss. Mitarbeiterin an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.

Eva Tscherner Intelligenz in der Politik

Von Frauen in der Politik erwarte ich nicht mehr und nicht weniger als von Männern in der Politik. Intelligenz in allen ihren Facetten, von Empathie bis hin zu Fachwissen.

Wieso sollten aufgrund des zufälligen, nicht zu beeinflussenden Faktors „Geschlecht“ andere Parameter über das Fortkommen innerhalb einer Gesellschaft entscheiden? Frauen in der Politik können ihre Aufgabe mit genau derselben Selbstverständlichkeit erfüllen, mit der sie andere Berufe ausüben. Ihnen sind all jene grundsätzlichen Voraussetzungen mitgegeben, über die ihre männlichen Kollegen verfügen.



Was ich mir von jedem einzelnen Volksvertreter erwarte ist, dass er oder sie ihre Fähigkeiten für ihre Berufung pflegt und veredelt.

Die Gesellschaft wiederum ist dazu aufgerufen, all ihren Mitgliedern dieselben Möglichkeiten einzuräumen, denn Führungsstärke, Verhandlungsgeschick oder der Umgang mit Konflikten etwa können nur im Umgang mit einem Gegenüber erlernt und geübt werden.

Mag. Eva Tscherner, geb. 1984, wiss. Mitarbeiterin am Institut für Zivilrecht der Universität Graz.

Trautl Brandstaller **Die neue Macht der Frauen**

An die Erlösung der Welt durch die Frauen glaubt Trautl Brandstaller nicht. Aber daran dass Frauen in der Politik einen wertvollen Beitrag leisten können. So wie es erfolgreiche Politikerinnen wie Angela Merkel, Ségolène Royal oder Hillary Clinton tun. Hat die Frauenbewegung damit gesiegt oder handelt es sich nur um eine kurzzeitige Krise der männlichen Eliten? Dieser Frage geht Brandstaller in ihrem Buch „Die neue Macht der Frauen“ nach. Sie analysiert weibliche Strategien, die Rolle der Männer im Verlauf einer Politikerinnenkarriere



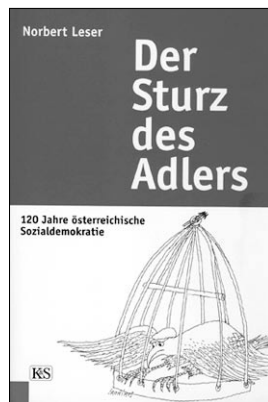
sowie den Einfluss der Medien und zeichnet in drei spannenden Portraits ein Bild von erfolgreichen Politikerinnen. Den ersten Schritt hin zu einer Neuverteilung der Macht sieht sie mit der

Gleichziehung der Frauen mit den Männern in punkto Bildung verwirklicht. Von einem wirklichen Durchbruch für die Frauen will sie aber erst sprechen, wenn eine Frau danach beurteilt wird, welche Fähigkeiten sie hat und nicht ob sie einen Hosensatz oder einen Rock trägt. (NL)

ISBN: 978-3-222-13223-0 - € 24,90
:STYRIA Verlag, Graz 2007

Norbert Leser **Der Sturz des Adlers**

In seinem neuesten und in Bezug auf die scharfe Analyse der Gegenwart wahrscheinlich auch radikalsten Buch blickt Norbert Leser in kritischer Weise auf 120 Jahre österreichische Sozialdemokratie zurück und gewährt dabei tiefe Einblicke in deren Seele. Packend schildert er die Entwicklung einer Partei, die bis zur Ära Kreisky von hohen Idealen geprägt war, zu einem reinen Zweckverband, dem diese im Laufe der Zeit abhanden gekommen sind. In seiner teils sehr persönlichen Auseinandersetzung mit der ihm sein Leben lang begleitenden Partei beleuchtet Leser unter anderem



deren Skandale und politische Intrigen, charakterisiert die meinungsbildenden Akteure und nimmt sich dabei kein Blatt vor den Mund.

Auch der Titel des Werkes ist natürlich mit Bedacht gewählt; der Adler kann in mehrerlei Hinsicht gedeutet werden, durch seinen Sturz kommt man jedenfalls immer zum selben Ergebnis: Die SPÖ steckt in einer Krise. (DH)

ISBN: 978-3-218-00785-6 - € 22,90
Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2008

Walburga Beutl, geboren 1946, Zweite Präsidentin des Steiermärkischen Landtages.

Dr. Trautl Brandstaller, geboren 1939, Juristin und Politologin, Journalistin.

Mag. Kristina Edlinger-Ploder, geboren 1971, Landesrätin für Wissenschaft und Forschung, Verkehr und Technik.

Dr. Elisabeth Holzer, geboren 1974, Journalistin der Steiermark-Redaktion der Tageszeitung „Kurier“.

Elke Kahr, geboren 1961, Stadträtin der Stadt Graz und Klubobfrau der KPÖ.

Dr. Beatrix Karl, geboren 1967, Nationalratsabgeordnete und a.o.Univ.-Prof. am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Graz.

Maria Mosbacher, geboren 1953, Mitglied des Bundesrates und SPÖ-Bezirksfrauenvorsitzende von Mürzzuschlag.

Dr. Anita Prettenthaler-Ziegerhofer, geboren 1965, a.o.Univ.-Prof. am Institut für Österreichische Rechtsgeschichte und Europäische Rechtsentwicklung der Universität Graz.

Lisa Rücker, geboren 1965, Bürgermeister-Stellvertreterin und Vorsitzende des Kontrollausschusses der Stadt Graz.

Dr. Karin Maria Schmidlechner, geboren 1954, a.o. Univ.-Prof. für Allgemeine Zeitgeschichte am Institut für Geschichte der Universität Graz.

Heidrun Silhavy, geboren 1956, Bundesministerin a.D., Abgeordnete zum Nationalrat und Stellvertretende Bundesparteivorsitzende der SPÖ.

Dr. Michaela Sohn-Kronthaler, geboren 1969, a.o.Univ.-Prof. und Leiterin des Instituts für Kirchengeschichte und Kirchliche Zeitgeschichte der Universität Graz.

Dr. Bettina Vollath, geboren 1962, Landesrätin für Bildung, Jugend, Frauen und Familie.

Mag. Edith Zitz, geboren 1965, Landtagsabgeordnete, Klub der Grünen.

Wissenschaftlicher Beirat

Univ.-Prof. Dr. Manfred Prisching
(Vorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher
(stv. Vorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Kurt Salamun
(stv. Vorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Alfred Ableitinger
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Benedek
Univ.-Prof. Dr. Tina Ehrke-Rabl
Univ.-Prof. Dr. Edith Gößnitzer
Univ.-Prof. Dr. Johannes Heinrich
Univ.-Prof. Dr. Marianne Hilf
Univ.-Prof. Dr. Hubert Isak
Univ.-Prof. Dr. Franz Jeglitsch
Univ.-Prof. Dr. Beatrix Karl
Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner
Ass.-Prof. DDr. Renate Kicker
Univ.-Prof. Dr. Igor Knez
Prof. Dr. Karl A. Kubinzky
Univ.-Prof. Dr. Yvonne Luisi-Weichsel

Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c. Wolfgang Mantl
Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold
Univ.-Prof. Dr. Joseph Marko
Dr. Nora Melzer-Azodanloo
Hon.-Prof. Dr. Bernhard Pelzl
Univ.-Prof. DI Dr. Ulrich Pferschy
Univ.-Prof. Dr. Walter Pieringer
Ass.-Prof. Dr. Klaus Poier
Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek
Univ.-Prof. Dr. Anita Prettenthaler-Ziegerhofer
Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack
Univ.-Prof. Dr. Wolf Rauch
Univ.-Prof. DDr. Willibald Riedler
Mag. Dr. Wolfgang Schinagl
Univ.-Prof. DDr. Gerald Schöpfer
Univ.-Prof. Dr. Michaela Sohn-Kronthaler
Dr. Barbara Stelzl-Marx
Univ.-Prof. Dr. Kurt Weinke

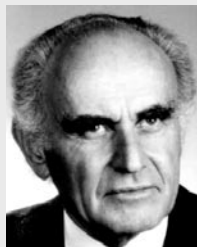
Nachruf

Am 30. Jänner dieses Jahres verstarb nach langer schwerer Krankheit em.o. Universitätsprofessor DDr. Dr. h.c. mult. Ota Weinberger, langjähriges Mitglied unseres Wissenschaftlichen Beirates.

Die wissenschaftliche Gemeinschaft hat mit ihm, der von 1972 bis 1989 das Institut für Rechtsphilosophie an der Grazer Karl-Franzens-Universität leitete, einen der ganz großen Logiker und Rechtstheoretiker verloren. In der Öffentlichkeit hingegen war er vielen hauptsächlich als mahnende Stimme gegen Dogmatismus und politischen Irrationalismus bekannt.

Seine Autorität verdankte sich freilich nicht allein den Argumenten, sondern auch einer Lebensgeschichte, die ihresgleichen sucht: Der 1919 in Brünn (Brno) geborene Weinberger wurde zuerst als Jude von den Nazis ins KZ verbracht, um danach als Demokrat von den Kommunisten drangsaliert zu werden. 1968, während der Niederschlagung des Prager Frühlings, nutzte er die Gelegenheit, die ihm eine Teilnahme am Weltkongress für Philosophie in Wien bot, und kehrte nicht mehr in seine Heimat zurück. Immerhin konnte er noch seine Rehabilitierung erleben und 2004 die Ehrendoktorwürde der Brünner Masaryk-Universität entgegennehmen.

Was bleibt, sind ein umfangreiches Werk und die Erinnerung an eine Persönlichkeit, welche die schlimmsten Totalitarismen des 20. Jahrhunderts buchstäblich hautnah erleben musste und sich dennoch ihren Humanismus bewahrte.



(Christian Hiebaum)